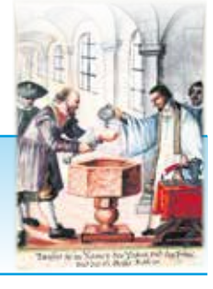
BAYERNKURIER

Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

Blickpunkt: Schottland: 100 Tage bis zum Referendum Seite 3

Report: Innovation und Technik Seiten 14-20

Kultur: Taufmatrikel der Pfarreien Seite 23



Nr. 27 | Jahrgang 65 | 5. Juli 2014 www.bayernkurier.de **Preis 1,70 €**

Wohin mit den Flüchtlingen?

München – 30000 Flüchtlinge kommen allein 2014 in Bayern an. Die Notunterkünfte sind bereits voll – aber Land und Kommunen haben keine Wahl. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat jeder in Deutschland lebende Ausländer Anspruch auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Der Grund für die Misere liegt woanders: Addiert man Kriegsflüchtlinge zusammen mit den Menschen, die Schutz wegen drohender unmenschlicher Behandlung in ihren Herkunftsländern genießen, dann ergibt sich eine Gesamtquote von etwa 25 Prozent. 75 Prozent der betroffenen Ausländer wären also ausreisepflichtig. Abgeschoben werden aber nur etwa zehn Prozent. Seite 6

OP

Arbeitsbesuch in Prag

Prag – Nach seinem Besuch in Paris (s.o.) reiste Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zu einem Arbeitsbesuch in die tschechische Hauptstadt Prag. Dort traf Seehofer mit dem Premierminister Bohuslav Sobotka, Finanzminister Andrej Babiš sowie Kulturminister Daniel Herman zusammen. Begleitet wurde Seehofer von Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Kultusminister Ludwig Spaenle. Zusammen unterzeichnete man eine Absichtserklärung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer. dos

Bild: Bayerische Staatskanzlei/Frédéric Brunet

Ein Bayer in Paris

Paris – Besuch bei Freunden: Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (li.) hat Paris besucht. Dabei standen politische Gespräche mit Frankreichs Staatspräsident Hollande, Premierminister Valls und Wirtschaftsminister Montebourg auf dem Programm. Sowohl Seehofer als auch Hollande betonten, die schon heute engen Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern noch weiter intensivieren zu wollen. Seehofer bezeichnete das bayerisch-französische Verhältnis als „legendäre Freundschaft". In der Europapolitik forderten beide Seiten, die EU solle sich in Zukunft auf die großen Themen konzentrieren. dos

Reden verbindet und stärkt

Klausurtagung des CSU-Vorstands sendet Signal der Geschlossenheit

München – Eine Klausurtagung des CSU-Parteivorstands hat sich mit der Analyse des Europawahlergebnisses befasst. Horst Seehofer bewährte sich dabei als Kommunikator und Moderator.

Über neun Stunden diskutierten die Vorstandsmitglieder über das ernüchternde Wahlergebnis der CSU bei der Wahl zum Europaparlament vor einem Monat. Nur 40,5 Prozent der Stimmen konnte die Partei verbuchen. Deswegen und wegen der niedrigen Wahlbeteiligung von gerade einmal 40,8 Prozent in Bayern (Bundesdurchschnitt 48,1 Prozent) sitzen im neuen Europaparlament nur noch fünf statt bisher acht Vertreter der CSU.

Der Parteivorstand hatte für die Analyse des Wahlergebnisses vom 25. Mai fachkundige Gäste eingeladen. Die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch, der Parteienforscher Karl-Rudolf Korthe und Reinhard Schlinkert vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap legten den Vorständlern dar, warum aus ihrer Sicht die CSU bei der Europawahl im Vergleich zur Landtags- und Bundestagwahl im Oktober des vergangenen Jahres in der Wählergunst schlecht abschnitt.

Offenbar gibt es nicht den einen Grund, sondern eine Reihe von Ursachen dafür, dass 1,4 Millionen Wähler, die bei den Bundestagswahlen sechs Monate zuvor der CSU ihre Stimme gaben, bei der Europawahl zuhause blieben. Dieses Phänomen ist der Wissenschaft bekannt. Nach Wahlen, die von den Wählern als wichtig eingestuft werden, wächst die Neigung, bei einer darauf folgenden, für weniger wichtig gehaltenen Wahl einen Bogen um die Wahllokale zu machen. So reichen die Erklärungen für das Ergebnis der Europawahl von der Wahlmüdigkeit nach einem Wahlmarathon von Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen bis zur Frage, ob die CSU die Aussagen ihres Wahlprogramms nicht deutlich genug darstellen konnte. Der Parteivorsitzende fasste die vielfältigen Ursachen am Ende der langen Klausurtagung unter den Überschriften „Kommunikation" und „Mobilisierung" zusammen.

Es gab 43 Wortmeldungen in der mehr als neun Stunden dauernden Debatte des Parteivorstands. Im Vorfeld hatten die Medien über Personaldiskussionen in der CSU spekuliert. Die Aussprache widerlegte alle Spekulationen. Alle Fragen wurden offen, fair und ohne Schuldzuweisungen an Einzelne diskutiert. Die Geschlossenheit und Disziplin der Partei auch in schwierigen Situationen wurde erneut deutlich. Horst Seehofer konnte deshalb mit Recht den Satz „Reden verbindet und Reden stärkt" formulieren.

„Es hat sich etwas verändert und es wird sich etwas verändern", erklärte der CSU-Vorsitzende. Die CSU schaut nach vorne. Peter Hausmann

ZUR SACHE

GESICHT ZEIGEN

„Gesicht zeigen!" Dieser Imperativ ist die zentrale Botschaft eines breiten Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Neonazis. Auf diese kurze Formel ließe sich auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bringen, der jetzt über das Burka-Verbot in Frankreich urteilte. Als 2010 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wurde, löste das europaweit wütende Proteste der Multikulti-Ideologen aus.

Die Richter haben das Burka-Verbot bestätigt. Mit ihrem Urteil schreiben sie einige bemerkenswerte, nachdenklich machende Sätze ins Stammbuch der Bürgergesellschaft. Sie verurteilen nämlich nicht die Burka, sondern die Verhüllung des Gesichts. Sein Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen, zählt demnach nicht nur aus Sicherheitsgründen zu den elementaren Interessen einer bürgerlichen Gesellschaft. Das Zusammenleben werde durch den Aufbau von demonstrativen Barrieren in der Öffentlichkeit untergraben. Wer sich ausschließt, ob freiwillig oder unter Zwang, stellt die gesellschaftliche Integration in Frage.

Die Burka ist also das Symbol für Parallelgesellschaften und die zerstörerischen Auswüchse der Multikulti-Ideologie. Der Richterspruch beweist, dass nicht alles unter dem Hinweis auf die Religionsfreiheit toleriert werden muss. Peter Hausmann

DIE SCHARNAGL-KOLUMNE

Wilfried Scharnagl

Horst Seehofer zum Geburtstag: Dank und Glückwunsch!

Um die entscheidende Leistung eines Politikers zu erkennen, zu bewerten und einzuordnen, ist des klareren Urteils halber der angemessene zeitliche Vergleichsmaßstab anzulegen. Auf die Geschichte und die Gegenwart der CSU bezogen ist hier die Frage der absoluten Mehrheit im Bayerischen Landtag der bestimmende Prüfstein. Von ihr hängt nicht nur die Möglichkeit der Alleingestaltung bayerischer Politik ab, sondern auch die Kraft der CSU zur Wahrnehmung ihrer deutschen und europäischen Verantwortung. So ist die eigene Mehrheit im Landtag ein Kernpunkt der Identität und der CSU. Zum ersten Mal wurde diese absolute Mehrheit der Mandate bei der Landtagswahl des Jahres 1962 erreicht. Franz Josef Strauß, damals seit eineinhalb Jahren CSU-Vorsitzender und nach der *Spiegel*-Krise vom Amt des Verteidigungsministers zurückgetreten, führte seine Partei mit einem Jetzt-erst-recht-Wahlkampf zum Sieg.

Bis 2008, die absolute Mehrheit der Mandate war längst auch zu einer absoluten Mehrheit der Stimmen geworden, wurde diese überragende Position von der CSU gehalten. Dann kam bei der Landtagswahl ein Absturz, der die CSU bis ins Mark erschütterte, ihr Selbstbewusstsein und ihr Selbstverständnis zu zerbrechen, ihre Identität zu zerstören drohte. In personeller Ratlosigkeit fiel in München die Wahl für den Neuanfang an der Spitze des Freistaates und der Partei auf Horst Seehofer, 28 Jahre Bundestagsabgeordneter, dabei viele Jahre Staatssekretär und Bundesminister. Die Erwartungen an den neuen Mann an der Spitze waren riesig. Horst Seehofer hat diese Erwartungen im September des vorigen Jahres erfüllt. Er hat seine Partei nach der Katastrophe von 2008 zu alter und geschlossener Kampfkraft gebracht und sie im Landtag zur absoluten Mehrheit geführt. Gleichzeitig erreichte die CSU im Bundestag mit 56 Mandaten die in ihrer Geschichte zweithöchste Zahl an Abgeordneten. Berechtigte Unzufriedenheit mit dem Ausgang der Europawahl, die ausweislich der Wahlbeteiligung von den Menschen in Bayern nicht so wichtig genommen wird, wie sie es sollte, kann den September-Erfolg, der untrennbar mit dem Namen Seehofer verbunden ist, nicht tangieren.

Horst Seehofer hat sich in den Jahren seiner Führungsverantwortung für den Freistaat und die CSU als Glücksfall erwiesen. Bayerns Spitzenposition wurde behauptet und ausgebaut, Rang und Rolle der CSU als der Partei, zu deren Erfolgen es in Deutschland und Europa nichts Vergleichbares gibt, wurden wiederhergestellt und gefestigt. Dafür ist zum 65. Geburtstag als gegebenem Anlass von der CSU großer und herzlicher Dank abzustatten. Dass sich die Partei dabei im Einklang mit der klaren Mehrheit der Menschen in Bayern befindet, kommt in jüngsten Meinungsumfragen zum Ausdruck, die eine großartige Zustimmung zur Politik der CSU und zur Person ihres Vorsitzenden bekunden. Zum Dank für das Geleistete kommen von Herzen alle guten Wünsche für das, was bis 2018 noch zu leisten ist. Die CSU und der Freistaat Bayern brauchen Horst Seehofer gleichermaßen.

Verlag Bayernkurier - Postfach 200563 - 80005 München

4 199165 601705 20027

MELDUNGEN

MÜTTERRENTE IN KRAFT

München – „Seit 1. Juli gibt es mehr Gerechtigkeit für Millionen Frauen in Deutschland“, erklärt CSU-Chef Horst Seehofer zum Inkrafttreten der Mütterente. Damit habe „die CSU ein zentrales Wahlversprechen eingelöst“. Die Generation der Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren hat, bekomme die „verdiente Anerkennung für ihre Lebensleistung“. Die CSU kämpfe damit auch gegen Altersarmut, so Seehofer.

RÜCKSCHLAG FÜR KRAFT

Düsseldorf – Die rot-grüne NRW-Landesregierung von SPD-Ministerpräsidentin Kraft hat wegen ihrer unseriösen Finanzpolitik erneut eine schwere Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht erlitten: Es rügte die ungleiche Behandlung bei der Beamtenbesoldung und verwarf Nullrunden für höhere Besoldungsgruppen. Der Richterbund forderte Kraft zum Rücktritt auf.

SCHNEIDER: RÜCKTRITT

Hannover – Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, legt überraschend im November sein Amt nieder. Hintergrund sei eine Krebserkrankung seiner Frau, teilte die EKD mit. Schneider ist oberster Repräsentant der rund 23,4 Millionen evangelischen Christen.

BARRIEREFREIES BAYERN

München – Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat sein Versprechen erneuert, den Freistaat bis 2023 komplett barrierefrei zu machen. Diese Zusage beinhalte „alles“, also auch Bahnsteige, Schulen, öffentliche Gebäude oder Straßen, so Seehofer am Rande der Kabinettssitzung. Seehofer gestand ein, dass der Freistaat nicht alles alleine verwirklichen könne. „Das eine müssen wir selber machen, bei den anderen Dingen müssen wir darauf hinwirken.“

Gottesstaat im Irak

Terror-Kalifat hat eine Milliarde Dollar und Scud-Raketen – Problem für Region und Europa

Mosul – Die Ausrufung eines neuen Kalifats im Irak und Syrien ist ein Akt des Größenwahns – aber eines sehr gefährlichen Größenwahns.

Am Namen des selbsternannten neuen Kalifen werden einstige Karl-May-Leser ihre helle Freude haben: Ibrahim ibn Awad ibn Ibrahim ibn Ali ibn Muhammad al-Badri al-Hashimi al-Husaini al-Kurashi. Mit dem letzten Namen, al-Kurashi, will sich der Isis-Führer als Angehöriger der Kuraish, des Stammes des Propheten Mohammed ausweisen, erläutert die *Neue Zürcher Zeitung*. Das ist wichtig, denn das arabische Wort „khalifa“ bedeutet soviel wie Stellvertreter (Allahs) und Nachfolger (Mohammeds), erklärt im *London Evening Standard* der Stanford-Historiker Ian Morris. Auch der bisherige Kampf-Name von Isis-Chef Abu Bakr al-Bagdadi ist mit historischem Anspruch gewählt: Abu Bakr war enger Gefolgsmann Mohammeds und erfand den Titel des Kalifs – des Beherrschers der Gläubigen. Bagdad war 500 Jahre lang die Hauptstadt der Abbasiden-Kalifen.

Jetzt hat Terror-Chef al-Bagdadi in Teilen des Irak und Syriens ein neues Kalifat ausgerufen und erhebt damit Anspruch

Die Terrorflagge des neu ausgerufenen IS-Kalifats. Bild: Screenshot/fkn

auf die Führung aller Muslime weltweit. Sein „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“ (Isis) – das schloss ohnehin schon den Libanon, Zypern, Israel, das Westjordanland, Gaza und Jordanien mit ein – heißt nun nur noch Islamischer Staat (IS).

Das ist natürlich Terroristen-Größenwahn, aber ein sehr gefährlicher. Schon jetzt beherrscht al-Bagdadis IS ein Gebiet, das ungefähr so groß ist wie Jordanien. Die Terroristen verfügen über etwa eine Milliarde Dollar und Ölquellen in Syrien und Irak. Von der getürmten irakischen Armee haben sie moderne Waffen in großer Zahl übernommen. Angeblich sollen sie sogar irakische Scud-Kurzstreckenraketen erbeutet haben. Dazu kommen Tausende Gotteskrieger mit europäischen und amerikanischen Pässen. Al-Bagdadis Kalifat könnte nun noch mehr Dschihadisten aus aller Welt anziehen, fürchtet die *NZZ*. „Der Islamische Staat wird wahrscheinlich zum großen Terror-Problem für die Region und vielleicht für Europa“, prognostiziert das amerikanische Politik-Magazin *Foreign Policy*. Die IS-Terroristen könnten sehr viel gefährlicher werden, als die Taliban in Afghanistan und al-Kaida je waren.

Noch etwas macht der Blitzerfolg des „Islamischen Staats“ deutlich, meint der Nahost-Experte und Mitarbeiter sechs amerikanischer Außenminister, Aaron David Miller: „Ein geschlossener irakischer Staat war immer eine Fiktion.“ Jetzt wird das Land wieder Opfer seiner Demographie und Geographie. Miller: „Der Irak ist heute nicht so sehr eine Nation als viel mehr eine Ansammlung von einander bekämpfenden religiösen und ethnischen Gruppen. Zugleich kämpfen die Nachbarn Saudi-Arabien und Iran um die Vormacht in der Region – im Irak.

Die USA und der Westen können den Irak nicht heilen. Das ist die Lektion des Abenteuers, das Präsident George Bush 2003 begann. „Für die Probleme des Mittleren Ostens gibt es keine Lösungen, sondern immer nur Weiterungen“, so Miller. Der Westen muss sich im Irak auf ein Ziel beschränken, rät der *Independent*: Verhindern, dass der Islamische Staat zum Ausgangsort von neuem Terror wird, der den von Al-Kaida in den Schatten stellen könnte.

Heinrich Maetzke

Ein guter Kompromiss

Mindestlohn gilt spätestens ab 2017 für alle – Koalition ist sich über Ausnahmen einig

Berlin – Ab 2017 wird es in Deutschland einen flächendeckenden Mindestlohn geben. Die Unionsfraktion hat den Kompromiss zum Mindestlohn-Gesetz mit großer Mehrheit gebilligt. Nur elf Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion stimmten mit Nein, fünf enthielten sich. Auch in der SPD war man sich einig.

Strittigste Punkte waren bis zuletzt Regelungen für Praktikanten, Saisonarbeiter und Zeitungszusteller. Der Kompromiss sieht vor, dass Pflichtpraktika für Studenten oder Auszubildende nicht unter die Mindestlohnregelung fallen. Zudem gilt der Mindestlohn nicht für Jugendliche unter 18 Jahren sowie für Langzeitarbeitslose im ersten halben Jahr einer neuen Beschäftigung.

Saisonarbeiter erhalten bereits ab kommendem Jahr 8,50 Euro. Die Tage, in denen sie von der Sozialversicherungspflicht befreit sind, steigen von 50 auf 70. Zeitungszusteller fallen unter die Übergangsfrist, sie erhalten aber bereits ab 2015 stufenweise mehr Geld. 2017 bekommen sie den Mindeslohn.

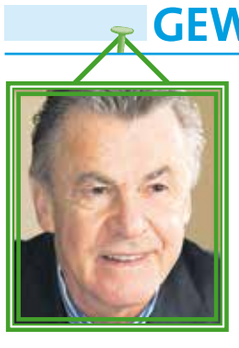
Vor der Abstimmung im Bundestag hatten die Gewerkschaften nochmals versucht, Stimmung gegen das Gesetz zu machen, das ihrer Meinung nach nicht weit genug geht: So behauptete Verdi-Chef Bsirske, dass die Koalition „mit der Vielzahl von Ausnahmen den Mindestlohn brutal amputiert“.

Das war sogar der SPD zu viel: „Es wird keine Ausnahmen geben“, betonte Fraktionschef Thomas Oppermann. Spätestens bis zum 1. Januar 2017 würden alle Arbeitnehmer in Deutschland über 18 den gesetzlichen Mindeslohn bekommen. Industrieverbände hätten dagegen gerne noch mehr Ausnahmen gehabt.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Reiner Meier erklärte dazu: „Für Forderungen nach noch mehr Ausnahmen habe ich nicht das geringste Verständnis. Wir haben einen ausgewogenen Kompromiss gefunden, und Kompromisse liegen nun einmal im Wesen einer Koalition. Diese Auffassung teilen auch die allermeisten meiner Fraktionskollegen.“

Meier verwies auf die gute Wirtschaftslage und die stabilen Beschäftigungszahlen: „Es passt für mich nicht zusammen, wenn man einerseits die Klagen vom Fachkräftemangel hört, es aber andererseits Vollzeitkräfte gibt, die von ihrem Lohn nicht leben können.“ **jvr**

GEWINNER DER WOCHE



Ottmar Hitzfeld

Zwei Triumphe in der Champions League, sieben deutsche Meisterschaften, einmal Weltpokalsieger, drei Mal DFB-Pokalsieger – Ottmar Hitzfeld hat im Fußball alles gewonnen. Mit Borussia Dortmund, mit dem FC Bayern München. Nun krönte er seine Trainerlaufbahn – und nahm als Coach seiner langjährigen Wahlheimat Schweiz an der Fußball-WM in Brasilien teil. Die Eidgenossen zeigten unter Hitzfeld eine großartige Leistung, scheiterten im Achtelfinale knapp an Argentinien – und entließen ihren langjährigen Trainer damit in den schon vorab angekündigten Ruhestand. Als Fazit seiner Laufbahn stellte „Gentleman“ Hitzfeld fest: „Der Stolz überwiegt.“ Stolz auf seine Leistungen kann er sein – die Bewunderung aller Fußballfans ist ihm zudem sicher. **dos**

VERLIERER DER WOCHE

BER

Dass die Finanzlage des noch immer nicht betriebsbereiten Berliner Hauptstadtflughafens ein einziges Desaster ist, ist hinlänglich bekannt. Dass aber sogar Studentenjobs beim BER so hervorragend bezahlt werden, dass man sich als Student womöglich sogar die Aufgabe der Ausbildung überlegen könnte, verärgert dann aber doch noch einmal zusätzlich. Wie jetzt bekannt wurde, haben studentische Hilfskräfte am Flughafen mehr als 9000 Euro pro Monat verdient – ein Organisationsfehler in der Personalabteilung machte es möglich. Für die betroffenen Studenten ein Segen, für den Steuerzahler ein riesiges Ärgernis: Das Chaos beim BER kennt keine Grenzen. Das Geld wird zum Fenster hinausgeworfen – Flugzeuge können auf absehbare Zeit dennoch keine dort landen. **dos**

FUNDSTÜCKE

„Bayern und Frankreich verbindet eine legendäre Freundschaft.“

Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident, bei seinem Besuch in Paris

„Es gibt ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Gerda Hasselfeldt, Thomas Oppermann und mir. Diese Koalition hat bislang wirklich gute Arbeit geleistet.“

Volker Kauder
Unions-Fraktionschef, zur Zusammenarbeit der Regierungsfraktionen

„Wenn es um Syrien geht, dann kann man keine lange Debatte beginnen. Dann muss man einfach für menschenwürdige Bedingungen sorgen. Das ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Kommunen.“

Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident, zur Asyl- und Flüchtlingsdebatte

„Wir verabschieden den Haushalt des Bundesaußenministers, einen Bikinihaushalt, könnte man sagen: Er umfasst das Wesentliche, und er erregt Aufmerksamkeit. Das sind Attribute, die man diesem Haushalt wie auch einem guten Bikini zuerkennen möchte.“

Alois Karl
CSU-Abgeordneter, in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes

BAYERNKURIER

Eigentümer und Verleger – § 7 Absatz 1BayPrG
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.,
Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Gründungsherausgeber:
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber:
Horst Seehofer,
Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union

Chefredakteur: Peter Hausmann
(verantwortlich für den Inhalt)

Redaktion:
Florian Christner (Kultur)
Andreas von Delhaes-Guenther (Bayern),
Wolfram Göll (Deutschland),
Dr. Heinrich Maetzke (Ausland),
Jörg von Rohland (Wirtschaft),
Dominik Sauter (Medien, Reports).
eMail: redaktion@bayernkurier.de
Keine Haftung für unverlangt
eingesandte Fotos, Manuskripte,
Datenträger und Dokumente

Verlagsleiter: Reinhard Schaefer
Verantwortlich für Anzeigen: Karin Freese
eMail: anzeigen@bayernkurier.de
Vertriebsabteilung:
eMail: vertrieb@bayernkurier.de

Normalabonnement jährlich 75 €. Schüler-/Studenten-/ Rentnerabonnement jährlich 40 €. Berechnung bis Ende Kalenderjahr. Die Preise verstehen sich einschließlich Mehrwertsteuer. Erfüllungsort und Gerichtsstand München. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt werden. Seit 1. Januar 2014 gilt Anzeigenpreisliste Nr. 34.

Kontoverbindungen:
Postbank München
IBAN: DE86700100800014048803
BIC: PBNKDEFF
Hypo Vereinsbank München
IBAN: DE46700202700000520300
BIC: HYVEDEMMXXX
Commerzbank 700
IBAN: DE39700800000498700700
BIC: DRESDEFF700

Anschrift für alle: BAYERNKURIER
Nymphenburger Straße 64,
80335 München
Telefon 089/12004-0
Telefax Redaktion 089/1293050
Telefax Verlag 089/12004-133
Postanschrift: Postfach 200563,
80005 München

Druck: Presse-Druck- und Verlags GmbH,
Curt-Frenzel-Straße 2,
86167 Augsburg

Schottlands Aufstand gegen die Tories

Am 18. September stimmen die Schotten über ihre Unabhängigkeit ab – Alex Salmond: Für eine andere, fairere Gesellschaft

London/Edinburgh – In zwei Monaten stimmen die Schotten über ihre Unabhängigkeit ab. Eine Mehrheit für die Einheitsbefürworter scheint sicher. Doch in London wachsen die Sorgen. Gewinnen werden die Schotten in jedem Fall: Auch wenn sie sich gegen die Unabhängigkeit entscheiden, werden sie größere Autonomie erhalten.

Bild: action press/HEMEDIAStuart Maxwell/SWNS

Schottlands Erster Minister Alex Salmond wirbt für sein Lebenswerk: Schottlands Unabhängigkeitsreferendum am 18. September.

Wie soll die Flagge des britischen Restkönigreichs aussehen, wenn sich die Schotten im Referendum am 18. September für die Unabhängigkeit entscheiden und dem Union Jack mit dem schottischen St. Andreas-Kreuz die Farbe Blau abhanden käme? Die Frage stellte im Dezember vergangenen Jahres der Sender *BBC News* und präsentierte gleich Vorschläge von Heraldik-Experten: Das schottische Weiß und Blau könnte durch das schwarz-gelbe walisische St. Davids-Kreuz ersetzt werden. Oder das rote englische St. Georgs-Kreuz mit dem ebenfalls roten irischen St. Patricks-Schrägkreuz könnte mit der weiß-grünen Nationalflagge von Wales unterlegt werden. Die Londoner Tageszeitung *Daily Mail* verkündete später – am 1. April –, eine neue rot-weiße Flagge würde schon in großer Zahl produziert.

Und wie soll Großbritannien heißen, wenn es nicht mehr groß ist und das Vereinte Königreich nicht mehr vereint? Eingebürgert hat sich in der Presse schon der Ausdruck „Rest of the United Kingdom", abgekürzt RUK. In einem Papier über die Folgen einer schottischen Unabhängigkeit für die Verteidigungspolitik schreibt der Verteidigungsausschuss des Unterhauses am 27. September 2013 vom „remainder (Überbleibsel) of the United Kingdom" und verwendet das Akronym rUK. Klar ist nur, dass das um Schottland reduzierte United Kingdom auf keinen Fall Former UK – ehemaliges UK – heißen kann. Die Abkürzung FUK verböte sich, witzelte schon die *Neue Zürcher Zeitung*.

Aber so witzig ist das alles nicht mehr. In London machen sich manche schon Gedanken über die Verfassungskrise, die dem Land drohte, wenn das schottische Referendum am 18. September durchginge. Der Abstimmung würden anderthalb Jahre Trennungsverhandlungen und etwa im März 2016 die schottische Unabhängigkeit folgen. Bis dahin wäre Schottland Teil des United Kingdom. Aber zwischen beiden Daten lägen im Mai 2015 die nächsten britischen Unterhauswahlen. Dürften dann die 59 schottischen Wahlkreise mitwählen? Wenn nicht, hätte die Labour Party, die in Schottland zuletzt 40 Mandate errang, keine Chance. Falls die Schotten doch mitwählen dürften, würde eine denkbare Labour-Regierung sofort stürzen, wenn im März 2016 die schottischen Abgeordneten auszögen, nicht einmal ein Jahr nach der Wahl. Und dürften die schottischen Unterhaus-Abgeordneten vorher bei den Trennungsverhandlungen auf der Londoner Seite mitverhandeln und mitabstimmen, sozusagen als schottische U-Boote im Londoner Unterhaus? „Auf keinen Fall", erklärte Mitte Mai der Verfassungsausschuss des Oberhauses. Aber damit entstünde ein neues Problem, sieht die Londoner Tageszeitung *The Guardian*: Ohne die schottischen Labour-Abgeordneten verlöre eine knappe Labour-Regierung ihre Mehrheit und hätte eigentlich gar kein Mandat mehr, um für das rUK zu verhandeln. „Das schottische Unabhängigkeitsvotum droht die Wahl 2015 entgleisen zu lassen", titelte Ende März *The Daily Telegraph*.

> **Das Vereinigte Königreich steht auf Treibsand, es ist nicht sicher, ob es überlebt**

Ende Juni gaben Umfragen den Unabhängigkeitsgegnern etwa neun Prozentpunkte Vorsprung – bei etwa 20 Prozent Unentschiedenen. In den meisten Referenden neigen die unentschlossenen Wähler am Ende des Wahlkampfes dem Status quo-Lager zu. Aber das schottische Unabhängigkeits-Referendum könnte da die Ausnahme werden, fürchtete schon im Februar die Londoner Wochenzeitung *The Economist*: „Die unentschiedenen Wähler stehen weiter links als der schottische Durchschnitt, sind feindseliger gegen die konservativ geführte Regierung in London und glauben eher, dass Schottland es alleine schaffen kann." Man dürfe Alex Salmond, Schottlands charismatischen Ersten Minister und leidenschaftlichen Initiator der Unabhängigkeitskampagne, nicht unterschätzen, warnt das Blatt jetzt: 2011 hat er unerwartet eine klare Parlamentsmehrheit für seine Schottische Nationalpartei (SNP) gewonnen.

Der Trend hilft den Separatisten, fürchtet auch die Dubliner Tageszeitung *The Irish Times*. Dazu komme eine „Enthusiasmus-Lücke", beobachtet aus der Ferne *The New York Review of Books*: Es ist schwierig, leidenschaftliche Begeisterung für den Erhalt des Status quo zu entfachen. „Das Vereinte Königreich steht auf Treibsand – wir können nicht sicher sein, dass es überlebt", so Mitte April der in dieser Frage meist pessimistische *The Guardian*.

„Die schottische Unabhängigkeit ist eine Lösung auf der Suche nach einem Problem", schreibt der Oxforder Professor für Moral-Theologie Nigel Biggar. Tatsächlich fahren die Schotten mit der Union eigentlich gut. In 300 Jahren Union haben die Schotten ihr eigenes Justizwesen behalten, ein eigenes Bildungssystem und eigene katholische und protestantische Kirchen. Die schottische Fußball-National-Elf kennt man. 1999 erhielt Schottland weitreichende politische Autonomie – mit eigenem Parlament, so wie Waliser und Nordiren. Nur die Engländer werden allein vom gemeinsamen Parlament in Westminster regiert.

> **Ein EU-Beitritt wäre für Schottland schwierig, wenn nicht unmöglich**

Auf den ersten Blick geht es bei Salmonds Unabhängigkeitskampagne vor allem um Geld. „Ein unabhängiges Schottland wird einen Bonus von 1000 Pfund pro Kopf gewinnen", erklärte er kürzlich seinen Wählern. „In den vergangenen 33 Jahren hat Schottland pro Kopf mehr Steuern gezahlt als der Rest des UK", rechnete er 100 Tage vor dem Abstimmungstermin in der Edinburgher Tageszeitung *The Scotsman* vor. Salmond: „Schottland ist ein ungeheuer reiches Land. Als unabhängige Nation wären wir pro Kopf der Bevölkerung das vierzehntreichste Land der entwickelten Welt, vor Frankreich, Japan und dem Vereinten Königreich." Viel die Rede ist im „Yes-camp" der Unabhängigkeitsbefürworter vom schottischen Nordsee-Öl. In seinem 667 Seiten langen Unabhängigkeits-Weißbuch „Scotland's Future" verspricht Salmond den Schotten denn auch einen nationalen Öl-Fonds, der so reich werden soll wie der norwegische.

Die Schotten würden im Fall der Unabhängigkeit 1400 Pfund pro Kopf verlieren rechnet dagegen in London Finanzstaatssekretär Danny Alexander vor. Denn die öffentlichen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegen in Schottland fast 1500 Pfund höher als im Rest des Königreichs. Das United Kingdom überweist schottischen Rentnern jedes Jahr 500 Millionen Pfund mehr als ihnen relativ zur Gesamtbevölkerung eigentlich zustünde, warnte im *Guardian* kürzlich auch der ehemalige Premierminister Gordon Brown – ein Schotte – seine Landsleute.

Anders als Salmond den Schotten vormachte, werde ein unabhängiges Schottland auch nicht das britische Pfund behalten können, beschied zudem im Februar Finanzminister George Osborne: „Wer Großbritannien verlässt, verlässt auch das Pfund." Eine Währungsunion mit dem RUK würde es für Schottland nicht geben. Und genauso schlimm: Auch auf eine EU-Mitgliedschaft könnten die Schotten nicht rechnen. Denn einem schottischen EU-Beitritt müssten alle 28 bisherigen EU-Mitglieder zustimmen, und das sei „schwierig, wenn nicht sogar unmöglich", so EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Für Schottlands wirtschaftliche Zukunft in der Unabhängigkeit verheißen beide Auskünfte nichts Gutes.

Aber geht es wirklich ums Geld? „Keine Nation strebt nach der Unabhängigkeit, um reich zu werden. Sie strebt nach der Unabhängigkeit, um frei zu werden", räsonniert im *Guardian* der renommierte britische Kommentator Sir Simon Jenkins. Tatsächlich wirbt Salmond auch am liebsten mit der Aussicht auf eine andere „fairere Gesellschaft" für Referendum und Unabhängigkeit. Sein Unabhängigkeits-Weißbuch liest sich streckenweise wie das Wahlprogramm einer stramm linken Umverteilungspartei. Es geht darin um Schottlands Sozialsystem, ein „faireres Steuersystem", Renten, Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnraum, Schulen und natürlich um die britischen Atom-U-Boote in schottischen Fjorden, die die Schotten endlich loswerden wollen. „Schottland ist eines der reichsten Länder der Welt", schreibt Salmond in *The Scotsman*: „Aber wir müssen sicherstellen, dass dieser Wohlstand gerechter verteilt wird." Salmond wirft London – und dort vor allem den Konservativen – regelrechte Misswirtschaft vor: „Die Regierung in Westminster hat das Vereinte Königreich in eines der ungleichsten Länder in der entwickelten Welt verwandelt." Den Tories dürfe man Schottlands Finanzen nicht anvertrauen.

> **Schottische Nationalisten eint sozialistischer Hass auf die Tories**

Was schottische Nationalisten eint, ist nicht so sehr ein nationalistischer Hass auf England als vielmehr sozialistischer Hass auf die Tories, die denn auch in Schottland so gut wie verschwunden sind. Was auch der Grund dafür ist, dass nicht etwa Premierminister David Cameron, sondern der ehemalige Labour-Finanzminister Alistair Darling – er ist schottischer Abstammung – die „Better-Together"-Kampagne der Unabhängigkeitsgegner anführt. Von den 5,3 Millionen Schotten fühlen sich viele von 53 Millionen Engländern majorisiert. „Nur zweimal haben schottische Wahlstimmen über die Regierung des Vereinigten Königreichs entschieden, und das war vor 40 Jahren", erinnert Salmond. Nie mehr von den Tories regiert zu werden – das ist, manchmal sogar offen ausgesprochen, das eigentliche Leitmotiv der Unabhängigkeitskampagne.

Die von Tony Blair reformierte Labour-Partei – New Labour – ist für die meisten Schotten, die eben viel weiter links stehen als die britische Bevölkerung insgesamt (*The Economist*), kein Trost. Im Gegenteil: Wenn nicht einmal Labour Schottland etwa vor dem Irak-Krieg bewahren konnte, sagen sie, dann könne man von keiner Regierung in Westminster noch irgendetwas erwarten.

Der schwerreiche in der Nobel-Privatschule Eton erzogene Südengländer David Cameron ist für linke Schotten sozusagen der fleischgewordene Tory-Belzebub. Entsprechend vorsichtig hat sich der Premier in der Debatte um Schottlands Unabhängigkeit gegeben. Bei einem zweitägigen Besuch in Schottland sei er sehr kontrolliert aufgetreten – „fast schon wie in einem fremden Land", notierte im Mai *The Economist*. Sehr bemerkt worden ist im Februar Camerons emotionaler Appell an die Landsleute im Norden: „Wir wollen, dass Ihr bleibt." Ministerien und Behörden hat er verboten, sich auf den Fall der schottischen Unabhängigkeit vorzubereiten.

Am 18. September könnte Cameron zum großen Gewinner werden. Wenn die schottischen Wähler sich dann gegen die Unabhängigkeit entscheiden – und danach sieht es immer noch aus –, dann hat Cameron alles richtig gemacht, meint die Tageszeitung *The Independent*: „Das ist dann möglicherweise das wichtigste Ereignis seiner Zeit als Premierminister." Ein Nein-Votum der Schotten – gegen die Unabhängigkeit – würde im Lande die Stimmung zugunsten Camerons verschieben und ihm zu einem guten Einstieg in das Wahljahr 2015 verhelfen, so das Blatt.

In jedem Fall gewonnen haben schon jetzt die Schotten – auch bei einem Votum gegen die Unabhängigkeit. Alle Parteien – Tories, Labour, Liberaldemokraten – haben sich schon darauf festgelegt, dass die Schotten zusätzliche weitgehende Autonomierechte erhalten sollen. Nach der Wahl im Mai 2015 wird das nächste Parlament die entsprechenden Gesetze als allererstes beschließen. Wales, Nordirland und England werden mit ähnlichen Autonomie-Ansprüchen folgen, sieht *The Economist* schon voraus. Vielleicht auch Englands Metropolregionen: „Wenn die Vertreter von 5,3 Millionen Schotten Steuerhoheit haben, warum dann nicht die von 2,7 Millionen Einwohnern im Großraum Manchester?", fragt das Blatt. Wie auch immer die Schotten am 18. September entscheiden – sie haben schon jetzt Großbritannien völlig verändert.

Heinrich Maetzke

Drohnen schützen Soldaten

CSU: Bundeswehr muss waffentaugliche Drohnen beschaffen – Radikalpazifisten im Abseits

Berlin – Deutschland verliert sich in einer moralbeladenen Debatte darüber, ob die Bundeswehr waffentaugliche Drohnen beschaffen sollte. Für die CSU ist die Antwort klar: „Drohnen sind zum Schutz der Soldaten unerlässlich“, sagt Verteidigungsexperte Hahn. Verteidigungsministerin von der Leyen scheint auf diese Linie einzuschwenken.

Bereits in Benutzung ist die israelische Aufklärungsdrohne „Heron“, hier in Masar-i-Sharif. Ob unter den Flügeln außer Kameras auch Raketen montiert werden, muss der Bundestag entscheiden. Bild: Sebastian Wilke/BMVg/action press

Eine öffentliche Anhörung im Verteidigungsausschuss zum Thema Drohnen hat das Thema in die politischen Debatte gebracht. Wie üblich erklären die pazifismusbewegten Grünen und Kommunisten jegliche Bewaffnung deutscher Soldaten zu Teufelszeug. Aber auch Verteidigungspolitiker der SPD lehnen die Anschaffung der Systeme bislang ab, obwohl sie ja einsehen müssten, dass diese für heikle Einsätze nötig sind, um das Leben von Soldaten zu schützen. Beobachter äußern den Verdacht, dass die Sozialdemokraten die Drohnen-Beschaffung als politische Verfügungsmasse auffassen – nach dem Motto: Wenn die Union die Drohnen will, muss sie der SPD dafür irgendwelche anderen Zugeständnisse machen.

Die Anschaffung von waffentauglichen Drohnen war von der früheren schwarz-gelben Bundesregierung wegen des Scheiterns der Aufklärungsdrohne Euro-Hawk vertagt worden. Der damalige Verteidigungsminister de Maizière wäre beinahe über die Affäre gestolpert. Unbewaffnete Drohnen zur Aufklärung werden von deutschen Soldaten schon länger eingesetzt. Bislang verfügt die Bundeswehr über keine eigenen Systeme, sondern mietet die Geräte. Die Verträge laufen in einigen Monaten aus.

„Die Sachverständigenanhörung hat erneut klar gemacht: Die Bundeswehr ist zum Schutz der Soldaten im Einsatz auf unbemannte, bewaffnungsfähige Systeme unbedingt angewiesen“, betont der CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn. „Experten aus Wissenschaft und Praxis haben die Notwendigkeit von Drohneneinsätzen zur Aufklärung und Bekämpfung des Gegners gerade in großräumigen Einsatzgebieten bestätigt.“ Das gelte insbesondere, wenn Luftunterstützung durch Hubschrauber und Flugzeuge nur schwierig und mit lebensbedrohlicher Zeitverzögerung zu organisieren wäre.

> **Fürsorgepflicht bedeutet: Die Soldaten benötigen das bestmögliche Material**

Hahn stellt klar: „Die Fürsorgepflicht gegenüber unseren Soldaten gebietet, ihnen das bestmögliche zulässige Material zur Verfügung zu stellen, um die Einsatzrisiken zu minimieren.“ Die Fundamentalkritik von links kontert Hahn so: „Völkerrechtlich ist nicht das Waffensystem Drohne problematisch. Wie bei anderen Waffen kommt es entscheidend auf den völkerrechtskonformen Einsatz an: Der Drohneneinsatz muss insbesondere das Diskriminierungsgebot beachten, das heißt, es muss möglich sein, eindeutig zwischen Zivilpersonen und Kombattanten zu unterscheiden. Das können Drohnen leisten.“

Mit den Radikalpazifisten von Grünen und Linkspartei geht Hahn hart ins Gericht: „Die Unterstellung der Opposition, die Anschaffung von Drohnen verführe quasi unaufhaltsam zu völkerrechtswidrigen extralegalen Tötungen und ebne den Weg zu vollautomatischen Kampfrobotern, verkennt die entscheidende Rolle des Parlaments bei der Mandatierung von Einsätzen. Außerdem zeigt diese Haltung ein angesichts der langen völkerrechtskonformen Tradition völlig unbegründetes Misstrauen gegenüber unserer Bundeswehr.“

Auch Verteidigungsministerin von der Leyen schwenkt nach langem Zögern auf die Linie ein, dass eine Beschaffung von Drohnen für die Bundeswehr unabdingbar ist. Komme es zu einem Kampfeinsatz, hätte das Parlament die Option, „mit dem Mandat und auf den konkreten Fall bezogen auch die Frage der Bewaffnung der Drohne zum Schutz der entsandten Truppen zu entscheiden“, sagte die Ministerin.

Sie plädierte dafür, zunächst weiterhin Drohnen zu mieten. „Da die neueren Modelle ohnehin bewaffnungsfähig sind, stünde uns damit künftig nicht nur die dringend benötigte Aufklärungsdrohne zur Verfügung“, sagte von der Leyen. Langfristig sei „die Entwicklung einer europäischen bewaffnungsfähigen Drohne“ nötig. Dies werde mindestens ein Jahrzehnt dauern. **Wolfram Göll**

Kriegshetzer?

Kommunisten und Grüne schmähen Gauck

Berlin – Welch krankes Verhältnis die deutsche Linke in Bezug auf die Verteidigung der westlichen Grundwerte hat, zeigt die Welle an Schmähkritik, der sich Bundespräsident Gauck derzeit ausgesetzt sieht. Er hatte erklärt, im „Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen“. Gauck: „So wie wir eine Polizei haben und nicht nur Richter und Lehrer, so brauchen wir international auch Kräfte, die Verbrechen oder Despoten, die gegen andere mörderisch vorgehen, stoppen.“

Diese „haltlosen Reden“ bewiesen, dass er „als Bundespräsident eine Fehlbesetzung darstellt“, schrieb die linksgrüne *taz*. Die *SZ*, gewohnt betroffen, warnte vor dem „Sprengstoff seiner Botschaft“, der „schleunigst unschädlich“ zu machen sei. Für den Altgrünen Ströbele „stolpert“ Gauck durch die „Geschirrläden der Sicherheits- und Außenpolitik“. Am schlimmsten trieb es die Linkspartei: Außenpolitiker Jan van Aken verortete Gauck zwischen „Feldherrn und Weltpolizist“. Norbert Müller, Landtagsabgeordneter der Linkspartei in Brandenburg, nannte Gauck auf *Facebook* einen „widerlichen Kriegshetzer“. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen wegen Verunglimpfung.

Eindeutig indes die Reaktion von Union und SPD: Sie nahmen Gauck deutlich in Schutz vor dieser „unglaublichen Entgleisung“, wie SPD-Fraktionschef Oppermann sagte. Diese „Schmähkritik“ der Linken erinnere an die Methoden der Nazis, mit denen sie gegen Reichspräsident Ebert in der Weimarer Republik vorgegangen seien. **wog**

Verschleppungstaktik

Union ärgert sich über Trägheit der SPD

Berlin – Rekordverdächtig schnell hat die große Koalition die Lieblingsprojekte der SPD abgearbeitet: Mindestlohn, Doppelpass, Frührente und andere Gesetze sind bereits beschlossen oder auf der Zielgeraden – trotz teilweise größter Bedenken der Union.

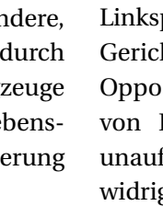
Unredlich scheint daher die Verschleppungstaktik, die vor allem die SPD-Ministerien für Familie und Justiz bei zwei Themen an den Tag legen, die der Union sehr wichtig sind: Bereits seit Anfang des Jahres liegen laut der CDU-Abgeordneten Nadine Schön die Eckpunkte der Union für eine Verschärfung der Gesetze zur Prostitution sowie gegen Kinderpornographie vor. Doch aus den Ministerien kommt bislang gar nichts. „Justizminister Maas und Familienministerin Schwesig müssen einen Gang zulegen und zügig nach der Sommerpause Entwürfe vorlegen“, fordert der CSU-Rechtspolitiker Volker Ullrich. „Wo Frauen ihre Würde verlieren, müssen wir sofort handeln. Das ist der Fall, wenn Frauen durch Zwangsprostitution und moderne Sklaverei ausgebeutet werden.“ **wog**

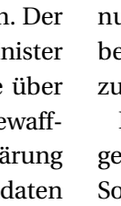
CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

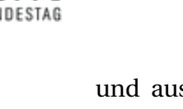
AUS DER LANDESGRUPPE

VORBILDLICH

„Deutschland geht mit diesem Haushalt als Vorbild voran“, lobt der CSU-Chefhaushälter **Bartholomäus Kalb** (Bild) den Bundeshaushalt 2014, der im Bundestag verabschiedet wurde. „Der Haushalt nimmt Kurs auf die Schwarze Null“, so Kalb (Seite 13). Die zusätzlichen Milliarden für Infrastruktur-Ausgaben nimmt der verkehrspolitische Sprecher der Unionsfraktion, **Ulrich Lange** (Bild u.), in den Blick: „Es ist ein Erfolg für die Verkehrspolitik, dass es fünf Milliarden Euro zusätzlich für den Verkehrsbereich geben wird. Das ist dringend notwendig, um unsere leistungsfähige Infrastruktur erhalten und ausbauen zu können“, so Lange. Laut Verkehrsprognose soll der Schwerlastverkehr bis 2030 auf Deutschlands Straßen, Schienen und Wasserwegen um 38 Prozent zunehmen. „Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir jetzt mehr investieren und mit einer verlässlichen und gut ausgebauten Infrastruktur dafür sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv bleibt“, so Lange. Große Hoffnung setzt die Oberpfälzer Abgeordnete **Barbara Lanzinger** (Bild o.) auf einen Ausbau des Schienenwegs von München und Nürnberg über Furth im Wald nach Prag. In einem Schreiben an Lanzinger versprach Minister **Alexander Dobrindt**, den Ausbau der Donau-Moldau-Bahn München-Prag bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) gründlich zu untersuchen, ebenso wie den Ausbau der Verbindung Nürnberg-Schwandorf mit Anschluss an die Donau-Moldau-Bahn. Den neuen Agrarhaushalt lobt die CSU-Landwirtschaftspolitikerin **Marlene Mortler** (Bild u.). Darin stelle der Bund „über eine halbe Milliarde Euro bereit für Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation“. Das Landwirtschaftsressort sei „ein Schlüsselressort bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, so Mortler. „Nur wenn Deutschland auch in der Landwirtschaft darauf setzt, ein weltweit führender Technologiestandort zu bleiben, werden wir einen substanziellen Beitrag zur Bewältigung der weltweiten Ernährungsproblematik leisten“, betont sie.







MAUT-KONZEPT GUT

Das öffentlich bislang nicht bekannte Konzept von Verkehrsminister **Alexander Dobrindt** für eine Pkw-Maut erfüllt nach Einschätzung von CSU-Landesgruppenchefin **Gerda Hasselfeldt** (Bild o.) alle Bedingungen der Koalition. „Ich habe aus meiner Sicht das Gefühl, dass es sehr wohl den Kriterien entspricht“, sagte Hasselfeldt mit Blick auf die Vorgaben im Koalitionsvertrag. Dobrindts Konzept werde derzeit mit dem Finanzministerium und dem Kanzleramt abgestimmt. Wann es öffentlich vorgestellt werde, könne sie nicht sagen. Dobrindt hatte eine Lösung vor der Sommerpause angekündigt. Ab Januar 2016 soll die Maut greifen, die nur ausländische Fahrzeughalter belasten soll.

GEFÄHRLICHER KURS

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, **Peter Ramsauer** (Bild u.), sieht die schwarz-rote Koalition auf einem gefährlichen Kurs. „Wir sind dabei, unsere Energiekosten zu erhöhen, unsere Sozialkosten zu erhöhen und Investitionen runterzufahren“, kritisierte Ramsauer in der *Bild*-Zeitung. „Damit gefährden wir die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft Deutschlands.“ Statt Rentenpaket und Mindestlohn zu verabschieden, wäre es wichtig, die kalte Progression zu bekämpfen, meint Ramsauer.

WINDRAD AUF ABSTAND

Bild: Archiv

Die Länder-Öffnungsklausel für die Abstandsregelung von Windkraftanlagen, die im neuen EEG festgeschrieben wurde, stößt beim Wirtschaftspolitiker **Georg Nüßlein** und Agrarpolitikerin **Marlene Mortler** auf Zustimmung: „Windräder sind eine gute Sache, aber eben nur dort, wo sie auch hinpassen“, so Mortler. Es könne nicht angehen, sensible Landschaften oder ganze Dörfer zu verschandeln.

Linksextreme nehmen den Staat ins Visier

Verfassungsschutz will endlich den Linksextremismus systematisch erforschen – Experten reden bei der Hanns-Seidel-Stiftung Klartext

Bonn/Wildbad Kreuth – Erstmals will der Verfassungsschutz den Linksextremismus in Deutschland wissenschaftlich untersuchen. Unterdessen reden Forscher bei der Hanns-Seidel-Stiftung Klartext: Die Gefahr, die vom Linksextremismus ausgeht, wird massiv verharmlost – vor allem durch linke Politiker und Medien.

Ein trauriges Ritual sind die gewaltsamen linksextremen Ausschreitungen in Kreuzberg alljährlich am 1. Mai.

Der Verfassungsschutz will das linksextreme Milieu in Deutschland erstmals wissenschaftlich untersuchen lassen. Das bestätigte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, im *NDR*. Maaßen sprach von einem Wissensdefizit über Strukturen und Motive: „Es geht uns darum, dass wir prognosefähig sein können, dass wir Szenarien erkennen können. Und deshalb brauchen wir wissenschaftliche Unterstützung.“ Ziel sei es, Defizite an belastbaren Informationen aufzuarbeiten, so Maaßen. In etwa zwei Jahren soll die Untersuchung auf dem Tisch liegen.

Die Studie wurde bereits auf der Konferenz der Innenminister (IMK) Anfang Juni in Bonn beschlossen. Die IMK begründete: „Diese Studie soll auch genauere Erkenntnisse über das Umfeld des gewaltbereiten Linksextremismus und mögliche Radikalisierungsprozesse aufhellen.“ Der Hamburger Verfassungsschutzchef Manfred Murck verspricht sich von der Studie Vorteile, nicht nur für die Arbeit der Sicherheitsbehörden: „Der Staat sollte generell ein Interesse daran haben, zu verstehen, warum Leute gegen ihn protestieren.“

An diesem Verständnis mangelt es offenkundig. Während Milieustudien und Abhandlungen über rechtsextreme Motivlagen ganze Bibliotheken füllten, sei das linksextreme Lager wissenschaftlich nur wenig erschlossen, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Professor Hans-Gerd Jaschke. Viele seiner Berufskollegen hätten um dieses Thema jahrzehntelang einen weiten Bogen gemacht.

In Wildbad Kreuth analysierten auf einer sehr verdienstvollen Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung spezialisierte Politologen, Polizisten und Verfassungsschützer die Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch den Linksextremismus. Der Hamburger Oberkommissar und promovierte Politologe Karsten Dustin Hoffmann bestätigte die Erkenntnis, dass der Linksextremismus in Deutschland derzeit noch kaum erforscht ist. Mit einer Statistik wies er nach, dass sich der Literaturbestand zum politischen Extremismus in deutschen Universitäts- und Staatsbibliotheken in einer grotesken Schieflage befindet: So sind zum Rechtsextremismus zehn bis 25 mal mehr Bücher vorhanden als zum Linksextremismus. Und das, obwohl die Zahl der Gewaltdelikte von Rechts- und Linksextremisten sich im Großen und Ganzen die Waage hält – bei gewissen jährlichen Schwankungen.

„Die militante Linke wird seit Jahren öffentlich ignoriert“, kritisierte Hoffmann. Auch manche Verfolgungsbehörden greifen bei Linksextremisten augenscheinlich nicht so konsequent durch wie bei Rechtsextremisten. So liefere die linke Internet-Plattform „Links-Unten“ offen Tipps zur Durchführung von Brandanschlägen, zu Farbanschlägen mit manipulierten Feuerlöschern sowie zum Umbau von Laser-Pointern zu gefährlichen Waffen. „Meine These lautet: Wenn die Betreiber von Links-Unten Rechtsextremisten wären, wären sie schon lange im Gefängnis“, so Hoffmann.

Zu seinem Forschungsgebiet Linksextremismus sei er durch seine zwölf Jahre währende Tätigkeit bei der Bereitschaftspolizei gekommen, sagte Hoffmann. Sehr häufig sei er dabei dem „Schwarzen Block“ gegenübergestanden, der aus diversen gewaltbereiten linksextremen Gruppen besteht. In Hamburg sei es häufig um das besetzte Haus „Rote Flora“ gegangen. Die Randale konzentriere sich meist aufs Schanzenviertel und St. Pauli. „Als ich mich dann mal erkundigen wollte, was da eigentlich abgeht in der Roten Flora, wer da wohnt, welche Gruppen den Widerstand organisieren, fand ich keinerlei Material. Daher habe ich dann eigene Erkundigungen eingezogen, und daraus ist meine Dissertation gewachsen“, so Hoffmann.

Unterschätzen dürfe man die Aggression der Linksextremisten nicht, so Hoffmann. Das über das Internet verbreitete Know-How – Brandsätze, technisch aufgemotzte Böller aus dem Ausland und Laser-Pointer – lasse den Schluss zu, „dass manche militante Linke sich an der Grenze zum Terrorismus bewegen“. Auch schwere Körperverletzungen etwa von Polizisten würden durchaus in Kauf genommen.

Hoffmann erklärte auch, aus welchen Gruppen ein typischer militanter linksextremer Demonstrationszug besteht und wie die Gruppen interagieren. „Nicht alle werfen Steine und Brandsätze, das ist nur eine Minderheit. Aber keiner der Teilnehmer stellt das in Frage, sondern alle leisten moralische Unterstützung, verstecken Täter, lenken die Polizei ab. Ohne die Mitläufer könnten die Steinewerfer gar nicht arbeiten.“ Die Gesamtzahl der für gewalttätige linksextreme Demonstrationen aktivierbaren Teilnehmer schätzt Hoffmann bundesweit auf 40 000.

Einen interessanten Einblick in die Strukturen linksextremer Musik bot Ulrike Madest, Politologin aus Chemnitz. Stilistisch irgendwo zwischen Punk und Rap verortet, komme es vor allem auf die Texte an: „Das Linksextreme dabei sind die Texte“, so Madest. „Linksextreme Musik ist Hass-Musik.“

Doch auch hier biete sich dasselbe Bild der Unterschätzung, kritisiert Madest: Beleidigungen gegen Polizisten und Andersdenkende, sogar direkte Aufrufe zur Gewalt sowie die Verunglimpfung der Bundesrepublik als „Schweinesystem“ und „Schweinestaat“ würden von Gerichten häufig nicht geahndet. Hier werde die Kunstfreiheit äußerst weit ausgelegt.

Viele unpolitische Bands hätten keine Bedenken, zusammen mit linksextremen Bands aufzutreten. Lokalzeitungen und Lokalradios machten häufig Werbung für linksextreme Musikfestivals. Im rechtsextremistischen Bereich wäre das zu Recht undenkbar und würde parteiübergreifende Abscheu-Demonstrationen auslösen, so Ulrike Madest.

Der Dresdener Totalitarismusforscher Uwe Backes analysierte die linksextremen Strukturen innerhalb der SED-Nachfolgerin Linkspartei. „Ein echter Demokrat würde es in der Linkspartei nicht lange aushalten“, sagte er. Zwar agiere die derzeitige Führung geschickter als etwa die ehemalige Vorsitzende Lötzsch. Der innerparteiliche Pluralismus aber schließe zahlreiche extremistische Arbeitskreise mit ein.

„Acht von 40 Bundesvorstandsmitgliedern haben eine eindeutig extremistische Vergangenheit“, so Backes. Die fusionierte WASG habe ihre eigenen Linksextremisten in die Partei gebracht. Kandidaten der DKP kandidierten etwa in Baden-Württemberg auf Linkpartei-Listen, der größte Arbeitskreis sei mit rund 1250 Mitgliedern die DKP-nahe Kommunistische Plattform (KPF). Parteiikone Gysi gehe gerichtlich gegen jeden vor, der seine Rolle in der DDR und seine Kontakte zur Stasi thematisieren wolle. „Die Linke ist kein verfassungsloyaler demokratischer Akteur“, so Backes.

Die Parteiführung könnte die acht extremistischen Vertreter auch gar nicht aus dem Vorstand hinauswerfen, etwa um ein Bündnis mit der SPD auf Bundessebene zu ermöglichen. „Diese Linksextremisten und Arbeitsgemeinschaften sind die Speerspitzen von starken linksextremen Basisbewegungen. Die reichen bis in die Vorstände hinein. Sie stellen einen beträchtlichen Teil der Partei dar, vor allem im Westen. Ein großer Teil der West-Linken würde schlicht wegbrechen“, erklärte Backes.

Wolfram Göll

Schauplatz Hamburg: Hier kommt es häufig im Schanzenviertel zu gewaltsamen linksextremen Ausschreitungen, zuletzt im Dezember 2013. Die Linksextremisten meinen, das besetzte Haus „Rote Flora“ verteidigen zu müssen.

Bilder: Björn Kietzmann/action press (2)

Investitionsschub

312 Millionen für Bayerns Krankenhäuser

München – Das bayerische Kabinett hat den Startschuss für 20 neue Krankenhausbauvorhaben in Bayern gegeben – in den Jahren 2015 bis 2018, mit einem Gesamtfördervolumen von 312 Millionen Euro. Rund 176 Millionen Euro davon sind für den ländlichen Raum vorgesehen. Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte in der Kabinettssitzung: „Dieser Investitionsschub für bayerische Krankenhäuser wird die Qualität der stationären Versorgung der Menschen weiter steigern. Klar ist dabei: Krankenhäuser müssen nicht nur medizinisch leistungsstark, sondern auch schnell erreichbar sein. “

Mit den zur Verfügung gestellten Fördermitteln können alle Krankenhausprojekte vollständig finanziert werden. „Bayern und seine Kommunen leisten in diesem Sektor deutlich mehr als andere Länder“, stellte Finanzminister Markus Söder fest. „Wir sorgen mit den geplanten Investitionen nicht nur für die Gesundheit der Bürger, sondern schaffen auch einen wichtigen Anschub für Bauwirtschaft, Handwerk und medizintechnische Industrie“, erklärte Söder. Herausragende Projekte sind die Baumaßnahmen an den m Klinikein Ingolstadt und Bamberg, am Bezirksklinikum Mainkofen, am Krankenhaus Barmherzige Brüder Regensburg sowie an den Kliniken in Neustadt/Aisch und Burgau. **OP**

Strom aus einer Hand

Bayernwerk übernimmt E.ON-Netz

Regensburg – Die Bayernwerk AG hat das bayerische Hochspannungsnetz des E.ON-Konzerns übernommen. Das Netz des größten bayerischen Netzbetreibers wächst damit um 8900 Kilometer auf fast 190 000 Kilometer – die Zahl der Bayernwerk-Mitarbeiter steigt dadurch auf 2800.Das Bayernwerk ist jetzt in weiten Teilen des Freistaats für drei der vier Netzebenen verantwortlich: die 110 kV-Hochspannung, die 20 kV-Mittelspannung und die Niederspannung, die bis zum Hausanschluss verläuft.

380 Millionen Euro investiert das Unternehmen alleine in diesem Jahr, um den weiter wachsenden Herausforderungen der dezentralen Einspeisung Erneuerbarer Energie aus rund einer Viertelmillionen Minikraftwerken technisch zu bewältigen, vor allem aber die Netze stabil zu halten.

Ein weiteres strategisches Feld der Energiewende besetzt das Unternehmen laut Vorstandschef Reimund Gotzel mit der Tochtergesellschaft Bayernwerk Natur, die an vielen Orten Bayerns dezentrale Anlagen zur Wärmeerzeugung und Fernwärmenetze betreibe. Ende des Jahres werden es rund 150 dezentrale Erzeugungsanlagen in Bayern sein. Das Bayernwerk versorgt heute sechs Millionen Menschen in Bayern mit Strom und ist Konzessionspartner von rund 1200 Kommunen im Freistaat. **obx / OP**

Der Flüchtlingsstrom nach Europa stellt auch den Freistaat Bayern vor große Herausforderungen. Bild: action press

„Müssen vorbereitet sein“

Seehofer will Flüchtlingsstrom professionell begegnen

München – Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer will die Flüchtlingsunterkünfte im Freistaat besser auf den erwarteten Zustrom von Asylbewerbern vorbereiten.

Das kündigte Seehofer nach einer hitzigen Debatte im Landtag an. „Das müssen wir schon sehr professionell behandeln, was die Unterbringungsmöglichkeiten betrifft“, sagte der CSU Chef. „Gerade wenn es um Syrien geht, kann man ja nicht eine lange Debatte beginnen, sondern da muss man für menschenwürdige Bedingungen sorgen – und das ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Kommunen.“

Seehofer konterte damit die Kritik der Opposition, die Regierung sei im Angesicht der immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen und der chaotischen Zustände – etwa in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Münchner Bayernkaserne – zu lange untätig gewesen.

In dem Münchner Aufnahmelager kommen derzeit rund 150 Flüchtlinge täglich an. In Fahrzeughallen und Militärgaragen mussten notdürftig zusätzliche Betten aufgestellt werden. Die Regierung von Oberbayern hat inzwischen einen Aufnahmestopp verhängt. Auch das Erstaufnahmelager im mittelfränkischen Zirndorf ist überbelegt. Dort leben 1300 Flüchtlinge, obwohl das Lager eigentlich nur 950 aufnehmen kann, so die Regierung von Mittelfranken.

> **Wir müssen für menschenwürdige Bedingungen sorgen**

Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Christian Bernreiter, kritisierte, es sei absehbar gewesen, dass die Zahl der Flüchtlinge anschwelle. Er mahnte vor zu hoher Belastung kleiner Ortschaften, in die Asylbewerber nach der Erstaufnahme und nach der dortigen Registrierung verlegt werden. „Wir dürfen die Solidarität der Bevölkerung nicht überstrapazieren“, so Bernreiter. In seinem Landkreis Deggendorf entsteht derzeit die dritte bayerische Erstaufnahmeeinrichtung für 500 Flüchtlinge. Diese wird frühestens zum 1. Januar 2015 fertig.

Innenminister Joachim Herrmann und Sozialministerin Emilia Müller sollten im Kabinett vortragen, wie sie sich auf eine mögliche weitere Zuspitzung vorbereiten, kündigte Horst Seehofer an. Müller warnte, sie rechne mit 30 000 Asylbewerbern in diesem Jahr in Bayern. Ziel müsse sein, in jedem der sieben Regierungsbezirke eine Erstaufnahmeeinrichtung zu schaffen. **Peter Orzechowski**

BAYERN-TICKER

KÜNSTLER FÖRDERN

München – Das Kunstministerium wird bis zu 100 bildende Künstler in Bayern in ihrem Schaffen unterstützen. Sie erhalten im Rahmen der neuen Förderrunde über einen Zeitraum von zwei Jahren einen Zuschuss zu ihren Atelierkosten von monatlich 230 Euro. Für das Programm können sich freischaffende Künstler bis Ende Juli bei der Regierung bewerben, in deren Bezirk sich ihr Hauptwohnsitz befindet. Voraussetzung ist eine abgeschlossene künstlerische Ausbildung.

ERBFALL REGELN

München – Bayerns Justizminister Winfried Bausback warnt vor Überraschungen im Erbfall in Folge einer Änderung des EU-Rechts: „Die künftige Rechtslage führt dazu, dass etwa eine Deutsche, die ihren Lebensabend auf Mallorca verbringt, unter Umständen nach spanischem Recht beerbt wird“, so Bausback. Wer seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt und die Anwendung deutschen Rechts sicherstellen will, solle an eine entsprechende Klausel im Testament denken. Eine Beratung durch einen Anwalt oder Notar sei ratsam.

BAYERN-ZAHL DER WOCHE

65 500

Behandlungen von Patienten mit Störungen durch psychotrope Substanzen gibt es in Bayern pro Jahr, 85 Prozent davon wegen legaler Drogen.

CSU FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG – AUS DER LANDTAGSFRAKTION

BESSERE ERZIEHUNG

„Die von der CSU-Landtagsfraktion beschlossene deutliche Erhöhung der Kindertagesstättenförderung um 63 Millionen Euro pro Jahr ist eine gute Nachricht für die Kindertagesstätten im Landkreis Rosenheim“, gaben die Landtagsabgeordneten **Otto Lederer** (Foto) und **Klaus Stöttner** bekannt. Durch die Anhebung des sogenannten Basiswerts gebe man den Kindertagesstätten neue Spielräume, mit deren Hilfe man die Qualität der Einrichtung und die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher spürbar verbessern könne. „Die Träger der Kindertagesstätten in unseren Stimmkreisen sprechen uns immer wieder darauf an, dass eine Basiswerterhöhung notwendig ist, um eine langfristige qualitative Kinderbetreuung organisieren zu können“, verdeutlichte Stöttner weiter.

„Wir sind daher sehr froh, dass die CSU-Fraktion dieses wichtige Anliegen nun durch eine schnelle und deutliche Erhöhung der Kindertagesstättenförderung auf den Weg bringt.“

INNOVATIVE WEHRTECHNIK

„Eine leistungsstarke, innovative Wehrtechnik in Bayern macht unsere Bundeswehr unabhängig und einsatzfähig. Wir haben deshalb großes Interesse daran, der wehrtechnischen Industrie in Bayern Planungssicherheit zu bieten. Dazu müssen wir Forschungs- und Entwicklungspotentiale nachhaltig stärken und innovative Produkte weiterhin fördern, “ so Staatssekretär **Johannes Hintersberger** (Foto u.), Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik, nach einem dreitägigen Besuch bei Airbus Toulouse und Airbus Helicopters in Marseille. Hintersberger wies darauf hin, dass die wehrtechnische Industrie zusammen mit den vielen mittelständischen Zulieferern ein entscheidender Wirtschaftsfaktor, ein Innovationsmotor für viele neue Produkte, eine unverzichtbare Technologietreiberin und eine starke Arbeitgeberin in Forschung, Entwicklung, Produktion und Dienstleistung sei.

WICHTIGE JUGENDARBEIT

„Die Jugendarbeit leistet einen immensen Beitrag dazu, dass junge Menschen Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander erleben und lernen. Deshalb wäre die ehrenamtliche Jugendarbeit auch nicht mit viel Geld zu ersetzen“, erklärte **Gerhard Hopp** (Foto links), der jugendpolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Anlass war ein jugendpolitischer Austausch von Vertretern der CSU-Fraktion mit Vorstandsmitgliedern der Evangelischen Landjugend Bayern. Gerade wegen der immensen Bedeutung der Jugendarbeit, die in Verbänden wie der Evangelischen Landjugend geleistet werde, werde der Freistaat das Engagement auch weiterhin finanziell unterstützen. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den anstehenden Beratungen für den Doppelhaushalt 2015/2016 unseren Einsatz deutlich machen können“, sagte Hopp bei dem Treffen. Er sei deswegen in engem Kontakt mit Bayerns Sozialministerin **Emilia Müller**.

MEHR AUTOBAHN

Der Landtagsabgeordnete für den Münchner Westen, **Otmar Bernhard** (Foto), hat in einem erneuten Schreiben an den Bayerischen Innen- und Verkehrsminister **Joachim Herrmann** (Foto) für einen Autobahn-Ringschluss im Süden der Landeshauptstadt geworben. Bernhard nahm die neuesten Prognosen, wonach bis 2031 über 260 000 Einwohner mehr im Großraum München erwartet werden, zum Anlass, sich nochmals an den zuständigen Staatsminister zu wenden. „Ein Verkehrskollaps droht, sollte der Südring nicht realisiert werden“, warnt der Landtagsabgeordnete und langjährige Chef der CSU München in seinem Schreiben. Bernhard hatte sich immer für den Ringschluss im Süden stark gemacht und gefordert, dass das Vorhaben nicht aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wird.

Der Taxöldener Forst bei Wackersdorf: In den 80er Jahren Bürgerkriegsgebiet, heute Innovationspark für Bayern. Bild:obx-news

Aus der Pleite zum Erfolg

25 Jahre nach dem Ende der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf

Wackersdorf – Für die deutsche Energiewirtschaft war es eine der größten Fehlinvestitionen ihrer Geschichte, für die Oberpfalz unterm Strich ein Glücksfall.

Mehr als drei Milliarden Mark, also 1,5 Milliarden Euro, haben die deutschen Stromversorger vor einem Vierteljahrhundert beim missglückten Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im oberpfälzischen Wackersdorf in den Sand gesetzt. 1989, vor genau 25 Jahren, beschlossen die Energiekonzerne vier Jahre nach Baubeginn, das umstrittene Großprojekt aufzugeben.

In der Erinnerung der Oberpfälzer steht die Buchstabenkombination WAA bis heute als Symbol für zeitweise bürgerkriegsähnliche Zustände im Landkreis Schwandorf, aber auch als Auslöser für eine beispiellose Wirtschaftsförderung ihrer Heimat.

Auf dem ehemaligen WAA-Baugelände im Taxöldener Forst bei Wackersdorf, über Jahre hinweg Schauplatz von Massendemonstrationen und blutigen Auseinandersetzungen zwischen WAA-Gegnern und Polizei, entstanden der Innovationspark Wackersdorf, einer der modernsten Industrieparks Europas mit heute über 2000 neuen Arbeitsplätzen.

Bund und Land pumpten nach dem WAA-Crash mehr als 250 Millionen Euro Sondermittel in die Oberpfalz. Weitere 250 Millionen Euro flossen aus Töpfen der WAA-Betreibergesellschaft an die Kommunen und in den Umbau des WAA-Areals zum Industriezentrum. 500 Millionen Euro stellte danach noch die Energiewirtschaft für Investitionen in der Region in Aussicht, von denen allerdings viele den Taxöldener Forst nie erreichten. Eine von Siemens auf 150 Hektar einst geplante Solarzellenfabrik blieb neben anderen Plänen ein Schubladenprojekt.

„An keinem vergleichbaren Standort in Bayern entstand in solch kurzer Zeit eine ähnlich große Zahl neuer Arbeitsplätze. Statt der heute 2200 hätte die WAA nur 1600 Arbeitsplätze gebracht“, lobt der damalige bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu.

Für Quadratmeter-Preise zwischen einem und fünf Euro war Wackersdorf ein Schnäppchen für die Unternehmen. BMW stieg damals groß ein und ist heute das Flaggschiff im 55 Hektar großen Innovationspark. Der Konzern entwickelt dort neue Technologien, produziert Fahrzeugkomponenten und treibt die Entwicklung der zukunftsweisenden Carbon-Technologie unter anderem für die BMW-Elektroautos voran. Die zwölf weiteren hier angesiedelten Firmen sind vor allem Automobilzulieferer, die direkt für BMW produzieren.

In Wackersdorf und Umgebung ist zum 25. Jubiläum des Ausstieges wieder Normalität eingekehrt. Die in der Bevölkerung im Großraum Schwandorf durch den WAA-Bau entstandenen Risse zwischen Befürwortern und Gegnern sind mittlerweile vernarbt – vergessen sind sie bei vielen der früheren Widerstandskämpfer gegen die geplante Nuklearfabrik bis heute nicht. OP / obx

Günstiges Erdgas

Wie Bayerns Kommunen sparen können

München – Im Schnitt 20 Prozent können Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte bei der Beschaffung von Erdgas sparen. Das zeigen die Ergebnisse der Bündelausschreibungen für die kommunale Erdgasbeschaffung in Bayern, die der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Uwe Brandl jetzt vorstellte. Brandl: „Das Ergebnis zeigt eindrucksvoll, dass gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen sinnvoll sind und die kommunalen Haushalte deutlich entlasten können. Das freut nicht nur den gemeindlichen Kämmerer, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, weil mehr Geld für Investitionen der Kommune übrig bleibt.“

Es wurde ein Gesamterdgasbedarf von ca. 218 GWh/Jahr ausgeschrieben. Von den 15 Bietern erhielten sieben den Zuschlag für den günstigsten Preis: Erdgas Schwaben GmbH, Energie Südbayern GmbH, Logo Energie GmbH, E.ON Energie Deutschland GmbH, N-ERGIE AG, Stadtwerke Augsburg Energie GmbH sowie die Stadtwerke Amberg Versorgungs GmbH. Die Gesamteinsparung bei den Erdgaskosten liegt bei ca. drei Millionen Euro pro Lieferjahr. Der Lieferzeitraum umfasst die Zeit vom 01.10.2014 bis 01.01.2018. OP

Vorbilder für Bayern

Brunner zeichnet ländliche Räume aus

München – Im Wettbewerb Land- und Dorfentwicklung hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner vier Staatspreise sowie sieben Sonderpreise verliehen: Der mit 8000 Euro dotierte Staatspreis „Kreative Initiativen, Planungs- und Entwicklungsprozesse“ geht an die drei Integrierten Ländlichen Entwicklungen (ILE) Altmühltal, Fränkisches Seenland-Hahnenkamm und Rezattal-Jura (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen und Donau-Ries).
Für „umfassende Leistungen zur Stärkung des Ländlichen Raums“ erhalten das Hofheimer Land, eine Allianz für lebendige Ortsmitten, (Landkreis Haßberge) sowie das Krumbachprojekt (Landkreis Amberg-Sulzbach) jeweils einen Staatspreis. Der vorbeugende Hochwasserschutz für die Ortschaft Mitterndorf (Landkreis Deggendorf) erhält den Staatpreis in der Kategorie 3 „Herausragende Einzelleistungen zur Stärkung des ländlichen Raums“.

Sonderpreise gab es für ein ländliches Kernwegenetz der ILE „Fränkischer Süden“ (Landkreis Würzburg), für die Gemeindeentwicklung Pottenstein (Landkreis Bayreuth), für den Römerpark Ruffenhofen (Landkreis Ansbach), für die ganzheitlichen Dorferneuerungen Untrasried und Hopferbach (Landkreis Ostallgäu), für das Dorfwirtshaus Altenau (Kreis Garmisch-Partenkirchen) sowie an den Dorfladen in Gleiritsch (Landkreis Schwandorf) und die Dorferneuerung in Tüschnitz (Landkreis Kronach). OP

Der Dorfladen hat Zukunft

München – Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat den Leitfaden „Der Dorfladen in Bayern“ präsentiert. „Der Dorfladen ist Kontaktstelle vor Ort und sorgt für eine engere Dorfgemeinschaft“, betont Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer.

Das Handbuch gibt praxisnahe Arbeitshilfen für die Gründung und den Betrieb eines Dorfladens und hilft Bürgern und Kommunen beispielsweise bei Fragen wie: Wie finanziert man einen Dorfladen? Welche rechtlichen Regeln sind einzuhalten? Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Woher bezieht man Waren? Wie kann der Dorfladen wirtschaftlich arbeiten?

Der Leitfaden kann unter *www.stmwi.bayern.de/service/publikationen/mittelstand-handwerk/* heruntergeladen und bestellt werden. OP

Kultur im Freistaat fördern

Minister Spaenle: 7,15 Millionen für kulturelle Projekte

München – Mit rund 7,15 Millionen Euro aus dem Kulturfonds Bayern werden in diesem Jahr 139 kulturelle Projekte in ganz Bayern gefördert.
Der Kulturfonds Bayern habe sich als geeignetes Mittel erwiesen, um flexibel auf den Förderbedarf in den einzelnen Regierungsbezirken reagieren zu können, betonte Kunstminister Ludwig Spaenle in München. So können beispielsweise geplante Kultureinrichtungen wie das Museum für zeitgenössische Kunst „Dieter Kunerth“ in Ottobeuren oder die Sanierung der Steinernen Brücke in Regensburg weiter bezuschusst werden. Allerdings müsse auch einen Antrag stellen, wer Fördermittel erhalten wolle.

Bild: OP

Kleine Theater und kulturelle Projekte erhalten Fördergeld auf Antrag.

Und da waren in diesem Jahr wohl einige Regierungsbezirke schlauer als andere; die Unterfranken bilden das Schlußlicht. Entsprechend der Antragslage werden 2014 folgende Fördersummen ausgeschüttet:
Oberbayern: 680 700 Euro,
Niederbayern: 564 510 Euro,
Oberpfalz: 925 300 Euro,
Oberfranken: 2 293 550 Euro,
Mittelfranken: 771 500 Euro,
Unterfranken: 208 135 Euro,
Schwaben: 1 519 300 Euro.
Dazu kommen überregionale Projekte mit 185 630 Euro.

Minister Spaenle hatte bereits Mitte Mai über Kulturfonds-Anträge mit einem Fördervolumen von jeweils bis zu 25 000 Euro entschieden und für 97 Projekte in ganz Bayern eine Gesamtsumme von rund einer Million Euro bewilligt. Damit werden vor allem kleinere Maßnahmen wie Projekte von Privattheatern, Kunstausstellungen, der Ausbau von Proberäumen für Laienmusikvereine, Literaturprojekte sowie eine Fülle an Veranstaltungen gefördert.

42 größere Maßnahmen mit einer Fördersumme von jeweils über 25 000 Euro kommen nun nach der Zustimmung des Ministerrats und des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags hinzu.

Mit diesen rund 6,2 Millionen Euro können heuer unter anderem Kulturbauten in Angriff genommen, Sanierungen vorangebracht, Ausstattungen von Kultureinrichtungen erneuert und größere Veranstaltungen wie das Richard-Strauss-Jahr gefördert werden.

Der Kunstminister ermunterte alle Träger kultureller Projekte, sich bis zum 1. November 2014 für die neue Förderrunde 2015 bei der zuständigen Regierung zu bewerben.

Informationen dazu gibt es unter:
www.km.bayern.de/kunst-und-kultur/foerderung/kulturfonds-bayern.html

Peter Orzechowski

IHR HEIMSPIEL

Haben Sie interessante Meldungen für diese Seite? Schreiben Sie uns!

Bayernkurier – Die Kommunen –
Nymphenburger Str. 64
80335 München
eMail: kommunen@bayernkurier.de

Hamas im Fadenkreuz

Israel nach dem Mord an drei Teenagern

Jerusalem – Drei junge Israelis wurden im Westjordanland entführt und ermordet – nur weil sie Israelis waren. Am vergangenen Sonntag haben israelische Sicherheitskräfte ihre Leichen gefunden, unter einem Steinhaufen bei Hebron, nahe dem Ort, an dem sie am 12. Juni als Anhalter in ein Auto mit israelischen Kennzeichen gestiegen waren. Sie müssen schon kurz nach ihrer Entführung erschossen worden sein.

Die Tat entsetzt ganz Israel. Auch darum, weil die Opfer dieses Mal keine Soldaten waren, sondern einfach nur ganz normale junge Israelis, zwei von ihnen fast noch Kinder. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sprach drastisch aus, was wohl viele Israelis empfinden: „Sie wurden entführt und kaltblütig ermordet von Tieren."

> **Sie halten den Tod heilig – und wir das Leben**

Die israelische Regierung schreibt die Tat der radikalislamischen Terror-Miliz Hamas zu. „Die Hamas ist dafür verantwortlich, und die Hamas wird dafür bezahlen." Hamas-Sprecher bestreiten jede Verbindung zu den Tätern und sprechen von „Unterstellungen". Klare Dementis klingen anders. Tatsächlich bekennt sich die Hamas weiterhin zur Terror-Taktik der Entführung. Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erklärte kürzlich ein Hamas-Sprecher, dass die Hamas weiterhin „mit allen Mitteln", versuchen werde, in Israel inhaftierte Palästinenser freizubekommen. Entführungen wurden ausdrücklich nicht ausgeschlossen, so das Blatt.

Der israelische Geheimdienst hat zwei Hamas-Mitglieder im Westjordanland als Täter identifiziert, die denn auch seit der Tat verschwunden sind. Die konservative New Yorker jüdische Wochenzeitung *The Jewish Press* zitiert auf ihrer Internetseite die Mutter eines der mutmaßlichen Täter: „Ich bin stolz auf ihn bis zum jüngsten Tag. Meine Jungs sind alle rechtschaffen, fromm und rein. Das Ziel meiner Kinder ist der Triumph des Islam."

Israels Regierung streitet nun darüber, in welcher Art gegen die Hamas vorgegangen werden soll. Außenminister Avigdor Lieberman fordert eine große Militäraktion im Gaza-Streifen. Auch Wirtschaftsminister Naftali Bennet fordert eine Offensive gegen die Terror-Miliz. Verteidigungsminister Mosche Jaloon mahnt dagegen zur Besonnenheit. Ausgerechnet an dem Tag, an dem die drei Leichen gefunden wurden, wurde Israel aus Gaza mit 20 Kassam-Kleinraketen beschossen. Die israelische Luftwaffe reagierte mit Präzisionsangriffen gegen 34 Ziele in Gaza.

Unter Druck kommt auch die neue palästinensische Regierung von Fatah und Hamas. Netanjahu forderte von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, sich von der Hamas zu trennen. Gleichzeitig wächst auf palästinensischer Seite die Wut über Israels Suchoperation im Westjordanland, bei der über 400 Palästinenser festgesetzt wurden.

Der Mord an den drei israelischen Teenagern wird Hoffnungen auf Verhandlungen zwischen Jerusalem und der neuen Palästinenserregierung noch sehr lange emotional belasten. Bei der Beerdigung der drei Jungs sprach Netanjahu aus, was viele Israelis empfinden: „Eine tiefe moralische Kluft trennt uns von unseren Feinden. Sie halten die Grausamkeit heilig und wir das Mitgefühl. Sie halten den Tod heilig und wir das Leben." **H.M.**

Bild: action press/ ZUMA Wire / Zuma Press

Trauer und Wut in Israel.

Bild: Bayerische Staatskanzlei/Frédéric Brunet

Begrüßung im Hôtel Matignon: Frankreichs neuer Premierminister Manuel Valls empfängt Horst Seehofer.

Empfang im Elysée-Palast

Horst Seehofer in Paris – „Bitte erklären Sie uns Bayerns Erfolg"

Paris – Bayern genießt in Paris besonders hohes Ansehen. Für Ministerpräsident Horst Seehofer öffneten sich sogar die Türen des Elysée-Palasts.

„Woher kommt der Erfolg Bayerns? Erklären Sie uns das doch bitte!" Die Frage hat Ministerpräsident Horst Seehofer bei seinem Staatsbesuch in Paris – denn das war es – besonders oft gehört, vom neuen Premierminister Manuel Valls, von Arbeitsminister Arnauld Montebourg. Sogar Präsident François Hollande soll ihn im Elysée-Palast danach gefragt haben, heißt es. Das sei in Bayern nicht immer so gewesen, hat Seehofer geantwortet, vorsichtig, um auf keinen Fall oberlehrerhaft zu wirken. Bayerns Erfolg, so Seehofer in Paris, sei die Frucht großer Anstrengungen und harter Arbeit. Ohne Reformen stünde Bayern heute nicht so gut da. Zur Erklärung wies Seehofer auch auf Bayerns Regierungsmotto: Sparen, Haushaltsdisziplin, investieren.

Geradezu ehrfürchtig schaut man in Paris auf Bayerns niedrige Arbeitslosigkeit. In Frankreich liegt sie seit Jahren über neun und jetzt bei 10,4 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 25 Prozent. Seehofers Gesprächspartner kannten die bayerische Zahl – 3,4 Prozent – hinter dem Komma genauer als der Besucher aus München, der nur die drei vor dem Komma präsent hatte.

Das wurde in allen Gesprächen deutlich: Bayern genießt in Paris eine außerordentliche Wertschätzung. Der Sonderstatus des Freistaats ist auch in Frankreich sehr präsent. Sogar im Elysée-Palast strahlt die Marke Bayern hell.

Seehofer hat seinerseits in Paris keine Gelegenheit ausgelassen zu betonen, wie wichtig es sei, dass der Stabilitätspakt eingehalten würde. Niemand hat ihm widersprochen. Auf französischer Seite will man allerdings den Stabilitätspakt „flexibel gestalten" und Ausnahmen erwirken für Investitionen, um „Wachstum zu generieren". Im Gespräch mit Premierminister Valls und Wirtschaftsminister Montebourg ermutigte Seehofer seine Gesprächspartner, Strukturreformen anzupacken, und lobte die Absicht, über die nächsten Jahre 50 Milliarden Euro einzusparen.

> **Sogar im Elysée-Palast strahlt die Marke Bayern hell**

Staatspräsident Hollande ließ sich von Seehofer erklären, wie Deutschlands Energiewende funktioniert. Der Präsident habe sehr aufmerksam zugehört, heißt es aus Seehofers Umgebung.

Ein anderes Thema war nach der Europawahl natürlich Europa. Der französischen Regierung ist nicht entgangen, dass auch die CSU enttäuschend abgeschnitten hat. Die französischen Sozialisten machen für ihr Wahldebakel das Erstarken europafeindlicher Kräfte verantwortlich. Valls und Seehofer waren sich einig, dass sich Europa – also die EU – auf die Beschäftigung mit den großen politischen Fragen beschränken sollte, derzeit etwa auf die Themen Flüchtlinge und Energie.

Sehr präsent sind beim Besuch eines Bayerischen Ministerpräsidenten in Paris immer historische Verbindungen zwischen Bayern und Frankreich. Bayern verdanke seinen heutigen staatlichen Zuschnitt Napoleon, betonte Seehofer mehrmals. Im Elysée-Palast hat man es gerne gehört.

Seehofer hat Premierminister Valls zum baldigen Besuch nach Bayern eingeladen und nächstes Jahr in seine Heimatstadt Ingolstadt zur Landesaustellung 2015 „Napoleon in Bayern". Valls hat prompt zugesagt, schon diesen Herbst nach Bayern zu kommen. Auch Wirtschaftsminister Montebourg will möglicherweise im Herbst Bayern besuchen. Die Beziehungen zwischen München und Paris sind von besonderer Art – und bleiben es.

Heinrich Maetzke

WELT IM BLICK

SARKOZY VERHÖRT

Paris – Gegen Frankreichs ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy ist ein Verfahren wegen Korruption und unerlaubter Einflussnahme eingeleitet worden. Sarkozy wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen und 15 Stunden verhört. Ihm wird vorgeworfen, einen der höchsten Richter des Landes bestochen zu haben, damit dieser Einfluss nahm auf ein anderes gegen Sarkozy laufendes Strafverfahren. Auf das Delikt stehen in Frankreich mehrere Jahre Gefängnis und hohe Geldstrafen.

PRÄSIDENT ERDOGAN?

Ankara – Der derzeitige türkische Ministerpräsident Recep Erdogan tritt am 10. August für seine islamistische AKP-Partei zur ersten Direktwahl eines türkischen Präsidenten an. Es gilt als sicher, dass er die Wahl gewinnen wird. Offen ist nur, ob er schon in der ersten Runde eine absolute Mehrheit erzielt oder sich am 24. August einer Stichwahl stellen muss. Beobachter erwarten, dass Erdogan als Präsident starke exekutive Befugnisse beanspruchen wird. Mit der Volkswahl im Rücken werde er behaupten, dafür auch das Mandat zu haben.

BURKA-VERBOT BLEIBT

Paris – Frankreichs Verbot von Burkas und anderen gesichtsverhüllenden Schleiern im öffentlichen Raum ist rechtens. Das entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Das Straßburger Gericht wies die Klage einer französischen Muslimin zurück. Die Burka errichte eine demonstrative Barriere und untergrabe das gesellschaftliche Zusammenleben, so die Richter. Das Urteil gilt für alle europäischen Länder, die nun ebenfalls Burka-Verbote erlassen können. Seit 2011 gilt auch in Belgien ein Burka-Verbot.

CSU GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AUS DER EUROPAGRUPPE

GEGEN EU-BÜROKRATIE

„Viele Menschen nehmen die EU vor allem als Produzent von unnötigen Regelungen wahr – das nagt an der Akzeptanz für das europäische Projekt." Mit den Worten kommentiert der Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand im Europäischen Parlament, **Markus Ferber** (Bild) den Zwischenbericht der EU-Kommission zum Anti-Bürokratie-Programm REFIT. Ferber: „Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders unter bürokratischen Lasten."

Die Kommission gehe das Thema jedoch immer noch viel zu zaghaft an, so der schwäbische Europaabgeordnete. Der Fortschrittsbericht zeige, dass weiterhin eine Menge zu tun bleibt. „Die Kommission muss viel früher mit dem Kampf gegen die Bürokratie beginnen. Wir brauchen einen europäischen Normenkontrollrat, der neue Gesetze im Vorfeld auf ihre bürokratischen Lasten hin prüft", fordert Ferber. Denn die Gesetze würden vor Ort umgesetzt. Ferber: „Deswegen braucht es weniger starre Vorgaben aus Brüssel, sondern mehr Flexibilität bei der Umsetzung." Bürokratie entstehe durch die vielen Detailregelungen der Kommission. „Wir brauchen eine Kommission, die sich auf die wesentlichen europäischen Themen besinnt – dann gibt es automatisch weniger Bürokratie. Das ist auch ein Auftrag, der aus dem Ergebnis der Europawahl erwächst."

ERFOLG DES PARLAMENTS

„Die neue Agrarreform muss unbürokratisch umgesetzt werden, damit die Landwirtschaft in der EU wettbewerbsfähig und nachhaltig bleibt", fordert **Albert Deß** (Bild) als agrarpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. Deß weiter: „Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen sind zur Sicherung der Arbeitsplätze und Weiterentwicklung der ländlichen Räume in der EU unverzichtbar."

Mit der Annahme der Gesetzesvorschriften zur Ausgestaltung der Agrarreform habe der Agrarausschuss im Europaparlament den Weg freigemacht für die EU-Agrarreform 2014-2020 und auch ein Stück Parlamentsgeschichte geschrieben, so der Oberpfälzer Agrarexperte im Europaparlament: Dass der Agrarausschusses hartnäckig auf wichtige Änderungen bei den Rechtstexten zur Agrarreform bestanden habe, sei ein bisher einmaliger Vorgang im Europaparlament gewesen. „Das Parlament hat die EU-Kommission gezwungen, ihre eigenen Umsetzungstexte zur Agrarreform entscheidend zu überarbeiten", so der CSU-Europapolitiker.

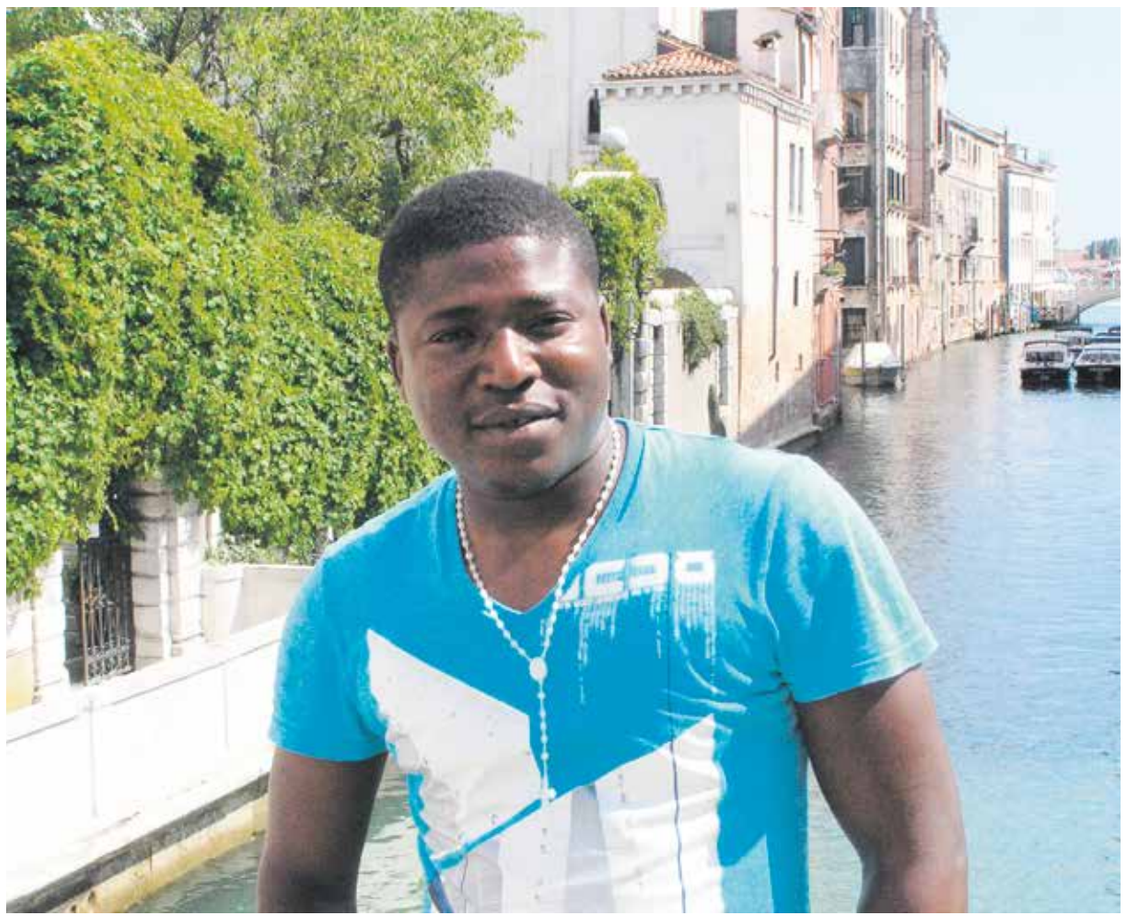
Deß: „Wir haben entscheidende Nachbesserungen durchgesetzt." Der Anrechnungsfaktor beim Anbau von Eiweißpflanzen auf Vorrangflächen wurde von 0,3 auf 0,7 erhöht. Damit bestehe jetzt die Möglichkeit im Sinne der europäischen Eiweißstrategie Proteinpflanzen auf diesen Flächen anzubauen. Beim Anrechnungsfaktor für Energiepflanzen seien allerdings weitere Nachbesserungen erforderlich, so Deß.

Auch das Durchführungsgesetz für Direktzahlungen wurde neulich im Bundesrat angenommen und wird nun rechtzeitig ab dem Förderjahr 2015 wirksam sein. Deß: „Dies ist ein Erfolg für Landwirtschaft und Umwelt in Europa und somit für bäuerliche Zukunftsperspektiven."

„Sicherheit, immer Licht und gutes Wasser“

Von Lagos über Lampedusa nach Venedig – Ein Lampedusa-Flüchtling erzählt

Venedig – Kelvin Efe Okuns ist ein typischer Lampedusa-Flüchtling. Dem *Bayernkurier* hat er von seiner zweieinhalbjährigen Wanderschaft quer durch halb Afrika erzählt.



Kelvin Efe Okuns aus Lagos ist seit fünfzehn Monaten in Venedig. Er will unbedingt weiter nach Norden. Bild: H.M.

Noch einsamer als Kelvin Efe Okuns aus Lagos kann man eigentlich nicht sein. Seit drei Monaten steht der 26-jährige Nigerianer mehr oder minder täglich vor einem kleinen Supermarkt in Venedigs Castello-Viertel am Rio San Antonin – einem der Kanäle, die direkt in die Lagune münden und zur großen Promenade vor dem Dogenpalast führen – und bettelt. Eine zweieinhalbjährige Wanderschaft hat ihn aus der nigerianischen Hafenstadt und 10-Millionen-Metropole Lagos nach Venedig geführt. Über Lampedusa, natürlich. Jetzt sitzt er in der Juni-Sonne vor einer Trattoria im Stadtviertel Castello zwischen der Ponte dei Greci und der Ponte Del Diavolo. Bei einer Pizza Prosciutto con Fungi und einem Glas roten Vino di Casa erzählt er in passablem Englisch seine Geschichte.

Sein Vater und seine beiden Schwestern sind bei einem fürchterlichen Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Kein Einzelschicksal: Mit 37 Todesopfern auf 100 000 Einwohner hat Nigeria die weltweit zweitübelste Verkehrsstatistik. Kelvins Mutter hat das nicht verwunden und ist an „BP, blood pressure“ – Bluthochdruck – gestorben, erzählt der junge Nigerianer. Andere Verwandte, sagt er, hat er nicht mehr. Mit 17 Jahren hat er die Schule verlassen.

20 Monate lang hat er 2009 und 2010 bei einem Freund in Lagos als Tapezierer und Maler gearbeitet, für umgerechnet 20 Euro monatlich. Die Hafenstadt ist ein gefährliches Pflaster. Die radikal-muslimischen Boko-Haram haben auch dort schon Bomben in christliche Kirchen geworfen, erzählt Kelvin. „Die sind so brutal und grausam, und es wird immer schlimmer.“ Er spricht viel von Boko-Haram. Nicht zuletzt wegen der islamischen Terroristen wollte er fort aus Lagos.

Im November 2010 hat er sich dann anheuern lassen, um im nördlichen Nachbarland Niger auf einer Farm zu arbeiten. Zusammen mit anderen Arbeitern hat er dort gemäht und Tiere gefüttert für umgerechnet 80 bis 90 Euro die Woche, so sein Bericht. Auf die verblüffte Frage, warum er aus Angst vor islamischem Terror gegen Christen ausgerechnet in ein rein islamisches Land ausgewichen sei, hat Kelvin, um dessen Hals eine weiße Kette mit einem weißen Kreuz hängt, eine paradoxe Antwort: „In Niger gibt es keine Christen und deswegen auch keinen Terror gegen Christen.“ Den nigerianischen Boko-Haram-Terroristen hätte die logische Antwort sicher gefallen. Tatsächlich waren die Leute in Niger freundlich zu Kelvin.

> **In Niger gibt es keine Christen und des} wegen auch keinen Terror gegen Christen**

Trotzdem ist er nur acht Monate auf der Farm in der Nähe der Hauptstadt Niamey geblieben und dann weitergezogen nach Agadez, im Norden Nigers. Die allermeisten westafrikanischen Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa kommen über Agadez. Kelvin konnte bei „Freunden“ wohnen, und hat jeden Tag um Gelegenheitsarbeit Schlange gestanden. Sechs bis sieben Monate ist er in Agadez geblieben. Es hat ihm dort nicht gefallen, und das Essen hat auch nicht geschmeckt. Aber Agadez ist näher an Libyen. Schon in Nigeria hatte ihm jemand erzählt, dass es in Libyen gute Arbeitsplätze gebe.

Wer von Agadez aus weiterfahren will, muss drei bis vier Tage warten, bis die „Reisegruppe“ komplett ist. Für umgerechnet etwas mehr als fünfzig Euro ist Kelvin dann im Februar 2013 zusammen mit 28 anderen auf Toyota-Vans zwei Nächte und zwei Tage nach Tripolis gefahren. „Es war eine sehr sichere Fahrt“, sagt er.

> **Keinen Schulabschluss, keine Ausbildung, keine Zeugnisse**

In Tripolis hat er in „einem großen Heim“ in der Via Mohammed Ali auf Decken auf dem Boden geschlafen und sich wieder täglich als Gelegenheitsarbeiter angeboten. 80 libysche Dinare – umgerechnet etwa 50 Euro – hatte er in der Tasche, 120 Dinare konnte er in einem Monat dazu verdienen. Ein „Freund“, der schon jahrelang in Libyen arbeitete, fragte ihn, ob er Interesse hätte, nach Italien weiterzufahren. Kelvin hatte Interesse. Der „Freund“ hat ihm auch die Hälfte der 500 Dinare oder 300 Euro für die Überfahrt geliehen.

Drei Tage dauerte es, bis das Boot nach Italien bereit war. Zwischen drei und vier Uhr in der Frühe hat es dann im März vor einem Jahr von einem Strand direkt in Tripolis abgelegt. 750 Leute seien an Bord gewesen, erzählt Kelvin. Alle kamen aus Afrika, aus Nigeria, Senegal, Sambia, Mali, Niger, Tschad – „sehr viele aus Tschad“ – und Somalia. „Zwei Decks hatte das Boot, es war o.k.“ Ein Tunesier habe es gesteuert, Probleme habe es keine gegeben. Nach etwa 30 Stunden Fahrt kam ein Rettungsschiff. Ein Lotse stieg um zu den Flüchtlingen und hat sie nach Lampedusa gefahren.

In Lampedusa wurden die Flüchtlinge gründlich durchsucht. Sie mussten abgeben, was sie am Leibe trugen und erhielten dafür neue Kleidung und Schuhe. Im Flüchtlingslager wurden die afrikanischen Neuankömmlinge auf „Zimmer mit Nummern“ verteilt, so Kelvin. Sie erhielten Lebensmittel und Telefonkarten, „damit wir unsere Familien anrufen konnten“.

Vier Tage blieb Kelvin auf Lampedusa. Dann wurden die Flüchtlinge auf Unterkünfte in ganz Italien verstreut. Kelvin kam mit 60 anderen Afrikanern nach Venedig, in ein Flüchtlingscamp nahe dem alten Arsenale. Dort nahm ihn die Caritas in Empfang. Ein Jahr lang erhielt er Unterkunft und jede Woche 60 Euro für Lebensmittel sowie 25 Euro Taschengeld. Wenn ihm etwas fehlte, brachte man ihn ins Krankenhaus. Über die Caritas erhielt er auch Aufenthaltspapiere. Aber sonst unternahm die Caritas nichts mit den Flüchtlingen, berichtet Kelvin – kein Schulbesuch, keine Fortbildung, nichts. „Wir wurden ruhig gestellt.“ Immerhin kann er jetzt etwa Italienisch sprechen.

Die Caritas, sagt Kelvin, hatte einen Vertrag mit der Regierung. Für gutes Regierungsgeld hat sie die Flüchtlinge ein Jahr lang übernommen. Danach mussten sich die Flüchtlinge um sich selber kümmern. Kelvin erhielt 1000 Euro auf die Hand und musste das Camp am Arsenale in Venedig verlassen. Für 260 Euro im Monat hat er zusammen mit zwei Kollegen eine Bleibe in Treviso gefunden, 20 Kilometer nördlich von Venedig.

Seither bettelt er an jenem Supermarkt am Rio San Antonin. Man kennt ihn. Während er mit uns seine Pizza isst, grüßt ihn eine Passantin. Ein Priester verschafft ihm gelegentlich einen Job als Umzugshelfer. In Venedig, wo alles praktisch mit der Hand durch enge Gassen und über Dutzende Brücken geschleppt werden muss, ist an Umzugshelfern Bedarf. 100 bis 150 Euro kann Kelvin so an einem Tage verdienen. Wenn er jemanden findet, der einen Umzugshelfer braucht. Die Leute in Venedig sind „very nice“, sagt er. „Ohne sie würde ich nicht mehr leben.“

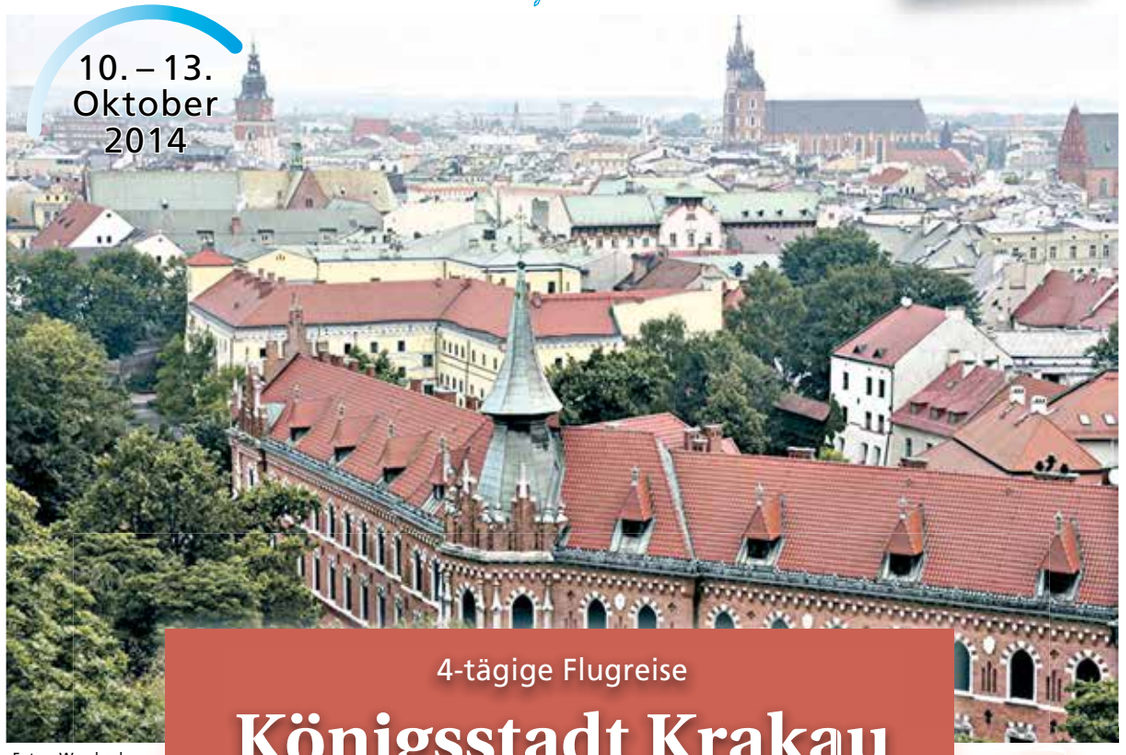
Trotzdem will er weiter, in ein anderes Land. Ende des Jahres will er Venedig verlassen. „Italien ist wirklich schwierig für uns“. Die Sprache ist schwer, die Arbeitslosigkeit hoch. In Treviso könnte er einen sechsmonatigen Maler-Kurs besuchen. Aber die Anmeldung dafür kostet 280 Euro.

Kelvin hat keinen Schulabschluss, keine Ausbildung und keine Zeugnisse, die ihn für einen Arbeitsplatz qualifizieren. Er hätte es überall in Europa schwer. Wäre es dann nicht besser für ihn, nach Nigeria zurückzukehren, vielleicht mit einer kleinen Starthilfe von ein paar Tausend Euro? Auf keinen Fall, entgegnet Kelvin. Er will unbedingt hier bleiben, und „ein Leben anfangen“. Er fragt uns nach Familie und Kindern. Gerne würde er wieder zur Schule gehen und noch etwas lernen. „Ich werde es weiter versuchen.“ In Nigeria will er nicht mehr leben. „Ich würde mich in Gefahr bringen.“ Und dann ist da noch etwas, das Kelvin in Venedig schätzen gelernt hat und das es in Nigeria nicht gibt: „Sicherheit, immer Licht und Strom und gutes Wasser.“

Heinrich Maetzke

BAYERNKURIER
Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

LESER REISEN



Fotos: Wembacher

4-tägige Flugreise

Königsstadt Krakau

Mit dem schönsten Marktplatz der Welt

549 Euro

REISELEITUNG HANS WEMBACHER

Marktplatz

Die Altstadt von Krakau und der Wawel wurden bereits 1978 zum Unesco-Weltkulturerbe erklärt. Papst Johannes Paul II. war hier bis zu seiner Wahl Erzbischof. Ganz aktuell wurde der Marktplatz in Krakau vom Reiseführer „Lonely planet“ zum schönsten der Welt gekürt! Imposant erhebt sich am Ufer der Weichsel der WAWEL, das Königsschloss, wo jahrhundertelang die polnischen Könige residierten. Ein Besuch des Stadtviertels Kazimierz mit seinen netten Cafés, Galerien und Antiquitätenläden steht auch auf dem Programm. Dieser Stadtteil – benannt nach König Kasimir dem Großen – ist heute ein beliebtes Ausgehviertel mit Künstlerszene und jüdischer Tradition. Hier begleitet uns immer wieder die mal fröhliche, mal tragende Musik des Klezmer, die ursprüngliche Musik der Wanderkapellen.

Wawel

Reiseleistung:	Reisepreis: p. P. nur € 549,– im DZ(EZ-Zuschlag € 85,–)
• Flug mit Lufthansa inkl. Steuern* (*Stand März 2014, bei Erhöhung behalten wir uns eine Preisanpassung vor)	
• Transfer Flughafen – Krakau – Flughafen	**Nicht eingeschlossen:**
• Stadtführungen + Reiseleitung Hans Wembacher	• Persönliche Ausgaben und Trinkgelder
• 3 x Übernachtung/Frühstücksbüffet Hotel Mateijko im Altstadtzentrum	• Reiserücktrittsversicherung (inkl. Reiseabbruch) 4,1 % oder Rundum Sorglos-Schutz 4,5 % vom Reisepreis (ohne Selbstbeteiligung)
• Alle Zimmer DU/WC und SAT TV	
• Eintritt und Führung im Schloss und in der Kathedrale auf dem Wawel	**Zusätzlich buchbar:**
• Eintritt unterirdischer Marktplatz	• Stimmungsvolles Abendessen mit Klezmer Musik 35,-- €/p.P.
	• Ausflug „Hohe Tatra“ incl. Floßfahrt auf der Dunajec 45,-- €/p.P.

Veranstalter: Wembacher Reisen • Salzburger Straße 15 • 83329 Waging am See
Telefon 08681/400-60 • Fax 08681/400-666 • info@wembacher-reisen.de oder www.wembacher-reisen.de

TV-TIPP DER WOCHE

UNSER NACHBAR SCHWEIZ

Verwunderung über die Schweiz machte sich in Europa breit, als Anfang 2014 bei einer Volksabstimmung sich die Eidgenossen mit „Nein“ zur unbegrenzten Zuwanderung aussprachen. Eine insgeheime Abschottung der Schweiz vom Rest Europas, vor allem aber von Migranten war von da an offenkundig geworden. Doch bestimmte Ausländer sind in der Schweiz jederzeit und mehr als gerne willkommen: die Touristen. Von ihnen lebt und profitiert das ganze Land mit den offensichtlich zwei Gesichtern. **dia**

Bild: phoenix/ARD-Studio Genf / fkn

Abschottung und Alpenglühen
Doku
phoenix, Sonntag, 6. Juli, 21.45 Uhr.

BUCH-TIPP DER WOCHE

SCHMÖKER MIT SEHNSUCHTSFAKTOR

Ach, früher war eben doch alles besser! Zumindest dann, wenn man Geld hatte und sich luxuriöse Reisen leisten konnte. Das legt jedenfalls der Schmöker „Legendäre Reisen“ nahe. „Schmöker“ bezieht sich hier nicht auf den Umfang des Buches, sondern auf den Inhalt. Der Band entführt mit vielen schönen Bildern in eine Zeit des Reisens Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, als selbst in entlegensten Regionen der Butler mit einer Tasse Tee nicht weit war. Fast wünscht man sich in diese Zeit zurück, als ferne Länder wirklich noch exotisch waren und nicht längst vom Massentourismus erschlossen. **FC**

Marc Walter:
Legendäre Reisen. Auf den großen Routen rund um die Welt
Frederking & Thaler, München, 2014, 320 Seiten, 19,99 Euro, ISBN-13: 978-3-95416-142-3.

LESERBRIEFE

ÜBERALL SCHÜTZENSWERT

Zu „Streit um Stromtrasse“, Bayernkurier vom 14. Juni:

Es ist positiv, dass die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag die geplante Gleichstromtrasse Süd-Ost klipp und klar ablehnt.

Diese Braunkohletrasse konterkariert die Ziele der Energiewende und ist auch ökonomisch verfehlt. Sinnvoll ist eine dezentrale Energieversorgung und keine Monstertrasse, die vor allem die Interessen der Energiekonzerne im Blick hat.

Im übrigen dürfen wir uns in Bayern nicht gegeneinander ausspielen lassen. Hier hilft kein St. Floriansprinzip. Wir brauchen weder eine Trasse ins schwäbische Meitingen noch zum Atomkraftwerkstandort Ohu bei Landshut. Unsere bayerische Landschaft ist überall schützenswert!

Iris Drexler
86650 Wemding

ERDOGAN UNERTRÄGLICH

Zu „Erdogans Feindbild heißt Deutschland“, Bayernkurier vom 31. Mai:

Warum und wie lange müssen wir uns das noch bieten lassen, dass ein Regierungschef eines anderen Landes bei uns Wahlkampf macht, unseren Bundespräsidenten beleidigt, seine Leute auffordert, sich hier nicht zu assimilieren und uns hohe Kosten für Polizeieinsätze verursacht.

Man stelle sich einmal vor, unsere Bundeskanzlerin würde nach Mallorca fliegen und dort bei der deutschen Bevölkerung, die dort prozentual stärker vertreten ist als die türkische bei uns, Wahlkampf machen. Im übrigen wundert mich, dass sich noch niemand darüber aufgeregt hat, dass bei diesen Türkenwahlkämpfen unsere deutsche Fahne mit dem türkischen Halbmond verunziert wird.

Hubertus Streve
82319 Starnberg

FALSCHE EINSÄTZE

Zu „Linker Dreh“, Bayernkurier vom 28. Juni:

Der Bundespräsident glaubt offenbar, dass er alles sagen dürfe, was ihm bestimmte Interessengruppen so aufgetragen haben. Anders ist es nicht erklärbar, dass er deutsche Soldaten zu Kriegseinsätzen ins Ausland schicken will. Zu welchen „Verbesserungen“ diese Einsätze in den letzten Jahren geführt haben, können wir uns derzeit unter anderem in Afghanistan, Irak und Libyen anschauen.

Wenn sich Verteidigungsministerin von der Leyen dieser abenteuerlichen Position anschließt, sollte man ihr sagen, dass sie sich lieber um bessere Ausrüstung der Soldaten kümmern sollte, als solch verantwortungslose Politik zu unterstützen.

Und: Wo bleibt eigentlich diejenige, die für die Richtlinien der Politik in unserem Land verantwortlich ist?

Udo Frackenpohl
53819 Neunkirchen-Seelscheid

17. JUNI NICHT VERGESSEN

Zu „Da hatten wir früher einmal frei“, Bayernkurier vom 21. Juni:

Sie beklagen das Vergessen um den 17. Juni 1953. Das Politische Forum Ruhr in Essen (www.politisches-forum-ruhr.de) veranstaltet seit über zwanzig Jahren neben seinen sonstigen Abendkongressen mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft regelmäßig auch Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni 1953.

So waren Redner zu diesen Abendkongressen zum 17. Juni unter anderem die Herren Gauck und Jahn sowie Frau Birthler und weitere namhafte Zeitzeugen des Unrechts in der ehemaligen „DDR”.

Dipl.-Ing. Otto-Leonhard Peus
Kuratoriumsmitglied des
Politischen Forum Ruhr, Essen
45131 Essen

Anzeige
GIESE
ENERGIE- UND REGELTECHNIK
www.das-eigene-Kraftwerk.de
schont Umwelt und Geldbeutel

KONTAKTADRESSE

BAYERNKURIER
Leserbriefe
Nymphenburger Straße 64
80335 München
leserbriefe@bayernkurier.de
Fax: (089) 1 29 30 50

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden.

Kurze Leserbriefe werden bevorzugt behandelt.

TERMINE

5.7., 9.30 Uhr: **FU Oberbayern**, Bezirksversammlung, Gasthaus Zur Krone, Denkendorf.

5.7., 14.30 Uhr: **FU Illerwinkel**, Familienfest zum 30-jährigen Jubiläum, Bernhofmuseum Kronburg.

5.7., 19 Uhr: **CSU Rettenberg**, Schwarze Nacht mit Grillfest, Kurpark.

6.7., 10.30 Uhr: **CSU Untermeitingen**, Musik im Biergarten mit dem Bundestagsabgeordneten **Hansjörg Durz**, Schlossgaststätte.

7.7., 19 Uhr: **MU Niederbayern**, Bezirksvorstandssitzung, Hotel Preysinghof, Plattling.

8.7., 18.30 Uhr: **CSU Kempten-West**, Diskussion und Wanderung „Das Landschaftsschutzgebiet an der Rottach“, Treffpunkt: Cambomare.

10.7., 19.30 Uhr: **CSU Coburg-Süd**, Öffentlicher Stammtisch und politische Diskussion, Schützenhaus Creiditz.

10.7., 20 Uhr: **CSU Triftern**, Ortshauptversammlung mit

dem Bundestagsabgeordneten **Max Straubinger**, Gasthaus Hofwirt.

11.7., 15 Uhr: **SEN Coburg**, Kreishauptversammlung, Landgasthof Beckenhaus.

11.7., 16 Uhr: **AKS Schwaben**, Schulpolitische Diskussion, Landgasthof Linde, Günzburg-Deffingen.

11.7., 18 Uhr: **FU Augsburg-Land**, Kreisdelegiertenversammlung, Gasthof Neue Post, Meitingen.

Haben Sie Termine?
Bitte melden Sie Ihre Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Jahreshauptversammlungen sowie alle weiteren Termine stets Ihrer Bundeswahlkreis- bzw. Bezirksgeschäftsstelle oder direkt an die Redaktion des Bayernkurier, erreichbar per E-Mail unter redaktion@bayernkurier.de!

Bitte beachten Sie: Der Bayernkurier kann nur eine Terminauswahl veröffentlichen. Eine größere Übersicht finden Sie unter www.csu.de.

Gemeinsamer Dialog

Bezirks-UdV tagt mit Bezirksverbänden

Nürnberg – Die Union der Vertriebenen und Aussiedler (UdV) im Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach beschritt bei ihrem 6. Regionalkongress neue Wege: Die beiden Organisatoren – UdV-Bezirksvorsitzender Theodor Beck und -Landes-Ehrenvorsitzender Sieghard Rost – hatten für ihren Kongress in Nürnberg die Bezirksverbände der SEN, FU und JU mit ins Boot geholt. Sogar die Schüler-Union (SU) war mit mehreren Vertretern mit von der Partie und in den gemeinsamen Austausch über das komplexe Thema der Entwicklung Deutschlands seit dem Ersten Weltkrieg involviert.

Eingeleitet wurden die angeregt geführten Diskussionen von vier Fachvorträgen: Den Anfang machte – auch inhaltlich – Stefan März von der TU München mit seinem Vortrag zu den deutschland- wie europaweiten Folgen der Urkatastrophe von 1914. Darauf aufbauend referierte der Hannoveraner Historiker Hans-Heinrich Nolte über die nationalsozialistische Diktatur. Jüngere politische Ereignisse beleuchteten der fränkische Wissenschaftler Ekkehard Wagner mit der Wiedervereinigung sowie der Leiter des Europabüros München, Paul-Joachim Kubosch, mit der aktuellen Rolle Deutschlands in Europa. Letztere sei vorbildlich und Deutschlands Einfluss in der EU oftmals unterschätzt, so Kubosch.

Genug zu schätzen wusste die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl in ihrem Grußwort die UdV. „Unverzichtbar“ sei das Wirken der UdV – gerade „in der heutigen Zeit“. **dia**

Bild: CSU+

Die Referenten (v.l.n.r.) Dr. Stefan März und Prof. Hans-Heinrich Nolte.

NAMEN

Freude über Verkehrswege: Voll des Lobes für das Amberger Tiefbauamt zeigten sich Vertreter der **CSU und JU Ammersricht-Wagrain**. Zusammen mit Ambergs OB **Michael Cerny** (l.) überzeugten sie sich bei einem Besichtigungstermin über die gelungene Teerdeckensanierung einiger Ammersrichter Straßen. Außerdem inspizierte die fünfköpfige Gruppe einen neuen barrierefreien Verbindungsweg. „Vernünftige Wege sind wichtig für die Lebensqualität von Jung und Alt, geeignet für den Rollator wie für den Kinderwagen“, so der stellvertretende Ortsvorsitzende **Michael Bader** (2.v.r.). Dem Lob und Dank für die unkomplizierte gleichwie wirkungsvolle Sanierung und Modernisierung der Wege wie Straßen schlossen sich auch Ortsvorsitzender **Stefan Ott** (2.v.l.) und Stadtrat **Christian Schafbauer** (r.) an. „Mit überschaubaren Mitteln viel erreicht“, brachte es JU-Vertreter **Tobias Stubenvoll** (M.) auf den Punkt.

Bild: Bundestagsbüro Dr. Gerd Müller / fkn

Berlin, Berlin: Berlin ist und bleibt ein begehrtes Reiseziel. Das erfährt in diesen Tagen erneut Bundesentwicklungsminister **Gerd Müller**. In kurzem Abstand besuchten ihn gleich drei Gruppen aus seiner schwäbischen Heimat: die **SEN und JU Kempten** (im Bild), eine Besuchergruppe mit Teilnehmern der Feuerwehren Kempten und Oberallgäu und als dritte Schüler des Allgäu Gymnasiums Kempten, die sich ihm Rahmen ihres P-Seminars „Kempten for Backbackers“ in Berlin über dortige Angebote informierten. Mit ihrer politischen Bildungsfahrt nach Berlin sind die drei Reisegruppen in bester Gesellschaft: Viele Schulklassen, Vereine, aber auch Einzelpersonen erhalten jährlich Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages. „Ich freue mich sehr, dass sich auch viele Besucher aus meinem Wahlkreis auf den Weg nach Berlin machen und mit großem Interesse den Bundestag besichtigen und sich vor Ort über die Arbeit ihres Abgeordneten informieren“, so Müller.

Bild: CSU

„Senioren-Erfahrung“ trifft „Jungspund-Ideen“

Zusammenarbeit von SEN und JU bereichert Politik und Partei – Thomas Goppel und Hans Reichhart im *Bayernkurier*-Doppelinterview

München – Die Ausarbeitung des Rentenkonzepts der Großen Koalition haben die Chefakteure der JU wie der SEN zu einem generationenübergreifenden Schulterschluss genutzt. Anna Diller und Peter Hausmann sprachen mit dem JU-Vorsitzenden Hans Reichhart und dem SEN-Vorsitzenden Thomas Goppel über ihren gemeinsamen Einsatz.

BK: Während der Koalitionsverhandlungen hat die JU kritisiert, dass die abschlagsfreie Rente mit 63, aber auch die Mütterrente, die Rentenkasse langfristig auf Kosten der Jungen leere. Haben die Überarbeitungen beim Rentenpaket – die eingeschränkte Anrechnung von Arbeitslosigkeit wie auch die Möglichkeit der Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus – nun sowohl die JU als auch die SEN zufriedengestellt?

Reichhart: Es sind deutliche Verbesserungen erzielt worden. Wir sind nun einmal in Berlin in einer Koalition und müssen gewisse Kröten schlucken. Da gehört für uns die Rente mit 63, so pauschal, wie sie jetzt gemacht ist, dazu. Die Verbesserungen, die auf das Ende hin erzielt wurden, sind aber sehr weitgehend. Auch wenn wir die Rente mit 63 für falsch halten, können wir mit diesem Kompromiss leben.

Goppel: Wir unterstellen gemeinsam, dass die Rente mit 63 nicht an zusätzliche Konditionen gebunden ist, sondern dann, und nur dann ansteht, wenn jemand 45 Jahre gearbeitet hat und sozialversichert war. Es gibt eine Fülle von Berufen, bei denen nach 45-jähriger Arbeitszeit alle Kräfte erschöpft sind. Für diese Fälle sind die beiden Parameter 63 und 45 (Lebensarbeitszeit) richtig angesetzt. Ob diese Regel auch noch in zwei Generationen gilt, also in 30, 40 Jahren, weiß und glaube ich nicht. Wenn wirklich, wenn, wie die Statistiker voraussagen, Frauen demnächst 100 Jahre alt werden, dann wird auch über längere Lebensarbeitszeiten geredet werden müssen.

BK: Es soll ja noch gar nicht Schluss sein mit der Rente mit 63. Aus dem DGB hört man jetzt erste Stimmen, die die Rente mit 60 fordern.

Goppel: Da hat Gott sei Dank auch die SPD von vornherein abgewunken. Frau Nahles tendiert allerdings dazu, den kleinen Finger 63/45 als Einstieg in ein viel größeres Leistungspaket zu bewerten. Die Gewerkschaftsziele gehen noch großzügiger mit unserer Rentenkasse um. Unsere Arbeitskonditionen sind Weltspitze. Mehr gesellschaftliche Trägerschaft für die Rentenansprüche der Gesamtgemeinschaft gibt es kaum anderswo. Die Neigung, da mit zusätzlichen Forderungen zu überziehen, müssen wir der Gewerkschaft abgewöhnen. Das geht nur mit Bedingungen für den Arbeitsalltag und die Rentenzeit, die zusätzlich Arbeitgeber ins Land holen. Auch Arbeitnehmer dürfen nicht überfordert werden. Die Neigung dazu ist bei der SPD mit dem Blick auf die Jungen ausgeprägt. Wir sehen mit Sorge, dass die Diskussion da schnell unseriös wird.

Reichhart: Gleichzeitig darf man den demografischen Wandel nicht aus den Augen verlieren. Wir haben unbestritten eine alternde Gesellschaft. Die durchschnittliche Rentenbezugszeit beträgt bereits 17 Jahre. Natürlich sind wir alle stolz, dass nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, sondern dass die Menschen auch fit älter werden. Umso wichtiger ist es aber, dass wir in Sachen Weiterbeschäftigung und Rente das richtige Maß finden. Der DGB ist in diesem Punkt maßlos. Zum Glück haben auch die anderen Parteien das erkannt. Schließlich war die Diskussion ursprünglich ganz anders gedacht, nämlich: Wie schaffe ich es, über das normale Renteneintrittsalter hinaus, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen? Den Weg jetzt noch einmal zurückzugehen, ist aberwitzig.

BK: Es soll also keine finanzielle Schieflage auf die Dauer entstehen.

Reichhart: Wir können es uns auch gar nicht leisten. Im Moment kommen rein rechnerisch auf einen Rentner noch 1,7 Arbeitnehmer. Aber das wird sich in Zukunft ändern: Die Zahl der Rentner wird steigen und die der Beitragszahler abnehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass alles finanzierbar bleibt und dass auch jeder, der jetzt Beiträge bezahlt, sich sicher sein kann, dass er davon später in der Rente leben kann.

Goppel: Es ist der Zeitpunkt für die Antwort auf eine schon lange gestellte Frage gekommen: Sind die Rentner zusätzlich belastbar oder muss die Gesellschaft mit zur Kasse gebeten werden? Und: Müssen den Rentenanspartopf nicht alle Gruppen dieser Gesellschaft bedienen? Sonderzahlungen an die 16 Millionen Rentenanwärter aus der vormaligen DDR kann sich eigentlich niemand, ganz sicher aber wir im Westen, nicht noch einmal leisten.

> **Es braucht ein ehrliches Wort: Jugend mit Nachwuchs generiert einen höheren Rentenanspruch für sich**

BK: Wenn wir die Mütterrente und die Rente mit 63 anschauen – das sind Schecks, die im Moment noch gedeckt sind durch die Kassenlage der Rentenversicherung, aber eben nicht auf die Dauer. Das heißt: Der Beitragszahler wird wahrscheinlich in Zukunft noch stärker zur Kasse gebeten oder man muss mehr Steuern in das System einspeisen. Widerspricht das nicht dem Versicherungsprinzip: Ich bin nicht abhängig von der Gnade oder Rotation des Staates, sondern von meiner eigenen Leistung, die letztlich über die Höhe der Rente bestimmt?

Bilder(2): CSU

Zwei, die sich gut verstehen: JU-Chef Hans Reichhart (oben), und SEN-Chef Thomas Goppel (unten).

Goppel: Der Widerspruch ist eindeutig. Die Rentnergeneration heute wäre überfordert, wenn sie den Zahlungsbedarf alleine zu schultern hätte. Auch das müssen wir den Jungen, die ängstlich ihre Zahlungsbelastung anmahnen, sagen. Und es braucht ein ehrliches Wort: Jugend mit Nachwuchs generiert einen höheren Rentenanspruch für sich. Da darf es nicht so wie bisher bleiben, dass die Kinderlosen zu wenig an die eigene Vorsorge denken.

Reichhart: Allerdings darf man auch nicht die Situation einkehren lassen, dass die Jungen jetzt belastet sind und jetzt bezahlen und später nichts bekommen. Diesen Ausgleich muss man schaffen.

BK: Früher gab es eine Bruttolohnanpassung, das hieß, dass die Rentenhöhe Jahr für Jahr an die Entwicklung der Bruttolöhne angepasst wurde; dann hieß es, wir machen eine Anpassung an die Kassenlage; dann hieß es, man muss privat vorsorgen; später hieß es dann, dass das, was in der Lebensversicherung angespart wurde, selbstverständlich versteuert werden muss. Was soll also der Normalmensch davon halten?

Reichhart: Der Punkt ist, dass die klassische Rente immer mehr politisch aufgeladen wurde. Es wäre an der Zeit, einmal sauber auseinanderzuhalten: Was ist klassische Rente und was sind politische Projekte, die als Folge behandelt und auch bezahlt werden müssen. Wenn man diesen Schritt geht, wäre dem Rentensystem eine gewisse Gerechtigkeit getan.

Goppel: Wäre die Deutsche Einheit 1989/90 auch von der Rente her so finanziert worden, wie wir gemeinhin den tatsächlichen Aufwand finanzieren, dann wären die im Westen erworbenen Renten bis heute kursstabil. Natürlich wären aber auch die Rentenanwärter aus dem Osten ein unheimliches Stabilitätsrisiko geworden – ähnliches tut sich heute unter anderen Vorzeichen. Deshalb heißt es für die Gesellschaft: ehrlich sein. Es bedarf einer anderen, neuen Form der Vorsorge, für die dann die generativen Partner wissen: Die Leistungspflichtigen werden gezwungen sein, zusätzlich Vorsorge zu betreiben. Die, die sich keinen Rentenanspruch erarbeitet haben, dürfen zwar nicht leer ausgehen, müssen aber mit weniger auskommen; und wir müssen gemeinsam errechnen, wo die gesellschaftliche Leistungsgrenze ist – zeitnah und auch in der langfristigen Perspektive.

Reichhart: Gleichzeitig müssen wir beim Beitragssystem allmählich einen Wandel einleiten. Wir müssen das, was wir richtig gemacht haben, nämlich die private Vorsorge, noch weiter stärken. Parallel dazu müssen wir endlich dahin kommen, den Faktor, ob jemand Kinder hat, viel stärker beim Rentenbeitrag zu berücksichtigen. Der Zukunfts- beziehungsweise Nachhaltigkeitsgedanke sollte in den Rentenbeiträgen inkludiert sein. Denn indirekt leiste ich über meine Kinder ja bereits den Beitrag, dass spätere Generationen wieder künftige Rentenzahler sind. Adäquat zur Mütterrente, bei der die Erziehungszeiten anerkannt werden, müsste derjenige, der Kinder hat, gegenüber demjenigen, der keine Kinder hat, beim Rentenbeitrag bevorzugt werden. Dies wäre ein Ansatz auf finanziell-rechnerischer Ebene, eine Bewertung verschiedener Lebenssituationen soll davon natürlich unberührt bleiben.

Goppel: Da wäre ich vorsichtig: Kinder sind schon das Maß für die Besteuerung in Bildungs- und Sozialfragen. Wir dürfen „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“ und uns morgen einseitig zu Lasten der Kinderlosen fit rechnen.

BK: Ist das der Einstieg in eine Art indisches Rentensystem: je mehr Kinder, desto höher die Rente?

Goppel: Deswegen habe ich Widerspruch geleistet.

BK: Kommen wir zum Verhältnis JU – SEN. Das ist – trotz kleinerer Korrekturen des Jüngeren durch den Älteren – sehr gut, wie man merkt; von Generationenkonflikt keine Spur. Jetzt frage ich den SEN-Vorsitzenden etwas provokativ: Haben Sie nicht das Gefühl, dass wir in der Politik eine Art Jugendwelle haben?

Goppel: Dass wir in diesen Tagen den Schulterschluss suchen, ist gut; auch dass das innerhalb der CSU geschieht. Die JU akzeptiert unsere Senioren-Erfahrung und wir die Jungspund-Ideen. In dieser Kombination ist es wichtig, miteinander zu diskutieren und nicht getrennt voneinander zu marschieren. Was Not tut, sind Gemeinsamkeiten am Start und am Ziel, aber auch sehr wohl der getrennte Weg. Das erleichtert es jedenfalls, die Qualität der Ernte zu konstatieren.

Reichhart: Es profitiert jeder davon. Wir können viel lernen, wenn wir mitbekommen, dass jemand anderer mit einem Vorhaben schon einmal gescheitert ist, weil er das so oder so gemacht hat. Wenn wir die Ideen der Jüngeren mit dem Erfahrungsschatz der Älteren zusammenbringen, bereichert das die ganze Gesellschaft und auch die ganze Partei. Was definitiv nicht funktioniert, ist, wenn man Politik gegen eine Generation macht; es müssen immer alle Generationen mit im Boot sitzen. Wenn die SEN und die JU zusammenstehen und gemeinsam dahinterstehen, wie es bei uns im Land weitergehen soll, ist das ein starkes Zeichen, dass wir nicht nur Partikularinteressen im Blick haben, sondern immer das große Ganze sehen.

BK: Die JU befürchtet in Zukunft nicht nur eine finanzielle Schieflage, sondern auch eine politische, insofern dass der demografische Wandel eine starke ältere Wählerschicht hervorbringt. Die JU fordert deshalb die Aufnahme des Prinzips der Generationengerechtigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz. Hat sie hierbei die Unterstützung der SEN?

Goppel: Ältere Menschen versagen Jüngeren in der Regel nicht, dass sie miteinbezogen werden. Das Wort Generationengerechtigkeit ist daher für mich keine besonders diskussionspflichtige Forderung.

Reichhart: Erstens weiß man nie, wer an der Regierung ist. Zweitens weiß man auch nie,

> **Es wäre an der Zeit, einmal sauber auseinanderzuhalten: Was ist klassische Rente und was sind politische Projekte**

wie sich das Wählerverhalten ändert. Wir haben leider eine Tendenz, dass die Menschen umso eher zum Wählen gehen, je älter sie werden. Umso größer ist dabei die Gefahr, dass Politik nur auf eine Generation, eine Wählerschicht ausgerichtet wird. Alle Generationen im Blick zu haben, ist aber wichtig, um nachhaltiges Wirtschaften und ein stabiles Staatsgebilde beizubehalten. Was in der Praxis funktioniert, muss auch theoretisch festgehalten werden.

Goppel: Gute Beispiele lohnen, festgehalten zu sein!

BK: Gibt es konkrete Projekte für weitere gemeinsame Aktionen?

Goppel: Wir wollen alle Themen der Reihe nach miteinander wälzen und zu tragfähigen Ergebnissen führen. Bei uns steht die Landes-SEN-Versammlung im Herbst mit dem Schwerpunktthema Rente an. Die nächsten Themen sind auch schon vorprogrammiert: Gesundheit, Pflege, Bildung im Alter...

Reichhart: Auch die Energie wird ein wichtiger Punkt sein, der uns beide betrifft.

Schlechte Nachricht

Von Heinrich Maetzke

5000 Mittelmeer-Flüchtlinge an zwei Tagen, 45 Leichen in einem Flüchtlingsboot, mit der Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen überforderte Bundesländer, Städte und Kommunen.

Wenn es stimmt, was der nigerianische Lampedusa-Flüchtling Kelvin Efe Okuns dem *Bayernkurier* erzählt hat, ist das erst der Anfang. Denn dies ist die schlechte Nachricht: Für nur 350 Euro ist der Nigerianer von Agadiz in Niger über Tripolis bis nach Lampedusa gekommen. In Venedig genügen ihm kaum drei Tage Gelegenheitsarbeit als Umzugshelfer, um die Reisekosten wieder zu verdienen.

Bild: action press

Flüchtlinge.

Sahara und Mittelmeer sind für Migranten aus Afrika schon lange kein Hindernis mehr. Mit ihrer Operation Mare Nostrum hat die italienische Marine jetzt im Grunde einen Fährdienst zwischen Nordafrika und Sizilien eingerichtet. Dazu kommt dramatischer Bevölkerungsdruck in allen afrikanischen Ländern: Bis 2050 wird sich Afrikas Bevölkerung mehr als verdoppeln.

Die Europäer müssen es sich eingestehen: Sie haben kaum Möglichkeit, auf die schauerlichen Verhältnisse in den meisten afrikanischen Staaten einzuwirken. Niemand kann dort gute Regierung erzwingen, von Demokratie nicht geredet. Die Fluchtgründe werden bleiben.

Wenn die Europäer Herren der Zuwanderung bleiben wollen, bleibt ihnen nur, was der ehemalige EVP-Fraktionschef Joseph Daul – etwas Böses hat ihm noch nie jemand nachgesagt – jüngst im Bayerischen Landtag riet: Die Flüchtlinge nicht vor der eigenen Küste abfangen, sondern schon vor der Nordafrikas.

Linkes Auge blind

Von Wolfram Göll

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt. Ganze Musikfestivals, Uni-Workshops, sogar der Jahresempfang der Regionalbischöfin widmen sich dem „Kampf gegen Rechts“. Das ist im Prinzip zu begrüßen, obgleich die von den Linken beabsichtigte Verkürzung vom „Kampf gegen Rechtsextremismus“ zu „Kampf gegen Rechts“ dazu geeignet ist, alles ins Abseits zu stellen, was „rechts“ einer sehr dehnbaren „Mitte“ steht – das kann auch die CSU betreffen.

Auf dem rechten Auge wachsam, auf dem linken blind, so kann man die Misere der öffentlichen Extremismusprävention zusammenfassen. Der Linksextremismus ist eine unterschätzte Gefahr. Er ist wissenschaftlich kaum erforscht, es gibt kein Geld für Projekte gegen Links, in Teilen der Jugendkultur gilt es immer noch als schick, „irgendwie links“ zu sein. Die Mai-Ausschreitungen in Berlin und Hamburg werden als Teil der lokalen Folklore verharmlost.

Doch die Linksextremen werden immer gewalttätiger, Gewalt gegen Polizisten und „Rechte“ ist dort Konsens. Es tut not, deutlich zu warnen vor einem Aufflammen des Linksextremismus, ehe dieser wieder zu einer terroristischen Gefahr wird.

Erfolg der Solidität

Von Peter Hausmann

Auch wenn es für einen CDU-Politiker eher ungewöhnlich ist: Wolfgang Schäuble und Franz Josef Strauß haben jetzt eine große Gemeinsamkeit. Für den Bundeshaushalt 2015 werden keine neuen Schulden gemacht. Zuletzt konnte der Bundesfinanzminister vor 45 Jahren diese frohe Botschaft verbreiten. Damals hieß der Franz Josef Strauß. Heute ist es Wolfgang Schäuble, der krisenerprobte Stabilitätsmahner.

Seit 1969 wuchs der Schuldenberg der Bundesrepublik stetig an. Mangelnde Ausgabendisziplin, fehlgeleitete Versuche SPD-geführter Bundesregierungen, die Konjunktur anzukurbeln, sowie der Ölschock der 70er Jahre sorgten für gute Geschäfte mit Bundesanleihen.

Theo Waigel, der unmittelbare Nachfolger von Franz Josef Strauß als CSU-Vorsitzender, war der letzte, der den ausgeglichenen Haushalt schon in Sichtweite hatte. Doch die historische Aufgabe der Deutschen Einheit samt Umbau einer maroden sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft machten ihm einen dicken Strich durch die Rechnung.

Aktuell macht im Berliner Regierungsviertel der Scherz die Runde: Im Bundesfinanzministerium gebe es niemanden mehr, der wisse, wie man Schulden zurückzahlt. Es war also höchste Zeit, die fast schon historisch zu nennende Wende zum Besseren einzuleiten, die vor allem ein Erfolg der soliden Politik von CDU und CSU ist.

> **In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen sind die Spendierhosen groß in Mode**

Aber ganz ohne Gefahr ist Schäubles Plan nicht. Ausweislich der Finanzplanung hat er sich in kluger Voraussicht genügend Spielräume eingebaut, um Unwägbarkeiten vorzubeugen. Nur eines kann er nicht einplanen: Die Begehrlichkeit seiner Kabinettskollegen und der gesamten Koalition. Wenn der Küchenbulle bei der Bundeswehr „Es ist noch Suppe da!“ in die Runde rief, drängte nicht nur das Fußvolk an die Töpfe. Dieser Reflex ist auch in der Politik wohlbekannt. In Zeiten weiter wachsender Konjunktur, guter Zahlen vom Arbeitsmarkt und sprudelnder Steuereinnahmen sind die Spendierhosen gewaltig in Mode. Doch Vorsicht ist angesagt.

Die Große Koalition hat mit den Beschlüssen zur Rente bereits milliardenschwere Mehrausgaben beschlossen. Sie belasten die Bundeskasse bis 2017 mit 23 Milliarden Euro. Auch die teilweise himmelschreienden Zustände bei Straßen, Brücken und Schienen fordern künftig erhebliche Finanzmittel. Zwar spart der Bundesfinanzminister dank niedriger Zinsen etliche Milliarden beim Schuldendienst ein.

Doch das wird nicht ausreichen, um den Bundeshaushalt auf längere Sicht solide zu halten. Das bedeutet: Nicht alles, was wünschenswert wäre, darf umgesetzt werden.

Räuber und Gendarm. Zeichnung: Tomicek

DER STANDPUNKT

Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU

In dieser Woche ist die Mütterrente in Kraft getreten. Die Mütterrente ist ein Projekt der CSU und war uns ein Herzensanliegen. Damit hat die CSU Wort gehalten und ein zentrales Wahlversprechen umgesetzt. Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, bekommen endlich die verdiente Anerkennung für ihre Lebensleistung. Das Inkrafttreten der Mütterrente bringt mehr Gerechtigkeit für Millionen von Frauen in Deutschland und ist ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut. Wir haben für die Mütterrente gekämpft, weil wir finden, dass die Erziehungsarbeit vieler Mütter in Deutschland endlich gewürdigt werden muss!

Mit Mütterrente und Betreuungsgeld hat die CSU wichtige Signale einer modernen Familienpolitik gesetzt. Auch das von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld ist eine Erfolgsgeschichte. In Bayern nehmen über 72 Prozent der Familien diese Leistung in Anspruch. Dieser große Zuspruch gibt der CSU Recht. Die Menschen wollen das Betreuungsgeld, weil es den Familien konkrete Unterstützung und mehr Wahlfreiheit gibt. Die Mütterrente und das Betreuungsgeld zeigen: Die CSU ist und bleibt die Partei der Familien in Deutschland!

ZU GAST IM BAYERNKURIER

Jochen Wittmann arbeitet seit 20 Jahren als Auslandskorrespondent für eine Reihe von deutschen Regionalzeitungen in London.

Bild: BK

Fragwürdige Taktik, robuste Strategie

David Cameron steht nach seiner Niederlage von Brüssel gar nicht so schlecht da – Von Jochen Wittmann

Für einen Verlierer bekommt er erstaunlich viel Applaus. David Cameron hatte mit Brachialdiplomatie zu verhindern versucht, dass Jean-Claude Juncker zum nächsten EU-Kommissionspräsidenten wird. Der britische Premier forcierte über die Personalie eine Abstimmung im Europäischen Rat, die er mit 26 gegen zwei Stimmen verlor – nur Ungarn stand dem Königreich bei. Und obwohl er am Montag vor dem Unterhaus seine Niederlage eingestehen musste, jubelten ihm seine Parteifreunde enthusiastisch zu. Auch die konservative Presse zollte Respekt. Cameron habe, hieß es im *Daily Telegraph*, bei seiner Schlacht gegen Juncker „so viel Mut und Hartnäckigkeit gezeigt, dass es auf einen moralischen Sieg hinauslief“.

Da steht er nun und konnte nicht anders. Des Premiers verlorene Schlacht wird als Prinzipientreue gefeiert. Dabei kann man Camerons Agieren auch einfach als schlechte Taktik lesen. Was er will, ist Reform in Europa. Was er vehement angriff, war die Person Juncker. Das ging so weit, durchsickern zu lassen, dass der Luxemburger schon zum Frühstück seinen Cognac genießt. Damit macht man sich nicht viel Freunde. Cameron versagte darin, genügend Alliierte für eine Sperrminorität zu sammeln. Stattdessen vertraute er einzig auf deutsche Schützenhilfe und stand auf verlorenem Posten, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel umschwenkte.

War die Taktik fragwürdig, so geht vielleicht die Strategie auf. Man sollte nicht vergessen: Bei aller Kritik bleibt Cameron doch Pro-Europäer. Er will Großbritannien in der EU halten, nur sollte sich die EU zum Besseren ändern. In diesem Sinne war er in Brüssel nicht erfolglos. Zum einen wurde ihm versprochen, dass künftig nicht mehr zwingend das Spitzenkandidatensystem zur Kür des Kommissionspräsidenten angewandt wird. Und zum anderen stand im Schlusskommuniqué der Satz, dass man sich mit Großbritanniens „Sorgen um die künftige Entwicklung der EU“ befassen werde und dass „das Konzept der immer engeren Union verschiedene Wege der Integration für verschiedene Länder erlaubt“.

Damit hat es Cameron schriftlich: Das Europa der zwei Geschwindigkeiten wird bestätigt, Großbritannien muss sich nicht integrieren, wenn es nicht will. Jetzt hat er etwas in der Hand, was er seinen durch die Maxime der immer engeren Union schon immer aufgeschreckten Euroskeptikern daheim entgegenhalten kann. Cameron verlangt Reformen bei Wachstum, Jobs und Subsidiarität. Er möchte eine Kommission, die stark und motiviert genug ist, diese anzuschieben. Er will, dass es jetzt eine europaweite Debatte darüber gibt, wie man den Wohlstand auf Dauer erhalten kann. Was wie ein diplomatisches Desaster aussah, könnte sich langfristig auszahlen. Gerade weil Cameron so kompromisslos auftrat, wird jetzt sein Insistieren auf einen Reformprozess von den EU-Kollegen ernstgenommen.

MELDUNGEN

RÜSTUNGSGIGANT

Paris/Berlin – Durch ihren Zusammenschluss 2015 möchten die Panzer-Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und Nexter die Konkurrenz aus Übersee das Fürchten lehren. Der deutsche Konzern und der französische Staatsbetrieb unterzeichneten am Dienstag in Paris eine Grundsatzerklärung. Eine gemeinsame Holding soll künftig rund zwei Milliarden Euro Jahresumsatz erwirtschaften. 6000 Mitarbeiter sollen einen Auftragsbestand von 6,5 Milliarden Euro bewältigen. „Die Vereinbarung der Unternehmen ist ein Schritt auf dem Weg hin zur Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrien. Dies wird ihre Leistungsfähigkeit sichern“, erklärte das Bundeswirtschaftsministerium.

ÜBERNAHME PERFEKT

Brüssel – Die 8,6 Millliarden Euro schwere Übernahme des Mobilfunkanbieters E-Plus durch Telefonica Deutschland (O2) ist perfekt. Die Kartellwächter der EU haben am Mittwoch grünes Licht für den lange geplanten Schritt gegeben, der die bisherige Nummer drei und vier zum größten Mobilfunk-Anbieter in Deutschland macht. Mit 45 Millionen Kunden verweist dieser nun Vodafone und die Telekom auf die Plätze.

PANNEN-AIRPORT

Berlin – Dem Aufsichtsrat des künftigen Berliner Flughafens BER blieb letztlich nichts anderes übrig, als seinen Segen zu geben: Weitere 1,1 Milliarden Euro müssen der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg für die Fertigstellung des Pannenairports berappen. Bei insgesamt 5,4 Milliarden Euro sind Flughafenchef Hartmut Mehdorn und seine Vorgänger nun angekommen. Ob es reichen wird, bezweifeln viele. Fünf Millionen Euro wurden nun auch für neue Planungen freigegeben, um den Flughafen erweitern zu können: Mit einer Kapazität von jährlich 27 Millionen Passagieren könnte er schon bei der Eröffnung zu klein sein (wir berichteten). Wann die ersten Flugzeuge starten und landen, ist noch immer offen. Genannt wurde nun der Jahreswechsel 2015/2016, aber das sei noch kein Termin, sondern eine „Planungsannahme“, drückte es der pannenerprobte Flughafenchef vorsichtig aus. Mehdorn will weiterhin erst am Jahresende 2014 einen verbindlichen Eröffnungstermin nennen.

Die Hubschrauber der gemeinnützigen Tochtergesellschaft der ADAC-Luftrettung GmbH bewältigten 2013 so viele Einsätze wie noch nie. Sie starteten 51 000 mal. Im Jahr davor waren es 49 200 Einsätze. Bild: ADAC/fkn

Gewinnsprung beim ADAC

Reformen lassen auf sich warten – 320 000 Austritte verschmerzt

München – Wären dem ADAC zuletzt nicht seine hausgemachten Skandale in die Quere gekommen, hätte er in dieser Woche womöglich die Sektkorken knallen lassen. 2013 war ein enorm erfolgreiches Geschäftsjahr für den größten deutschen Automobilclub, der bei seiner Bilanzpressekonferenz wieder Reformen versprach. Details dazu gibt es aber noch immer nicht.

Die manipulierte Wahl zu Deutschlands beliebtestem Auto, dem „Gelben Engel“, stürzte den ADAC in seine bislang größte Krise: Rund 320 000 Mitglieder hatten von Januar bis Mai 2014 dem Club den Rücken gekehrt. Der ADAC konnte es verschmerzen. Denn im selben Zeitraum sind 370 000 Mitglieder in den Verein eingetreten, erklärte Interimspräsident August Markl in dieser Woche.

Den zurzeit 18,93 Millionen Mitgliedern wird nun ein umfangreiches Reformprogramm versprochen. Mehr als 100 ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter sowie externe Spezialisten feilen an einer umfassenden Neuausrichtung des Clubs. Viel zu präsentieren haben sie bislang aber nicht. Genannt wurde bei der Bilanzpressekonferenz die Einführung des „onlinebasierten Hinweisgebersystems“. Wie berichtet, ist der Kummerkasten im Internet bereits in Betrieb. Wer wissen will, was sich die sieben Arbeitsgruppen noch alles ausgedacht haben, muss sich gedulden. Erst bei einer außerordentlichen Hauptversammlung im Dezember will der ADAC über konkrete Vorschläge und Ergebnisse diskutieren und abstimmen.

> **Konkrete Reformvorschläge werden bei außerordentlicher Hauptversammlung im Dezember diskutiert und beschlossen**

Bis dahin können sich die Mitglieder an den Zahlen aus dem vergangenen Jahr erfreuen: 528 000 Mitglieder waren 2013 dazugewonnen worden. Alle zusammen spülten dem ADAC und seinen 18 Regionalclubs 1,05 Milliarden Euro in die Kassen. Nach Abzug aller Ausgaben – zum Beispiel gut 269 Millionen Euro für die Pannenhilfe – blieb ein Jahresüberschuss von 4,6 Millionen Euro hängen. Die Bilanzsumme lag zum Ende 2013 bei 2,34 Milliarden, das Eigenkapital bei satten 1,06 Milliarden Euro.

Ordentlich gewirtschaftet wurde auch bei der ADAC Beteiligungs- und Wirtschaftsdienst GmbH und ihren Tochtergesellschaften. Die Gesamterträge stiegen von 1,03 Milliarden (2012) auf 1,09 Milliarden Euro. Der Gewinn lag bei stattlichen 119,2 Millonen Euro. Den größten Umsatz generierte der ADAC dabei einmal mehr mit seinen Versicherungen. Das Eigenkapital der GmbH wuchs von 705 Millionen auf 824 Millionen Euro zum Jahresende 2013.

Jörg von Rohland

Schwarze Null kommt

Haushalt 2014 ebnet den Weg für 2015

Berlin – Es ist ein historischer Erfolg: 2015 will Deutschland das erste Mal seit 1969 seine Ausgaben ohne neue Kredite begleichen. Die „schwarze Null“ steht im Haushaltsentwurf für 2015, dem das Bundeskabinett diese Woche zustimmte. „Ich freue mich, dass wir auch mit unserem neuen Koalitionspartner den Konsolidierungskurs fortsetzen werden – und zwar ganz ohne Steuererhöhungen“, erklärte CSU-Chefhaushälter Bartholomäus Kalb. Heuer wird sich der Bund laut dem bereits vom Bundestag verabschiedeten Etat 2014 ein letztes Mal neu verschulden: mit 6,5 Milliarden Euro.

„Es bleibt bei einem strukturell ausgeglichenen Haushalt 2014. Die bereits im Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers gesetzten Schwerpunkte werden nicht beeinträchtigt“, betont Kalb. Die geplanten Ausgaben für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen von 505 Millionen Euro seien um Ausgabenermächtigungen für den Fernstraßenbau von rund 775 Millionen Euro für die Folgejahre ergänzt worden. Daneben sehe der Bundeshaushalt 2014 zusätzliche Investitionen für den Städtebau, Bildung und Forschung, die Entwicklungszusammenarbeit sowie eine Entlastung von Ländern und Kommunen vor.

Kalb: „Wir als CSU zeigen in Bayern und Deutschland, dass Haushaltsdisziplin und wirtschaftliche Erfolge sich nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen.“ **jvr**

Bayern ist spitze

Beschäftigung weiterhin auf Rekordniveau

Berlin/München – Deutschland ist gut, Bayern spitze: Der Bericht der Bundesagentur für Bayern spiegelt die gute wirtschaftliche Lage im Land wider: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni bundesweit weiter gesunken: um 49 000 auf jetzt 2,833 Millionen. Das entspricht einer Quote von 6,5 Prozent.

„Die deutsche Wirtschaft boomt. Beschäftigung und Einkommen steigen, die Preise sind stabil und das Verhalten der Verbraucher hoch“, erklärt Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. In Bayern sind die Zahlen noch viel besser: „Mit einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent im Juni weist der Freistaat zum wiederholten Mal die besten Zahlen unter allen Bundesländern auf“, betont der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Bertram Brossardt. Knapp fünf Millionen Menschen sind im Freistaat derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt – ein Rekordwert.

Arbeitsministerin Emilia Müller erwartet in diesem Jahr „so wenig Arbeitslose wie seit 20 Jahren nicht“. Sie warnt aber auch davor, dass das Angebot einfacher Tätigkeiten immer kleiner wird und nahezu jeder zweite Arbeitslose keine ausreichende Qualifikation habe. „Berufliche Qualifikation und Weiterbildung sind der Schlüssel, die Beschäftigungschancen zu erhöhen und nachhaltig zu sichern“, so die Arbeitsministerin. Mit dem Europäischen Sozialfonds und dem Arbeitsmarktfonds unterstütze das Arbeitsministerium zahlreiche berufliche Qualifizierungsmaßnahmen. **jvr**

Wackelige Bilanzen

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnt vor Schuldenüberhängen – Stresstest im Herbst

Basel – Die lockere Geldpolitik hinterlässt ihre Spuren: Während die Börsen boomen, steigt die weltweite Schuldenlast weiter stark an. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) blickt mit Sorge auf die Finanzmärkte. Die Banken sind nach der Krise 2008 noch lange nicht über dem Berg. Wie es tatsächlich um die europäischen Geldhäuser bestellt ist, wird der Stresstest der EZB im Herbst zeigen.

Immerhin: „Etwas solider“ sei der Finanzsektor seit der Krise geworden, schreibt die BIZ in ihrem Jahresbericht. Die Banken hätten ihre Eigenkapitalausstattung wieder aufgebaut und ihr Geschäftsmodell vielfach stärker auf das traditionelle Bankengeschäft ausgerichtet. Das sind die guten Nachrichten der Schweizer Bank, die den Zentralbanken der Welt auf die Finger schaut. Die Basler weisen aber auch auf Schwachstellen in den Bilanzen der Geldhäuser hin. Übermäßig verschuldete Kreditnehmer sorgten für einen Schuldenüberhang, der die wirtschaftliche Erholung belaste.

Die Europäische Zentralbank (EZB) kündigt einen „harten“ Stresstest an. Er wird zeigen, ob die Bilanzen der Banken einem simulierten Crash standhalten oder Pleiten drohen. Im November will die neue Chefin der EZB-Bankenaufsicht, Danièle Nouy, die Ergebnisse veröffentlichen. Die aktuellen Bemühungen der Geldhäuser, ihre Bilanzen aufzuräumen, werden sich darin noch nicht wiederfinden. Denn der Stichtag für den laufenden Test war Ende 2013.

Die BIZ in Basel mahnt neue Konzepte an. Bild: fkn

Wie schnell Banken in Bedrängnis kommen können, zeigt das jüngste Beispiel aus Bulgarien. In dem ärmsten EU-Land hatten Kriminelle Falschmeldungen verbreitet und damit die Kunden von zwei Großinstituten in Panik versetzt. Zehntausende Sparer zogen ihre Guthaben ab. So verlor etwa Bulgariens drittgrößtes Geldhaus, die Fibank, innerhalb von Stunden 400 Millionen Euro. Die Regierung in Sofia gab eiligst Garantien für die Sparguthaben ab. Und die EU-Kommission genehmigte einen 1,7 Milliarden Euro schweren Notkredit. Das Geld fließe vorsorglich, um das mutmaßlich von Kriminellen attackierte Finanzsystem zu stabilisieren, hieß es dazu aus Brüssel. Denn Bulgariens Banken seien verglichen mit Finanzsystemen anderer EU-Länder eigentlich mit genügend Kapital ausgestattet.

Die BIZ fordert indes von den Regierungen größere Weitsicht und ein neues Konzept: „Geborgtes Geld darf nicht mehr der wichtigste Wachstumsmotor sein“, heißt es. **jvr**

Innovationsstandort Bayern

Bild: connel_design / Fotolia.com

Bayern ist reich an Wissen – wenn auch inzwischen meist digital gespeichert. Dieses Wissen gilt es durch passende Bildungsangebote für alle zu vermehren.

Talente entdecken und entwickeln

Bayern ist ein leistungsfähiger Forschungsstandort – Von Ludwig Spaenle

Neun staatliche Universitäten – darunter die zwei Münchner Eliteuniversitäten LMU und TU, 17 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, 13 Max-Planck-Institute, drei Großforschungseinrichtungen, sechs Institute der Leibniz-Gemeinschaft und sechs Fraunhofer-Institute, die Helmholtz-Zentren, die Bayerische Akademie der Wissenschaften mit ihren vielfältigen Kooperationspartnern, der Forschungsreaktor der Technischen Universität München und so weiter…

Diese unvollständige Aufzählung der vielfältigen Forschungseinrichtungen im Hochschulwesen sowie der außeruniversitären Forschung in Bayern machen eines bewusst: Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Bayern ist exzellent. Und: Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Bayern ist darüber hinaus breit aufgestellt. Die Forschungsschwerpunkte reichen von Themenstellungen zu den großen Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, Energiefragen, Kommunikations- und Verkehrswesen sowie Life-Sciences im allgemeineren Sinne über Fragen zur medizinischen Grundlagenforschung und patientenbezogener klinischer Forschung bis hin zu Technologien der Naturwissenschaften, Materialwissenschaften und der Informatik. Die Forschung erstreckt sich auch auf Fragen des Verstehens der eigenen Identität, des eigenen Selbstverständnisses und seiner Ausprägung im Lebensalltag wie der Psychologie, der Geschichts-, Kultur- und Sozialwissenschaften und der Denkmalpflege.

Ein dicht geknüpftes Netz

Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Bayern ist gerade mit Blick auf Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Transferzentren auch regional breit aufgestellt: Wissenschafts- und Forschungsstandorte sind nicht in den Metropolregionen München und Nürnberg konzentriert. Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie die Technologietransferzentren spannen sich als dicht geknüpftes Netz über alle Regierungsbezirke, zum Beispiel von Passau, Deggendorf und Straubing im Südosten bis Aschaffenburg und Würzburg im Westen oder Hof und Bayreuth im Norden sowie München im Süden.

Die Vorzüge kommen den Firmen und den Menschen in den Regionen zugute, wissenschaftliche Erkenntnisse tragen dazu bei, Jobs zu schaffen und zu sichern. Sie tragen unmittelbar durch die Beschäftigung der Menschen vor Ort und vor allem durch neue Erkenntnisse mittel- und langfristig ganz wesentlich zu Wohlstand und sozialer Sicherheit bei.

Herzkammer der Forschung

Mein erster Zugang auf die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft vor allem über Einrichtungen ist ein verkürzter: Kern der Forschungs- und Wissenschaftsstärke sind hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aus eigenem Antrieb danach streben, neue Erkenntnisse zu erarbeiten und diese an junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, aber auch Studierende weiterzugeben. Die Wissenschaftler und Forscher in Bayern verengen ihre Arbeit nicht auf zielorientierte Anwendungsforschung, sie betreiben auch Grundlagenforschung und stellen so die Weichen für wegweisende Erkenntnisse. Und sie sind national wie international vernetzt, so wie auch die Hochschulen als Einrichtungen weltweit Kooperationen pflegen. Die Scientific Community umspannt die Welt und Bayerns Wissenschaftler tragen ganz wesentlich zum sehr guten Ruf unseres Landes in der Wissenschaftswelt bei.

Wir müssen den Spitzenwissenschaftlern die Rahmenbedingungen stellen, die sie anlässlich ihrer Leistungen berechtigt erwarten dürfen. Hier ist auch der Bund gefordert, seinen Beitrag zur Grundfinanzierung der Hochschulen zu leisten. In den jüngsten Wochen zeichnet sich eine hoffnungsvolle Perspektive ab, da der Bund die Kosten für das Bundesausbildungsförderungsgesetz künftig gänzlich übernehmen will und so den Ländern bei der Finanzierung von Bildung und Wissenschaft neue Spielräume eröffnet.

Es gelingt in Bayern in besonderer Weise, die Forschungsergebnisse auch für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Der Wissenstransfer und der Technologietransfer, der in Bayern durch die vielfältigen Technologietransferzentren und Verbünde unterstützt wird, ist dabei ein Weg, zum Beispiel in den Feldern der Energietechnik, der Automobiltechnik, der Materialwissenschaft.

Mehr Geld für Hochschulen

Bildung und Forschung sind die Rohstoffe der Gesellschaft in Deutschland und in Bayern. Auf ihnen können und müssen wir unsere Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln. Dazu bedarf es einer verlässlichen und umfassenden Forschungsförderung.
Bayern hat in den vergangenen zehn Jahren die jährlichen Ausgaben für die Hochschulen um rund ein Drittel, in konkreten Zahlen um rund 570 Millionen Euro gesteigert. Die Investitionen schlagen sich in Erfolge in der Wissenschaftslandschaft nieder, in Erfolgen bei Rankings, bei der Exzellenzinitiative, bei der Einwerbung von Drittmitteln etwa von Seiten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Europäischen Union.

Exzellenz bedingt Exzellenz

Exzellenz in der Forschung bedingt Exzellenz in der Lehre und in der Infrastruktur. Hier müssen wir zentrale Aufgaben bewältigen. Wir müssen allen unseren jungen Menschen eine umfassende Bildung vermitteln, an die sie in ihrem ganzen Leben anknüpfen können. Es ist bezeichnend, dass die Quote der jungen Menschen, die in Bayern die Schule ohne Hauptschulabschluss verlässt, mit unter fünf Prozent deutschlandweit am niedrigsten liegt. Und zugleich schneiden Schülerinnen und Schüler aller weiterführenden Schularten aus Bayern, also zum Beispiel Mittelschule, Realschule und Gymnasium, bei nationalen und internationalen Vergleichstests sehr gut ab.

Um auch künftig in der Forschung exzellent zu sein, dürfen wir kein Talent verlieren
Ludwig Spaenle

Um dass Ziel von Exzellenz in der Forschung auch künftig erreichen zu können, dürfen wir kein Talent verlieren. Akademische Bildung muss allen jungen Menschen offen stehen, die dafür die persönlichen Voraussetzungen mitbringen. Ausschließlich ihre Begabungen, ihre Fähigkeiten und ihr Engagement dürfen über den Bildungsweg entscheiden, nicht der Ort, an dem die Wiege der jungen Menschen stand und steht. Um eine mögliche Hürde für begabte Schulabsolventen abzubauen, eine Hochschule zu besuchen, haben wir die Studiengebühren abgeschafft. Ich möchte darüber hinaus, die Begabtenförderung im Bereich der Schulen und Hochschulen miteinander enger verzahnen und effizienter gestalten.

Wir haben die Anzahl der Studienplätze in den vergangenen fünf Jahren um 50 000 ausgebaut, damit Studienwillige auch ihren Platz finden. Derzeit studieren an bayerischen Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften so viel junge Menschen wie nie zuvor – über 350 000 Frauen und Männer. Die Mehrzahl von ihnen hat dazu den Weg über das Gymnasium eingeschlagen, immerhin 43 Prozent von ihnen haben diesen Weg aber über die berufliche Bildung beschritten. Wir konnten die Durchlässigkeit im Schulwesen deutlich ausbauen, können so die Begabungen und Talente noch besser für die Gesellschaft erschließen.

Talente erkennen & fördern

Wir wollen diesen Weg weiter beschreiten. Wir müssen im Lebensbogen der Menschen denken und handeln. Wir müssen die Talente der jungen Menschen im Bildungsland Bayern frühestmöglich – von Kindertageseinrichtungen und Grundschule an – erkennen und sie auf ihrem Weg gezielt optimal fördern – durch Schule und Hochschule, aber auch durch die berufliche Bildung und die Erwachsenenbildung. Dazu brauchen wir zunächst gut ausgebildete Erzieherinnen und Lehrkräfte, die sich mit viel Elan für unsere Kinder und Jugendlichen einsetzen, und hochqualifizierte Wissenschaftler, die besten akademischen Lehrer – auch unter internationalen Gesichtspunkten.

Als Bildungs- und Wissenschaftsminister bin ich deshalb sehr froh, dass die Staatsregierung und die CSU-Fraktion beschlossen haben, bis 2018 alle Lehrerstellen zu erhalten, obwohl die Schülerzahl aufgrund der demographischen Entwicklung merklich zurückgehen wird. Wir können so das Betreuungsverhältnis zwischen Lehrer und Schülern weiter verbessern. Wir können Ganztagsangebote flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen und die individuelle Förderung weiter verbessern. Kurzum: Wir können die Begabungen und Fähigkeiten unserer jungen Menschen noch gezielter erkennen und entfalten.

Ich vertraue darauf, dass die Summe, die Bayern sparen kann, weil der Bund die Kosten für das BAföG ab 2015 komplett übernehmen wird, ganz in die Hochschulen, vor allem in die Aufstockung der Grundfinanzierung investieren wird. Die Haushaltsberatungen stehen an und ich werde mich hier mit aller Kraft einbringen.

Infrastruktur erhalten

Beim Erhalt und dem Ausbau der Infrastruktur wird Bayern ohne zusätzliche Anstrengungen nicht in der europäischen Spitzengruppe mitspielen können – und die Qualität der Infrastruktur spielt bei der Qualität von Forschung und Lehre und bei der Berufung der besten Hochschullehrer eine wichtige Rolle. Wir haben ein Zehnjahresprogramm, auf dessen Basis wir jährlich 400 Millionen Euro für den Erhalt der Infrastruktur investieren können – das sind allein rund drei Millionen Quadratmeter im Hochschulbereich. Die Situation an manchen Hochschulen macht deutlich, dass die Summe aufgestockt werden muss.

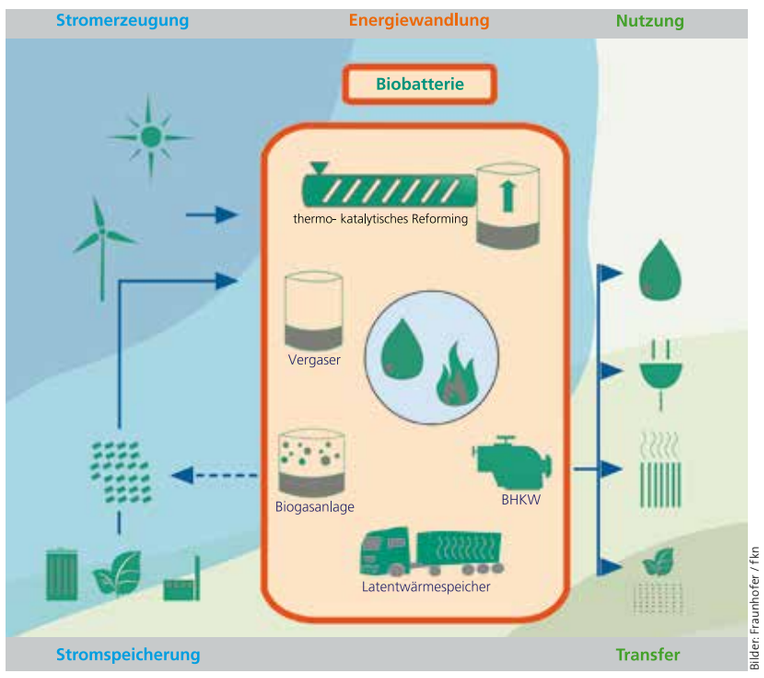
Fazit

Mein Fazit: Bayern ist ein höchst leistungsfähiger Forschungsstandort, weitere Anstrengungen sind aber unverzichtbar. Und ich bin sehr dankbar, dass wir in den allermeisten Unternehmen in Bayern Unterstützung erfahren, und zwar nicht in erster Linie aus Eigennutz, sondern durchaus auch aus der gesellschaftlichen Verantwortung, die viele Unternehmer aktiv wahrnehmen. Die Stärke eines Forschungs- und Wissenschaftsstandortes ergibt sich nämlich nicht allein aus den Investitionen des Staates, sondern ganz wesentlich auch aus denen der Unternehmen.

Ludwig Spaenle ist Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Bildung sowie Vorsitzender der CSU München.

Lösungen zum Wohl des Menschen

Von Daten- bis Umweltschutz: Schlaglichter der angewandten Forschung aus bayerischen Fraunhofer-Labors – Von Reimund Neugebauer



Bilder: Fraunhofer / fkn

Die Fraunhofer-Forscher arbeiten zum Beispiel an einer hocheffizienten Leistungselektronik für die Energienetze von morgen (l.) oder an Biobatterien (r.).

Bayern ist für die Fraunhofer-Gesellschaft ein zentraler Standort. Hier ist nicht nur die Heimat der Gesellschaft, auch acht Institute sowie mehrere Projektgruppen und -zentren sind in den Regionen Bayerns angesiedelt. Insgesamt beschäftigt Fraunhofer hier rund 3800 Mitarbeitende. Sie sind Basis und Triebfedern für erfolgreiche Forschung und wirksame Innovationen – zum Wohl der Wirtschaft, aber auch der Menschen.

Fraunhofer steht zum einen für exzellente Wissenschaft, zum anderen – und das unterscheidet uns von anderen Forschungsorganisationen – für angewandte Forschung, das heißt Forschung und Entwicklung für die direkte Umsetzung in der Wirtschaft. Originäre Lösungen und Verfahren aus den Fraunhofer-Labors tragen dazu bei, die Zukunftsfähigkeit von Deutschland und Europa zu erhalten und weiter auszubauen. Um diesen Beitrag nachhaltig zu sichern, ist es essenziell, auch die entsprechende Finanzierung im Gleichgewicht zu halten. Das heißt, sowohl die Grundfinanzierung durch den Bund als auch die Projektförderung durch Bund, Länder und EU sowie die Erträge aus den Industrieprojekten sollten ein ausgewogenes Verhältnis zueinander haben. Ein wichtiger Baustein dafür ist der Pakt für Forschung und Innovation, der Fraunhofer und den anderen außeruniversitären Forschungsorganisationen Planungssicherheit gewährt. Diese ist notwendig, um auch mittel- und langfristige strategische Ziele umsetzen zu können.

Angewandte Forschung liefert Innovationen
R. Neugebauer

Ein aktuelles Beispiel sind die Nationalen Leistungszentren. Die Idee dahinter ist, Synergien auszubauen, Grundlagen- und angewandte Forschung vielschichtiger und engmaschiger zu vernetzen. Fraunhofer ist profilierter Impulsgeber an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und wird sich gemeinsam mit Partneruniversitäten noch stärker für die nachhaltige Entwicklung herausragender Wissenschaftsstandorte engagieren. Eines der geplanten Leistungszentren zum Thema Elektroniksysteme soll in Erlangen entstehen, ein anderes unter dem Titel Sichere vernetzte Systeme in München.

Angewandte Forschung liefert Innovationen, um den Herausforderungen unserer Zeit, etwa Energie- und Ressourceneffizienz oder IT-Sicherheit, zu begegnen. An der Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS in Alzenau wird beispielsweise die Deutsche Phosphor-Plattform koordiniert. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, dieses wertvolle, jedoch auch schädigende Element aus dem Wasser zurückzugewinnen. Dies gelingt den Forschern, in dem sie den Phosphor einfangen – mit superparamagnetischen Partikeln. Spüren diese Partikel ein Magnetfeld, so werden sie selbst magnetisch. Entfernt man den Magneten jedoch, verlieren die Teilchen ihre magnetischen Eigenschaften und schweben frei im Wasser, ohne aneinander zu haften. An derartige Partikel wurden Bindungsstellen für Phosphor angebracht – die Teilchen fischen die Phosphat-Anionen aus dem Wasser heraus und binden sie an sich. Mit einem Magneten lassen sich die Teilchen mitsamt dem Phosphor aus dem Wasser ziehen. Auf diese Weise lassen sich auch andere Schadstoffe wie giftige Schwermetalle relativ einfach abtrennen.

Andere Institute arbeiten an Technologien, die helfen, die Energiewende voranzubringen. So entwickelt das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie IISB in Erlangen zum Beispiel hocheffiziente Leistungselektronik für die Energienetze von morgen. Im von Bayern geförderten Energieforschungsprojekt SEEDs – an dem auch die Fraunhofer-Institute für Integrierte Schaltungen IIS und für Silicatforschung ISC in Würzburg beteiligt sind – wird die gesamte Energiekette analysiert und genutzt.

Das Institutsgebäude des IISB wird auf Basis bereits heute existierender Technologiebausteine umgebaut. Dabei werden Leistungsspitzen und Energieverluste abgebaut und sekundäre Energieformen wie Kälte, Wärme und Prozessgase mit in die Versorgung eingebunden. Das ganze Institut wird so zu einer Forschungs- und Demonstrationsplattform für effizientes Energiemanagement mit Vorbildcharakter auch für komplexe Anforderungen, wie sie etwa in Industriebetrieben bestehen.

Ein anderes vielversprechendes Projekt ist die „Biobatterie", die Forscher des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT – Institutsteil Sulzbach-Rosenberg – konzipierten und bis zur Einsatzreife brachten. Das innovative Verfahren zur Verwertung von Biomassereststoffen nutzt einen Pool mehrerer umweltfreundlicher Technologien zur Energiespeicherung. Beim „thermokatalytischen Reforming" wird Biomasse in einem mehrstufigen, thermischen Verfahren in hochwertige Energieträger und Düngemittel umgewandelt.

Datensicherheit ist in aller Munde – das Bewusstsein um die Relevanz dieser Thematik und die damit verbundene Erwartungshaltung sind groß. Fraunhofer-Experten haben ihre Empfehlungen für eine starke IT-Nation Deutschland in einem Positionspapier „Herausforderungen für die IT-Sicherheitsforschung" zusammengefasst. Mitautorin war Prof. Claudia Eckert, Leiterin des Fraunhofer-Instituts für Angewandte und Integrierte Sicherheit AISEC in Garching. Die AISEC-Forscherinnen und Forscher arbeiten an umfassenden Lösungen, wie beispielsweise einem Schutz für Produktionsanlagen, um Industriespionage und Sabotage durch unsichere Netze zu verhindern.

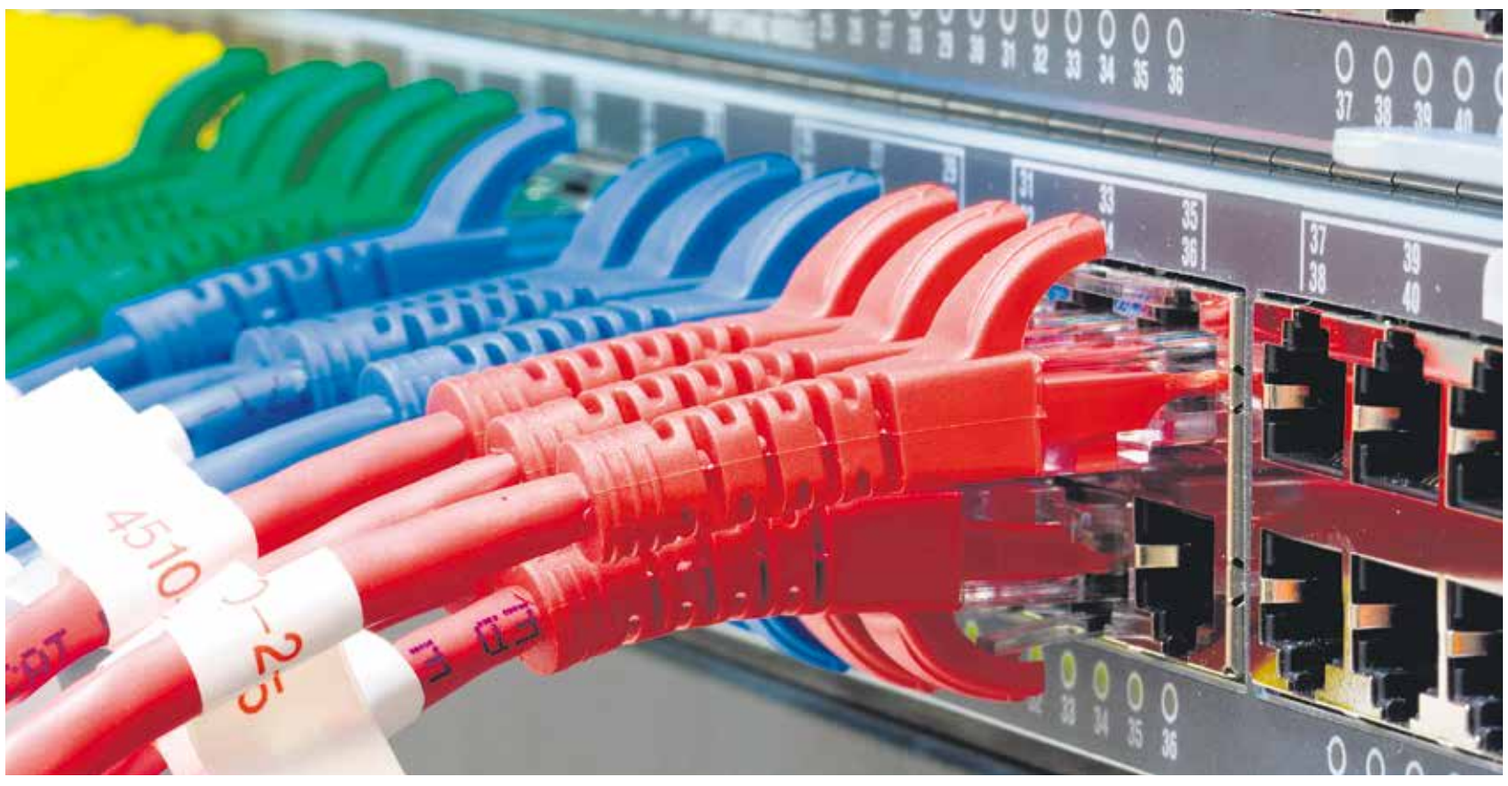
Ein weiteres Beispiel für ausgezeichnete Forschung ist die Software easyDCP. Sie ermöglicht es, digitale Kinopakete, die DCPs, passend für alle Abspielsysteme weltweit herzustellen. Ermöglicht haben das Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Schaltungen IIS in Erlangen. Für ihre Arbeiten zum Thema „Das digitale Kino erobert die Welt – Software zur Erstellung von digitalen Kinopaketen ermöglicht den Durchbruch des digitalen Kinos" erhielten sie einen der Joseph-von-Fraunhofer-Preise 2014.

Wirksame Innovationen und erfolgreiche Forschung erfordern inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit. Daraus entstehen Lösungen zum Wohl der Menschen und des Standorts.

Professor Reimund Neugebauer ist seit 1. Oktober 2012 Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft. Sein Forschungsschwerpunkt ist die ressourceneffiziente Produktion.

Leitregion für den digitalen Aufbruch

Warum Bayern beste Chancen hat, mit der Digitalisierung ein neues Kapitel seiner Erfolgsgeschichte aufzuschlagen – Von Markus Blume



1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau in Bayern sind eine gewaltige Kraftanstrengung, aber gut angelegtes Geld. Bild: panomacc / Fotolia.com

Einkaufen, Bankgeschäfte tätigen, die nächste Reise buchen und mit Freunden kommunizieren – was haben all diese Dinge gemeinsam? Sie werden heutzutage von Millionen Bürgern wie selbstverständlich über das Internet erledigt; und das immer häufiger von unterwegs. Smartphones, Tablets, WiFi-Hotspots an Bahnhöfen und in Cafés zeigen: Die digitale Welt ist bei uns im Alltag angekommen. Doch Digitalisierung meint weit mehr als Apps, Breitbandanschlüsse und soziale Netzwerke. Bestes Beispiel ist der Internetkonzern *Google*, der sich von der reinen Suchmaschine heute zu einem Konglomerat gewandelt hat, das inzwischen auch etablierte Industriekonzerne und deren Geschäftsmodelle angreift, inzwischen sogar in der deutschen Paradedisziplin, dem Automobilbau.

Bedrohung oder Chance?

Digitalisierung ist längst eine gesamtgesellschaftliche Revolution. „Alles, was digitalisierbar ist, wird digitalisiert. Und alles, was vernetzbar ist, wird vernetzt“, bekennt etwa Telekom-Chef Timotheus Höttges. Die Digitalisierung verändert die Spielregeln von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft fundamental. Fachleute sprechen von Disruption – nichts und niemand bleibt ausgenommen. Etablierte Geschäftsmodelle werden ebenso herausgefordert wie Staat und Gemeinwesen, die sich ganz neuen Fragestellungen gegenübersehen. Berücksichtigt man die Dynamik der Digitalisierung, dann ist sie vergleichbar mit der Erfindung der Dampfmaschine und des Fließbandes in einem.

Viele Menschen sehen diese enormen Veränderungen mit Skepsis. Und auch immer mehr Unternehmen fühlen sich abgehängt. Tatsache ist, dass Deutschland und ganz Europa schon die erste Welle der Digitalisierung verschlafen haben. Als letzter großer IT-Konzern, der bei uns entstanden ist, gilt die Walldorfer SAP – mit immerhin mehr als 40 Jahren „auf dem Buckel“. Ein Blick zurück auf vertane Chancen ist jedoch müßig. Viel entscheidender ist, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Dazu brauchen wir vor allem einen digitalen Binnenmarkt in Europa. Denn wer will als Gründer schon seine neue Geschäftsidee auf 28 verschiedene Datenschutzgesetze, Urheberrechtsvorschriften usw. anpassen, wenn die amerikanischen, chinesischen oder indischen Märkte so viel einfacher zu bearbeiten sind?

Bayern mit Startvorteil

Noch wichtiger: Wir wollen und müssen bei der zweiten Welle der Digitalisierung mit dabei sein, wenn die klassischen Industrien von „Big Data“ und Vernetzung erfasst und die industriellen Wertschöpfungsketten neu verteilt werden. Diese zweite Welle betrifft weniger den Laptop zuhause, sondern krempelt das gesamte Wirtschaftsleben um. Vernetzte Mobilität und automatisiertes Fahren, intelligente Energiesysteme, Telemedizin und eHealth, intelligente Haustechnik, IT-Sicherheit – das alles muss auch in Zukunft „Made in Germany“ sein und stellt damit die heimische Wirtschaft vor gewaltige Herausforderungen.

Gut für uns ist, dass Bayern beide Seiten mitbringt: eben eine starke Industrie und eine hohe IT-Kompetenz. Eine Studie der EU-Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass München das europäische Spitzenzentrum der Informations- und Kommunikationstechnikbranche ist, vor London und Paris. Bayern hat, wie der Branchenverband Bitkom bestätigt, seine Hausaufgaben gemacht und fungiert mit seinen Digitalisierungsbemühungen als Blaupause für andere Länder. Es wäre aber töricht, diesen Vorsprung nicht zu nutzen oder sich darauf auszuruhen.

Digitalisierungsoffensive

Die Digitalisierungsoffensive der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion ist die richtige Antwort, um als Deutschlands Klassenprimus in der Champions League der weltweit führenden Wirtschaftsstandorte zu bleiben. Auf dem Weg dorthin liegen vier wesentliche Aufgaben vor uns, die gleichzeitig Kernansätze unserer Digitalisierungsbemühungen widerspiegeln:

Erstens müssen wir die Menschen befähigen, die Digitalisierung anzunehmen. Das heißt zunächst einmal: schnelles Internet für alle. 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau in Bayern sind eine gewaltige Kraftanstrengung und gleichzeitig gut angelegtes Geld. Im Bildungsbereich müssen wir zudem von klein auf Kompetenzen vermitteln, mit der neuen Welt umzugehen, die Möglichkeiten der Vernetzung sinnvoll zu nutzen, aber auch sensibel für Gefahren zu sein. Interdisziplinäre Fragestellungen bedingen darüber hinaus neue Studiengänge. Und wir möchten Vorreiter der digitalen Ausbildung sein.

Wir wollen und müssen bei der zweiten Welle der Digitalisierung mit dabei sein
Markus Blume

Zweitens brauchen wir den Staat in seiner Vorbildfunktion, was die verantwortungsvolle Nutzung der neuen Möglichkeiten anbelangt. Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger – das ist schon bald nicht mehr bloßes Zukunftsversprechen. In Bayern werden die Bürger mit dem BayernPortal als zentralem Einstieg auf alle Dienstleistungen des Freistaats und seiner Kommunen zugreifen können. Und auch die staatliche Verwaltung selbst wird einen Modernisierungsschub erleben, wie schon der Titel der entsprechenden Initiative von Staatsminister Markus Söder mit „Montgelas 3.0“ nahe legt.

Drittens wollen wir den „digitalen Strukturwandel“ am Wirtschaftsstandort Bayern aktiv begleiten, im Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Salopp gesagt: Daten sind das neue Kapital und ihre Vernetzung bedeutet Wertschöpfung und smartes Wachstum. Deshalb sollen unter der Regie unserer Wirtschaftsministerin Ilse Aigner mehrere Zentren und Plattformen – unter anderem für vernetzte Mobilität, für digitale Produktion und für IT-Sicherheit – entstehen, die genau diesem Ziel dienen. Unter dem großen Dach eines „Zentrums für Digitalisierung in Bayern“ besteht zudem die Chance, die Potenziale und Fähigkeiten von Universitäten, Forschungseinrichtungen und weiteren Dritten intelligent zu verknüpfen, beispielsweise beim Thema Big Data, also dem Umgang mit großen Datenmengen und deren Nutzbarmachung.

Bei aller Vernetzung dürfen wir übrigens die klassischen Standortfaktoren nicht außer Acht lassen. Längst befinden wir uns in einem internationalen Wettbewerb um die kreativsten Köpfe. Ihnen müssen wir einerseits urbane Orte wie das künftige „Zentrum für Internet und Medien“ bieten, an denen sie zusammenkommen können; andererseits brauchen Sie auch eine verbesserte Kapitalausstattung und vor allem den Kontakt zu den etablierten Unternehmen. Ein großer „Bayern-Inkubator“, also ein quasi gemeinschaftlicher „Brutkasten“ von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft, wo internationale Gründerteams, neue Ideen, frisches Kapital und die Innovationsabteilungen der Standortkonzerne zusammenwirken, könnte dafür ein weltweit einzigartiger „Hotspot“ im digitalen Zeitalter werden.

Viertens und letztens müssen wir die „digitale Wende“ auch menschlich gestalten und die Chancen und Risiken verantwortungsvoll abwägen. Nicht alles technisch Mögliche ist gleichzeitig ethisch wertvoll. Und egal, wie groß der Datenberg ist, es gibt auch beziehungsweise gerade deshalb die Schutzbedürftigkeit im Detail. Der Aufbruch in die digitale Welt benötigt eine Instanz, die genau diese Fragen fortlaufend und interdisziplinär auf unserer Wertegrundlage diskutiert. Die Errichtung eines deutschen Internet Think-Tanks in Bayern wäre dazu ein wichtiger Schritt. Aber auch in der künftigen Grundsatzkommission und dem neuen Grundsatzprogramm der CSU werden wir uns diesen Fragen widmen müssen. Der Mensch in der digitalen Welt: das impliziert große Zukunftschancen, benötigt aber auch klare Leitplanken.

Markus Blume ist Landtagsabgeordneter für den Stimmkreis München-Ramersdorf, seit 2011 Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Digitalisierung und Medien der CSU-Fraktion im Landtag.

Vertrauen hart erarbeitet

Bayerns erfolgreicher Mittelstand: Die Grob-Werke aus Mindelheim – Weltweit gefragter Partner der Automobilindustrie

Mindelheim – 1000 hochkomplexe Werkzeugmaschinen und Montagestraßen für die Automobil- und Maschinenbauindustrie verlassen jedes Jahr die Hallen der Grob-Werke in Mindelheim. Wie stark das Unternehmen inzwischen auf dem Markt ist, zeigen die Zahlen: Innerhalb von drei Jahren verdoppelte sich der Umsatz auf gut eine Milliarde Euro, 1000 neue Mitarbeiter wurden eingestellt.

Wer die großzügige Lobby des Grob-Verwaltungsgebäudes in Mindelheim betritt, dem fällt schnell eine Vitrine auf. Inhalt: jede Menge Pokale. Sie heißen „Global Supplier Award“ oder „Break through & Innovation Award“ und stammen von VW, Daimler, Ford, Bosch oder General Motors. Der US-Autokonzern verlieh den Grob-Werken die Auszeichung „Supplier of the Year“ 2012 und 2013 gleich zweimal hintereinander. Der Autobauer Hyundai aus Südkorea sprach den Mindelheimern seine „höchste Anerkennung“ für die Unterstützung beim Aufbau der ersten Hyundai-Fabrik in Europa aus.

German Wankmiller bleibt beim Anblick der Vitrine gelassen. „Das sind nur die Ehrungen der letzten Jahre“, sagt er. Die anderen Pokale hätten in dem Glaskasten auch gar keinen Platz mehr. Dennoch haben die Auszeichnungen für den Vorsitzenden der Geschäftsführung eine hohe Bedeutung. Sie sind das sichtbare Zeichen, dass die Kunden den Grob-Werken vertrauen. Und dieses Vertrauen ist hart erarbeitet. Denn die Zahl der Automobilhersteller ist überschaubar. Deshalb wäre es eine Todsünde, einen dieser Kunden zu verprellen. „Wir haben nicht Tausende Kunden, sondern vielleicht 30. Wenn wir einen verlieren würden, wäre das prozentual ein hoher Verlust“, sagt German Wankmiller.

Weil die Automobilindustrie auf der ganzen Welt produziert, sind auch die Grob-Werke weltweit vertreten. Gegründet wurde das Unternehmen 1926 in München, seit 1968 befindet sich das Stammwerk mit heute 3200 Mitarbeitern in Mindelheim. Weitere Produktionsstätten unterhalten die Grob-Werke seit 1956 in São Paulo (Brasilien), seit 1983 in Bluffton (USA) und seit 2011 in Dalian (China). Weitere Niederlassungen gibt es in Südkorea, China, Indien, Russland, Mexiko, Großbritannien und Ungarn – also überall dort, wo Autos gebaut werden. Weltweit sind 4500 Mitarbeiter für Grob tätig.

Benjamin Kormann ist Software-Entwickler bei Grob in Mindelheim. Er schätzt vor allem die kurzen Entscheidungswege in der Firma. „Ich wüsste kein anderes Unternehmen, wo ich mich so kreativ austoben darf.“ Bild: FC

Die Firma fertigt Zerspanungsanlagen zur Bearbeitung von Metall, Werkzeugmaschinen und Montagestraßen für die Autoindustrie und ihre Zulieferer sowie für Firmen aus den Bereichen Maschinenbau, Medizintechnik, Werkzeug- und Formenbau und Luft- und Raumfahrt. 85 Prozent der Grob-Kunden kommen aus der Automobilindustrie. „Nahezu alle Motoren aus dem Hause BMW werden auf Grob-Anlagen produziert“, berichtet German Wankmiller stolz. Wie komplex so eine Anlage ist, zeigen allein die Dimensionen. Eine Montagestraße ist bis zu 900 Meter lang. „Ein Motor besteht aus durchschnittlich 500 Einzelteilen. Jeder Block wird auf unseren Montagestraßen nicht nur montiert, sondern auch getestet“, erklärt der Vorsitzende der Geschäftsführung. Damit so sensible Kunden wie BMW nicht zu Wettbewerbern abwandern, muss nicht nur der Preis stimmen, sondern auch die Qualität und der Service. Das ist freilich eine Binsenweisheit, aber trotzdem ist sie überlebenswichtig. „Wenn uns ein Kunde um Hilfe bittet, kommen wir. Kosten spielen erstmal keine Rolle“, betont German Wankmiller.

Ein weiterer Aspekt, warum Grob bei den Kunden einen guten Ruf hat, verbirgt sich hinter einem etwas sperrigen Begriff: Fertigungstiefe. 90 Prozent aller Teile, die Grob für seine Anlagen benötigt, fertigt das Unternehmen im eigenen Haus auf Maschinen, die von Grob konstruiert worden sind. Das ist ein enorm hoher Wert. Im Durchschnitt liege er bei 30 bis 50 Prozent, sagt German Wankmiller. „Das verschafft uns eine hohe Flexibilität, weil wir kaum auf Zulieferer angewiesen sind und uns schnell anpassen können. Wir verlieren kaum einen Auftrag, weil wir nicht termingerecht liefern können.“

Mittelfristig soll Grob moderat weiter wachsen, der Umsatz auf 1,2 bis 1,3 Milliarden Euro steigen. Firmeninhaber Burkhart Grob trägt die Ziele der Geschäftsführung voll mit. „Die Firma ist seine Leidenschaft. Alle Gewinne werden in die Grob-Gruppe reinvestiert“, betont German Wankmiller.

Alle Gewinne werden in die Grob-Gruppe reinvestiert
G. Wankmiller

Das Wachstum von Grob ist in Mindelheim nicht zu übersehen. Es wird rege gebaut. Von German Wankmillers Büro aus hat man einen guten Überblick über das Werk. Dort erkennt man auch, dass die Firmenlenker weit in die Zukunft denken. Der Vorsitzende der Geschäftsführung deutet mit der Hand auf einige Wiesen im Hintergrund – künftiges Bauland, damit die Grob-Gruppe weiter wachsen kann. **Florian Christner**

www.grobgroup.com

Das leisten wir für die deutsche Wirtschaft

Der BAP. Der Verband der Personaldienstleister.

Die Leistungen der Branche

- Wir sind eines der wichtigsten Flexibilisierungsinstrumente für die deutschen Unternehmen.
- Wir unterstützen die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
- Wir sind ein wichtiger Baustein im Strategiegefüge besonders erfolgreicher Unternehmen.
- Wir tragen deshalb mit dazu bei, dass sich die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung international erfolgreich behaupten kann.

BAP
Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister

Universitätsstraße 2-3a
10117 Berlin
Telefon 030 206098-0
Fax 030 206098-70
info@personaldienstleister.de
www.personaldienstleister.de

Aus Tradition offen für Ideen

Erfindungen waren stets der Motor für die Entwicklungen Nürnbergs und der NürnbergMesse – Von Roland Fleck und Peter Ottmann

Die Halle 3A der NürnbergMesse, geplant von der Star-Architektin Zaha Hadid, ist die neue Visitenkarte am Messestandort. Bild: Heiko Stahl/NürnbergMesse

Sieht man sich die Entwicklung Nürnbergs an, so wird schnell deutlich, dass Innovationen stets der Motor für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadt waren. Denn Nürnberg ist nicht nur die Stadt der Meistersinger, es ist vor allem die Stadt der Meisterhändler, -künstler und -handwerker. Bestehende Produkte verbessern oder völlig neue Ideen in die Realität umsetzen: Das konnten die Nürnberger besonders gut. Hinzu kam die Fähigkeit der Nürnberger Handwerker, neue Erfindungen und deren Bedeutung schnell und richtig einschätzen zu können, und sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Immer neue Ideen und Erfindungen – nur beispielhaft seien erwähnt: Taschenuhr, Globus, Holzschnitt, Bronzeguss, Klarinette, Schulatlas, erste deutsche Eisenbahn – kamen aus der freien Reichsstadt, wofür man die Nürnberger bewunderte. Aus dieser Bezeichnung wurde schließlich der „Nürnberger Witz“, der bis heute für den Einfallsreichtum der Nürnberger steht.

Wichtige Voraussetzung für diese Erfindungen war, dass in der Stadt Waren und Rohmaterialien in ausreichender Quantität und Qualität existierten. Bereits während des Hochmittelalters hatten es die Nürnberger Händler verstanden, die zentrale Lage der freien Reichsstadt in Europa strategisch zu nutzen. „Nürnberger Tand“ wurde in alle wichtigen europäischen Städte gebracht und dort verkauft. Im Gegenzug erhielten die Händler exotische Waren, die sie mit nach Nürnberg nahmen. Außerdem brachten sie etwas noch viel Wertvolleres mit: Das Wissen und die Technik aus allen Ecken der Welt. Diese Erkenntnis gilt bis heute.

„Stehaufmännchen“

Denn allem schmerzhaften Strukturwandel der jüngeren Vergangenheit zum Trotz ist Nürnberg ein unverwüstliches „Stehaufmännchen“ und gilt heute als Erfolgsstory – gerade wegen des gelungenen Mixes aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. So ist die Metropolregion Nürnberg hervorragend in den Branchen Medizin, Logistik, Automatisierung und Soziales aufgestellt und verknüpft diese Stärken, eingebunden in enge regionale Netzwerke, wie die seit zehn Jahren erfolgreich tätige Kongress-Initiative, auch mit Themen am heimischen Messe- und Kongress-Standort.

Die Messe zählt längst zu den Top Ten in Europa
Roland Fleck

Die eigene Marke „Nürnberg-Convention“ bildet hierbei eine kongeniale Verknüpfung, greift sie doch die genannten Wirtschaftsbereiche in definierten Veranstaltungs-Clustern auf – allesamt Branchen, in welchen die Metropolregion Nürnberg hervorragend positioniert ist. So weist sie beispielsweise eine in Deutschland einzigartige Konzentration an pharmazeutischen Herstellern, medizinischen Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Kliniken und Dienstleistern im Bereich Medizin und Gesundheit auf. Über 250 mittelständische Unternehmen sowie die Global Player Siemens Healthcare und Novartis Pharma sind in der Region ansässig. Ihre Leistungsfähigkeit und Innovationskraft bündeln sie im Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN).

Messe- und Kongress-Stadt

Diese enge thematische Verbindung zwischen wirtschaftlichen Stärken einerseits und der Marke „Nürnberg Convention“ andererseits setzt sich konsequent in der Erfolgsgeschichte der NürnbergMesse fort. Das Unternehmen, an dem der Freistaat Bayern, die Stadt Nürnberg sowie die Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer als Gesellschafter fungieren, wächst sehr dynamisch und zählt inzwischen zu den Top Ten in Europa. Das 1. Quartal 2014 war das erfolgreichste in der Geschichte der NürnbergMesse: In den ersten drei Monaten eines Jahres konnten noch nie mehr Aussteller, Besucher und verkaufte Ausstellungsfläche im Messezentrum Nürnberg verzeichnet werden als zu Beginn dieses Jahres. Diese positiven Quartalszahlen bestätigen damit den eingeschlagenen Unternehmenskurs, der eine dynamische Weiterentwicklung der Nürnberg-Messe Group in klar definierten Wachstumsfeldern vorsieht.

Zu diesen Wachstumsfeldern gehört neben dem Ausbau und der Stärkung des Messestandorts Nürnberg das internationale Geschäft der Unternehmensgruppe. Eigene Tochtergesellschaften hat die NürnbergMesse in Brasilien, China, Indien, Italien und Nordamerika. Ergänzt wird das Auslandsengagement durch 50 Auslandsvertretungen, die in über 100 Ländern und Märkten der Welt präsent sind.

Nürnberg ist eng mit seinen Innovationen verbunden
Peter Ottmann

Strategisches Ziel der NürnbergMesse ist es hierbei, den weiteren Ausbau der bisherigen Marktposition zu erreichen. Ausgehend vom erfolgreichen Messestandort Nürnberg soll über strategische Partnerschaften in geeigneten Wachstumsregionen der Welt das Auslandsgeschäft kontinuierlich erweitert werden.

Export-Unterstützung

Damit spielt die NürnbergMesse eine wichtige Rolle gerade auch für mittelständische Unternehmen, die im internationalen Geschäft tätig sind. Die NürnbergMesse unterstützt intensiv die mit ihr verbundenen Unternehmen und Aussteller bei der Positionierung von erfolgreichen Messe-Themen in für die Exportwirtschaft wichtigen Wirtschaftsregionen weltweit. Als Messegesellschaft ist sie zudem besonders erfolgreich im Aufbauen entsprechender Netzwerke in diesen Märkten. Beispiele sind die „Biofach“, mit der Leitmesse in Nürnberg und „Biofach“-Ablegern in Brasilien, China, Indien, Japan und den USA, sowie das „Powder & Bulk Network“ und die „Global Fair Alliance“, ein Verbund weltweit führender Fachmessen rund um das Thema „Fenster und Fassade“. Darüber hinaus organisiert die NürnbergMesse im Auftrag von Bund und Freistaat Bayern geförderte Messebeteiligungen für exportorientierte Unternehmen.

Innovation „Halle 3A“

Abgerundet wird die dynamische Entwicklung der NürnbergMesse durch eine neue Visitenkarte am Messestandort Nürnberg – die Halle 3A. Geplant wurde sie vom Büro der renommierten Londoner Star-Architektin Zaha Hadid, die bis dahin noch keine Messehalle gebaut hatte. Doch neben den optischen Reizen punktet die innovative Nürnberger Messehalle, deren Bausumme sich auf insgesamt 37 Millionen Euro beläuft, vor allem mit „inneren Werten“ und intelligentem Interieur. Sie zeichnet sich aus durch neueste Standards im Bereich Energieeffizienz, modernen Einsatz von LED-Beleuchtung und Spitzenwerten für das tägliche Messegeschäft. Alleine im ersten Jahr ihres Bestehens wird die neue Halle 3A acht Mal ausgebucht sein: Ein klares Zeichen dafür, dass der Ausstellermarkt sie hervorragend annimmt – und gleichzeitig „Turbo“ für die aktuelle Unternehmensentwicklung der NürnbergMesse.

Kontinuierliches Erfinden und Weiterentwickeln – kurzum: Innovationen – sind unweigerlich verbunden mit der Entwicklung Nürnbergs. Als Marktplatz für Unternehmen und Treffpunkt von 1,3 Millionen Menschen pro Jahr ist der Messe- und Kongress-Standort Nürnberg zentrale Drehscheibe in Bayern.

Der volkswirtschaftliche Nutzen für die Region ist dabei wiederum nicht zu unterschätzen: Alleine im vergangenen Jahr dürfte der Umsatz der NürnbergMesse regionalwirtschaftliche Effekte von über einer Milliarde Euro zur Folge gehabt haben. Den Innovationen sei Dank!

Roland Fleck und Peter Ottmann leiten die Geschäfte der NürnbergMesse GmbH.

Rückgrat des Mittelstandes

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind Innovationstreiber der regionalen Wirtschaft – Von Michael Braun

In der vergleichsweise kurzen Zeit seit ihrer Gründung in den 1970er und 1990er Jahren haben sich die heutigen Hochschulen für angewandte Wissenschaften immer wieder neu erfunden. Sie haben sich dynamisch weiterentwickelt – quantitativ, qualitativ und inhaltlich – und sie erfüllen in der akademischen Lehre, in der angewandten Forschung und Entwicklung sowie in der Weiterbildung vielfältige Aufgaben auf international hohem Niveau. Gleichzeitig sind sie der Schlüsselpartner der stark mittelständisch geprägten bayerischen Wirtschaft.

17 staatliche und zwei kirchliche Hochschulen tragen mit ihrem dichten Netz wissenschaftlicher Einrichtungen wesentlich zur Schaffung guter Standortbedingungen und gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern bei. Die Hochschulstandorte sind von den meisten Gemeinden aus in weniger als 50 Kilometer Entfernung zu erreichen. Sie garantieren damit bayerischen Studieninteressenten einen hervorragenden räumlichen Zugang zu Hochschulbildung und sozialem Aufstieg. Umgekehrt bieten die Hochschulen in den Metropolen und in den ländlichen Räumen interessante Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus aller Welt und sind damit selbst wichtige Arbeitgeber. Im Jahr 2012 waren an den 19 bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften knapp 14 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Hochschulen sind wichtige Arbeitgeber
Michael Braun

Im vergangenen Wintersemester 2013/2014 hatten sich in Bayern mit 110 000 Studentinnen und Studenten knapp ein Drittel aller Studierenden an Hochschulen für angewandte Wissenschaften eingeschrieben – so viele wie nie zuvor. Die Hochschulen haben seit dem Beginn des Ausbauprogramms 2008 nicht nur überproportional zur Schaffung neuer Studienplätze beigetragen. Das Profil der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, das vielfältige Studienangebot, die Verknüpfung exzellenter, berufsqualifizierender Lehre mit anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung verbunden mit dem obligatorischen Praxissemester, spricht eine breite Zielgruppe an und ist für Studieninteressierte mit Abitur genauso interessant wie für beruflich Qualifizierte. Die Abschlüsse sind denen an Universitäten gleichgestellt, die Absolventinnen und Absolventen bleiben aber zu einem höheren Prozentsatz in der Region der jeweiligen Hochschule. In immer größerer Zahl erreichen sie auch die höchste akademische Qualifikationsstufe, die Promotion.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bieten interessante Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiter. Bild: kasto / Fotolia.com

Regionale Forschungsverbünde und Innovationsnetzwerke wie zum Beispiel die Technologie-AllianzOberfranken (TAO) oder der Energie Campus Nürnberg (EnCN) beleben wesentlich die bayerische Forschungslandschaft. Bayerische Hochschulen für angewandte Wissenschaften arbeiten hier eng mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen. Hinzu kommen bayernweit 15 eigene Technologietransferzentren.

Seit der Gründung der ersten Zentren im Jahr 2009 kooperieren dort Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit Unternehmen in den Kompetenzfeldern der jeweiligen Region. Sie stehen damit auch für volkswirtschaftlich wichtige Transferleistungen innerhalb der Wertschöpfungskette. Dabei sind regionale Verankerung und internationale Wirkung kein Widerspruch.

Das Technologie Netzwerk Allgäu steht beispielsweise am Standort Kempten regionalen Firmen im Bereich Elektromobilität als Forschungs- und Entwicklungspartner zur Verfügung und liefert ingenieurwissenschaftliches Know-how und wichtige Impulse zur Umsetzung innovativer Ideen. Der Schwerpunkt des Weidener Technologie-Campus liegt dagegen auf der medizintechnischen Forschung.

In den Technologietransferzentren und den Hochschulinstituten wird nicht nur wissenschaftlich gearbeitet, die Erkenntnisse fließen unmittelbar zurück in die Lehre. Sie sichern deren Qualität und Aktualität, inspirieren die Studierenden, eigene Ideen beizutragen, und motivieren sie in immer größerer Zahl auch zu Unternehmensgründungen. Die Förderung junger Gründer durch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, wie sie beispielsweise im „Strascheg Center for Entrepreneurship“ der Hochschule München erfolgt, bestätigt diesen Ansatz. Fast 300 direkte Ausgründungen mit über 800 neu entstandenen Arbeitsplätzen in den letzten Jahren untermauern die Inkubatorfunktion der bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Nicht zu Unrecht gelten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften als Bayerns Rückgrat der Regionen.

Prof. Dr. Michael Braun ist Präsident der Technischen Hochschule Nürnberg und Vorsitzender von Hochschule Bayern e.V., dem Verbund der bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Theoretischer Input für die Region

Universität Passau setzt auf Wissensaustausch mit der Wirtschaft

Passau – Die Zeiten, in denen Wissenschaftler alleine in ihrer akademischen Welt vor sich hinforschten, sind vorbei. Längst haben die Hochschulen erkannt, dass sie sich nach außen hin öffnen müssen, um Theorie und Praxis in einen fruchtbaren Austausch zu bringen. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Passau hat dies frühzeitig erkannt und bereits 2011 eine Initiative zum Wissenstransfer von der Universität in die Wirtschaft und zurück gegründet.

Leiten ließ sich Initiatorin Carola Jungwirth, Inhaberin des Lehrstuhls für Internationales Management, dabei von der Frage, wie die historisch bedingt strukturschwache Region Passau ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit nachhaltig verbessern kann. Mit dem damals „Wissensinitiative Passau Plus“ getauften Projekt setzte sie sich zusammen mit einem kleinen Team zum Ziel, Mittelständler der Region für betriebswirtschaftliche Themen und den globalen Wettbewerb fit zu machen. Dabei suchen die Teilnehmer nach betriebswirtschaftlichen Problemen vor Ort oder lassen sich diese von der IHK oder vom Wirtschaftsforum zutragen.

Innerhalb der Universität werden dann Partner-Lehrstühle gesucht, die mit wissenschaftlichen Methoden praxisnahe Forschungsergebnisse hervorbringen. „Das so generierte Wissen wird im Rahmen öffentlicher Netzwerkveranstaltungen als Transferleistung an Unternehmen weitergegeben – in Form von Geschäftsideen, innovativen Produkten und Dienstleistungen“, erklärt Projektmanager Robert Richter.

Carola Jungwirth (2.v.r.) und Robert Richter (3.v.l.) erhielten den Ehrenamtspreis der CSU Passau, überreicht vom früheren Bundesminister Hans-Peter Friedrich (3.v.r.) im Beisein der Passauer Politiker Gerhard Waschler (l.) und Andreas Scheuer (r.) sowie des Laudators Stefan Ostermaier (2.v.l.). Bild: fkn

Mit diesem Konzept hatte die Projektgruppe von Anfang an durchschlagenden Erfolg: 2012 erhielten Jungwirth und Richter dafür den Ehrenamtspreis der CSU Passau. Anfang 2014 zeichnete das Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) die Einrichtung als „Best Practice“-Projekt aller vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gesponserten Projekte aus. Nachdem die ESF-Förderung Ende April ausgelaufen ist, lebt die Netzwerkinitiative nun seit Mai als „Wissensinitiative WiWi“ in der fest eingerichteten Wissenstransfer- und Unternehmenskontaktstelle der Wirtschaftswissenschaftlichen (WiWi) Fakultät weiter.

Auf das Erfolgsmodell ist auch die Universitätsleitung stolz. Denn als typische Win-Win-Situation würden auch die daran beteiligten Studierenden bei ihrer Arbeitsplatzsuche durch die Kontakte mit der Wirtschaft profitieren, freut sich Präsident Burkhard Freitag. Für Jungwirth gilt: „Wichtig ist uns die Erkenntnis, dass Wissenstransfer nicht als Einbahnstraße von der Universität zu den Unternehmen, sondern nur im Dialog funktioniert.“ **dia**

DREI FRAGEN AN...

... **Jürgen Fenske**, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Bayernkurier: Die Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ macht sich für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur stark. Warum ist das so wichtig?

Jürgen Fenske: Wir alle sind auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Gut ausgebaute Verkehrswege sind die Voraussetzung dafür, dass wir jeden Tag mobil sind und unsere Wirtschaft arbeiten kann. Es wird aber in Deutschland seit Jahren zu wenig in Erhalt und Ausbau investiert. Daher haben sich über 50 Verbände, Institutionen und Firmen zu der Initiative zusammengeschlossen, um auf den Sanierungsbedarf aufmerksam zu machen.

Jürgen Fenske

Bayernkurier: Welche Akzente setzt die Initiative 2014?

Fenske: Die Aktivitäten in diesem Jahr stehen ganz im Zeichen des Dialogs vor Ort. Wir gehen mit einer Reihe von Länderkonferenzen in die Bundesländer und Stadtstaaten, da dort die Auswirkungen einer mangelhaften Verkehrsinfrastruktur täglich spürbar sind. Wir sind der Meinung, dass die Menschen vor Ort am besten beurteilen können, wo die größten Engpässe liegen. Die Veranstaltungen in Bremen, Baden-Württemberg, NRW und Hamburg haben gezeigt, dass die Bürger viele gute Ideen haben.

Bayernkurier: Wie sind Ihre Erwartungen an die Länderkonferenz in München?

Fenske: München ist die Großstadt in Deutschland, deren Bevölkerung am stärksten wächst. Mit der Konsequenz, dass die Verkehrsinfrastruktur – vor allem der ÖPNV – an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Hier muss dringend investiert werden, doch es fehlen die Mittel. Aber nicht nur der Ballungsraum München ist betroffen, in ganz Bayern hält das Straßen- und Schienennetz dem stark steigenden Verkehr nicht mehr stand. Ich hoffe daher, dass wir gemeinsam Ansätze entwickeln, wie die Verkehrsinfrastruktur und damit auch die Lebensqualität der Menschen verbessert werden kann.

Verkehrswege ausbauen

Initiative sieht großen Handlungsbedarf – Konferenz in München

München – Bayern braucht eine Offensive, die für eine Modernisierung sowie einen gezielten Ausbau der Verkehrswege sorgt. Das fordert die Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“, hinter der rund 50 Verbände, Institutionen und Firmen aus den Bereichen Transport und Logistik stehen. Die Initiative lädt für den 16. Juli zu einer Länderkonferenz in die Münchner Residenz ein.

Bild (fkn): MVG / Kerstin Groh

Wenn die Verkehrsinfrastruktur und der Öffentliche Personennahverkehr an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, sinkt die Lebensqualität rapide.

Bayern ist Flächenland und Ballungsraum zugleich. Als größtes Bundesland ist Bayern einerseits geprägt von ländlichen und dünnbesiedelten Strukturen, gleichzeitig leben allein in den beiden Metropolregionen München und Nürnberg mehr als neun Millionen Menschen – mit steigender Tendenz. Allerdings werde der Zustand von Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen zunehmend zum Engpassfaktor für eine zukunftsfähige Entwicklung, betont die Initiative, die maßgeblich vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) getragen wird.

Bayerns Wachstumsregionen benötigten daher eine angemessene und vorausschauende Beseitigung von Engpässen im Personen- und Güterverkehr, Bayerns ländliche Räume seien auf eine Grundversorgung an Mobilität angewiesen, um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger zu gewährleisten. Der Freistaat brauche daher eine Infrastrukturoffensive, die für eine Modernisierung sowie einen gezielten Ausbau der Verkehrswege sorge, so die Initiative. Dies betreffe den Aus- und Neubau von Straßen- und Schienenverbindungen, die Sanierung von Verkehrsbauwerken wie Brücken und Tunnels, die Verbesserung der Transportketten und die Sicherstellung der Grundversorgung im ländlichen Raum.

Notwendige Voraussetzungen für alle Maßnahmen seien die Sicherstellung verlässlicher Finanzierungsgrundlagen, eine verkehrsträgerübergreifende integrierte Verkehrsplanung, eine transparente Bürgerinformation sowie die Sicherstellung einer hohen Lebensqualität für alle Bürger durch weitgehende Lärm- und Umweltschutzmaßnahmen, so die Initiative. **BK**

www.infra-dialog.de/bayern
www.damit-deutschland-vorne-bleibt.de

MACHEN SIE MIT!

Wie lässt sich die Verkehrsinfrastruktur in Bayern und in der Metropolregion München verbessern? Welche Verkehrsprobleme nerven im Alltag besonders? Im Vorfeld der Länderkonferenz der Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ sind alle *Bayernkurier*-Leser aufgerufen, ihre Ideen und Vorschläge für eine bessere Verkehrsinfrastruktur einzubringen. Und so geht's: Geben Sie Ihren Vorschlag auf der Seite *www.infra-dialog.de/bayern* ein. Klicken Sie dann einfach an, ob Sie an der Länderkonferenz in München teilnehmen möchten. Insgesamt 30 Bürger werden eingeladen. Die Teilnehmer diskutieren neben anderen mit Bayerns Verkehrsminister **Joachim Herrmann**. Die Länderkonferenz Bayern findet am **Mittwoch, 16. Juli,** ab **17.30 Uhr** im **Max-Joseph-Saal** der **Residenz München** statt (Zugang Kapellenhof). Neben Joachim Herrmann und weiteren Politikern sowie Vertretern von Verkehrs- und Wirtschaftsverbänden und der Deutschen Bahn hat auch der Augsburger Oberbürgermeister **Kurt Griebl** sein Kommen zugesagt. **BK**

...AUF SCHIENE UND STRASSE. DER KNORR-BREMSE KONZERN IST DER WELTWEIT FÜHRENDE HERSTELLER

von Bremssystemen für Schienen- und Nutzfahrzeuge. Als technologischer Schrittmacher treibt das Unternehmen seit über 100 Jahren maßgeblich die Entwicklung moderner Bremssysteme voran.

Mit seinen Produkten leistet Knorr-Bremse rund um den Globus einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit der Menschen auf Schiene und Straße. Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit vertrauen Tag für Tag den Systemen von Knorr-Bremse. | www.knorr-bremse.com |

KNORR-BREMSE

Kochen ohne Feuerholz

Rehau entwickelt Mikrobiogasanlage für Entwicklungsländer

Rehau – Die Mikrobiogasanlage „Rehau HomeGas“ der Firma Rehau aus der gleichnamigen Stadt in Oberfranken wurde mit dem Deutschen Ideenpreis 2014 in der Kategorie „Umwelt-Idee“ ausgezeichnet. Die Anlage ist laut Rehau, Spezialist für polymere Werkstoffe, eine Entwicklung aus den eigenen Reihen und orientiert sich in ihrer Funktionsweise stark an den Bedürfnissen der Menschen in Entwicklungsländern. Gemäß dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe vermitteln“ werden für den Betrieb der Anlage jene Ressourcen genutzt, die dem Land und den Menschen vor Ort zur Verfügung stehen: Die Anlage wird mit dem Dung von Kühen beschickt.

„Bei der Entwicklung der Anlage war es unser Ansatz, in Zusammenarbeit mit der Stiftung ‚Sauti Kuu‘ von Dr. Auma Obama, ländliche Gebiete als attraktiven Lebensraum im Einklang mit der Natur zu festigen, die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern und der Landflucht entgegenzuwirken“, unterstreicht Ernst-Otto Zippel, Rehau Sales Manager und Initiator des prämierten Projekts. Der Erfolg gibt dem Unternehmen recht: In Afrika kochen bereits mehrere Familien erfolgreich mit den ersten Versuchsanlagen von Rehau.

Installation und Bedienung der Mikrobiogasanlage gestalten sich für die Menschen in Entwicklungsländern einfach. Mit der in der Anschaffung kostengünstigen Anlage wird eine beständige Gasflamme produziert, die das Kochen ohne Feuerholz ermöglicht. So gelangen weniger klimaschädliches Kohlendioxid und Methangas in die Atmosphäre und Atemwegserkrankungen aufgrund starker Rauchentwicklung in den Häusern wird vorgebeugt. Weiterer positiver Nebeneffekt: Durch das System von Rehau entfällt das zeitaufwendige Sammeln von ohnehin knappem Feuerholz und den Kindern und Jugendlichen bleibt mehr Zeit für Schulbildung. Eine zusätzliche Einnahmequelle durch Milchverkauf wird durch die Anschaffung von Kühen ebenfalls gefördert. Die möglichst flächendeckende Verbreitung des Anlagenkonzepts in Kenia geht Rehau jetzt mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) an.

Der 2011 vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft (DIB) initiierte und seitdem jährlich verliehene Award ist den Leitsätzen Innovation, Kreativität und Verantwortung verpflichtet. In der Laudatio heißt es, die Mikrobiogasanlage von Rehau überzeuge unter anderem hinsichtlich ihres gesellschaftlich-kulturellen sowie ökologischen Mehrwerts. **BK**

Rehau-Manager Ernst-Otto Zippel ist der Initiator der Mikrobiogasanlage für Afrika. In Kenia laufen bereits einige Versuchsanlagen. Bild: Rehau

Die dritte Säule der Fernsehwelt

Sky-Vertriebsvorstand Holger Enßlin im *Bayernkurier*-Interview: „Pay-TV hat sich in Deutschland etabliert“

München – Nein, wirklich beliebt ist das System Pay-TV bei den Deutschen noch immer nicht. Dennoch vermelden die Anbieter – allen voran Branchenprimus *Sky Deutschland* – ständig steigende Abo-Zahlen. Im Interview mit Dominik Sauter spricht *Sky*-Vertriebsvorstand Holger Enßlin über die Gründe für den Pay-TV-Boom, die vermeintliche Schwäche der frei empfangbaren Konkurrenz, und das Zukunftsmedium Internet-TV.

Wachsende Abo-Zahlen und steigender Zuspruch: Pay-TV-Anbieter wie Sky sind in Deutschland auf dem Vormarsch. Bild: M. Roehrl / action press

Bayernkurier: Pay-TV ist ein wachsender Markt in Deutschland, *Sky* ist der Branchenführer. Schreibt *Sky Deutschland* mittlerweile schwarze Zahlen? Wieviele Abonnenten haben Sie mittlerweile?

Holger Enßlin: Wir haben 2013 mit dem ersten positiven EBITDA einen finanziellen Meilenstein in der Unternehmensgeschichte erreicht, haben also vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen bereits schwarze Zahlen geschrieben. Für 2014 erwarten wir ein positives Gesamtjahres-EBITDA bei einem kontinuierlich hohen Umsatzanstieg. Und zu unseren Kunden: Wir haben über 3,7 Millionen Abonnenten und rechnen in diesem Jahr mit einem Netto-Kundenwachstum zwischen 40 0000 und 450 000, sind also auf einem sehr guten Weg. Aufgrund dieses Erfolgs hat sich das Pay-TV in Deutschland mittlerweile neben dem gebühren- und werbefinanzierten Fernsehen als dritte Säule der TV-Unterhaltung etabliert.

Bayernkurier: Denken Sie, dass die wachsende Unzufriedenheit mit dem kostenlos empfangbaren Fernsehen in Deutschland ein Grund für die steigenden Abonnentenzahlen ist?

Enßlin: Den Erfolg von *Sky* machen drei Faktoren aus: Erstens das vielfältige Programmangebot mit Live-Sport, Blockbustern, Serienhits, Kinderprogrammen und Dokumentationen. Das gibt es in der Form nirgendwo anders in Deutschland. Der zweite Faktor ist unser Kundenservice, der in der Vergangenheit mehrfach ausgezeichnet wurde. Und als letztes Puzzleteil führen unsere On-Demand-Angebote wie *Sky Go, Sky+* oder *Sky Anytime* zu einer höheren Kundenzufriedenheit.

Pay-TV ist zur dritten Säule geworden
Holger Enßlin

Bayernkurier: Denken Sie, dass *Sky* auch ohne die Exklusivübertragungen der Fußball-Bundesliga erfolgreich wäre?

Enßlin: Nachdem wir uns die Bundesliga-Rechte bis zur Saison 2016/17 gesichert haben, stellt sich uns diese Frage aktuell nicht. Natürlich ist die Bundesliga ein großartiges Zugpferd für Pay-TV. Exklusivität ist ein wichtiges Gut für Sky: Neben der Bundesliga verfügen wir auch über die exklusiven Live-Übertragungsrechte in Deutschland und Österreich für die Champions League, Wimbledon oder sämtliche große Golfturniere. Aber wir sind auch bei Filmen und Serien sehr gut aufgestellt und haben Erstausstrahlungsrechte für die neuesten Blockbuster und preisgekrönte Serien. Diese Vielfalt macht *Sky* einzigartig. Wir bieten unseren Kunden ein unvergleichbares Portfolio – auch über die Bundesliga hinaus.

Bayernkurier: Wie schätzen Sie die Zukunft des Internet-TV ein, wie Sie es mit *SkyGo* bereits anbieten? Denken Sie, dass diese Technik das „klassische Fernsehen“ in absehbarer Zeit ablösen könnte?

Enßlin: *Sky Go* ist ein absolutes Erfolgsmodell: 24 Millionen Kunden-Logins allein im ersten Quartal 2014 sprechen eine deutliche Sprache. Seit April ist der Service für alle *Sky*-Kunden verfügbar Diese Tatsache und die Entwicklung von unserem neuen Dienst *Snap* zeigen, welch hohen Stellenwert Internet-TV bei uns schon heute genießt. Ich glaube aber nicht, dass dadurch das „klassische Fernsehen“ in absehbarer Zeit abgelöst wird. Prinzipiell werden sich die beiden „Fernseh-Arten“ in den nächsten Jahren ergänzen und voneinander profitieren. Unsere Kunden haben die freie Wahl, ob sie einen Film oder eine Serie lieber zum linearen Ausstrahlungstermin anschauen, auf dem Festplattenreceiver aufzeichnen und später genießen oder von unterwegs über *Sky Go* oder *Snap* gleich ansehen möchten. Bei uns existieren das „klassische Fernsehen“ und Internet-TV schon heute nebeneinander – und ergänzen sich.

KÜRZLICH GESEHEN

Zeit der Kannibalen, *im Kino*

Es ist nie gut, wenn man sich völlig von der Außenwelt abschottet. Denn dann verliert man den Bezug zur Realität. Genau das exerziert Johannes Naber in seinem exzellenten Film „Zeit der Kannibalen“ gekonnt durch. Öllers (Devid Striesow) und sein neurotischer Kollege Niederländer (Sebastian Blomberg) sind Berater und touren durch die Dritte Welt, um für ihre Kunden den maximalen Profit herauszuholen. Ihre Geschäftspartner behandeln sie wie Müll. Mal eben einen Auftrag über 120 Millionen Euro von Indien nach Pakistan verschieben? Kein Problem! Schicksale? Egal! Der Film spielt ausschließlich in den austauschbaren Räumen der Luxushotels, in denen Öllers und Niederländer ihr Ding durchziehen. So bleiben die Folgen ihres Handelns ebenso wenig greifbar wie ihr Auftraggeber, die „Company“ – auf die sich die beiden blind verlassen. Die wird sie aus jedem Land holen, wenn etwas schief geht. Dann geht tatsächlich etwas schief. Die abgeschottete Welt des Luxushotels implodiert, als die Schüsse auf einmal nicht mehr durch dreifach verglaste Fenster gedämpft werden. Aus arroganten Beratern werden kotzende Nervenbündel, die Angst um ihr Dasein haben. Ob sie die Attacke der Terroristen überleben werden? Egal! Der Kapitalismus hat sie längst fallen gelassen. **FC**

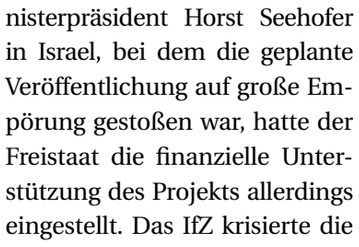


Bild: Farbfilm Verleih / fkn

Nutzer bleiben anonym

BGH-Urteil: Portale müssen User schützen

München – Betreiber von Internetportalen dürfen die Daten ihrer Nutzer auch dann nicht herausgeben, wenn diese die Persönlichkeitsrechte anderer verletzen. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Grundsatzurteil Anfang dieser Woche.

Ein Arzt hatte die Bewertungswebsite *Sanego* auf Herausgabe der Nutzerdaten eines Users verklagt, der den Arzt auf dem Portal besonders schlecht bewertet hatte. In seinem Beitrag schrieb der Nutzer, der Arzt habe ihm falsche Medikamente verabreicht und die Wartezeit betrage drei Stunden – beide Behauptungen konnte der Arzt als falsch entlarven und hatte daher auf Herausgabe der Daten geklagt, das Portal aber hatte sich geweigert, die Personendaten herauszugeben. Der BGH entschied nun zugunsten des Webportals. Nach Ansicht des höchsten deutschen Gerichts dürfe die Anonymität der Nutzer nur dann aufgehoben werden, wenn dieser explizit eingewilligt habe. Dem Kläger bliebe lediglich die Möglichkeit, die Löschung des betreffenden Eintrages zu verlangen. Nutzerdaten hingegen müssten Portalbetreiber lediglich gegenüber Polizeibehörden preisgeben, sofern dies für die Strafverfolgung oder zur Gefahrenabwehr erforderlich sei, sagten die Richter in ihrer Gerichtsbegründung. **dos**

„Mein Kampf“ bleibt unter Verschluss

Justizminister bekräftigen Verbreitungsverbot von Hitlers Hetzschrift

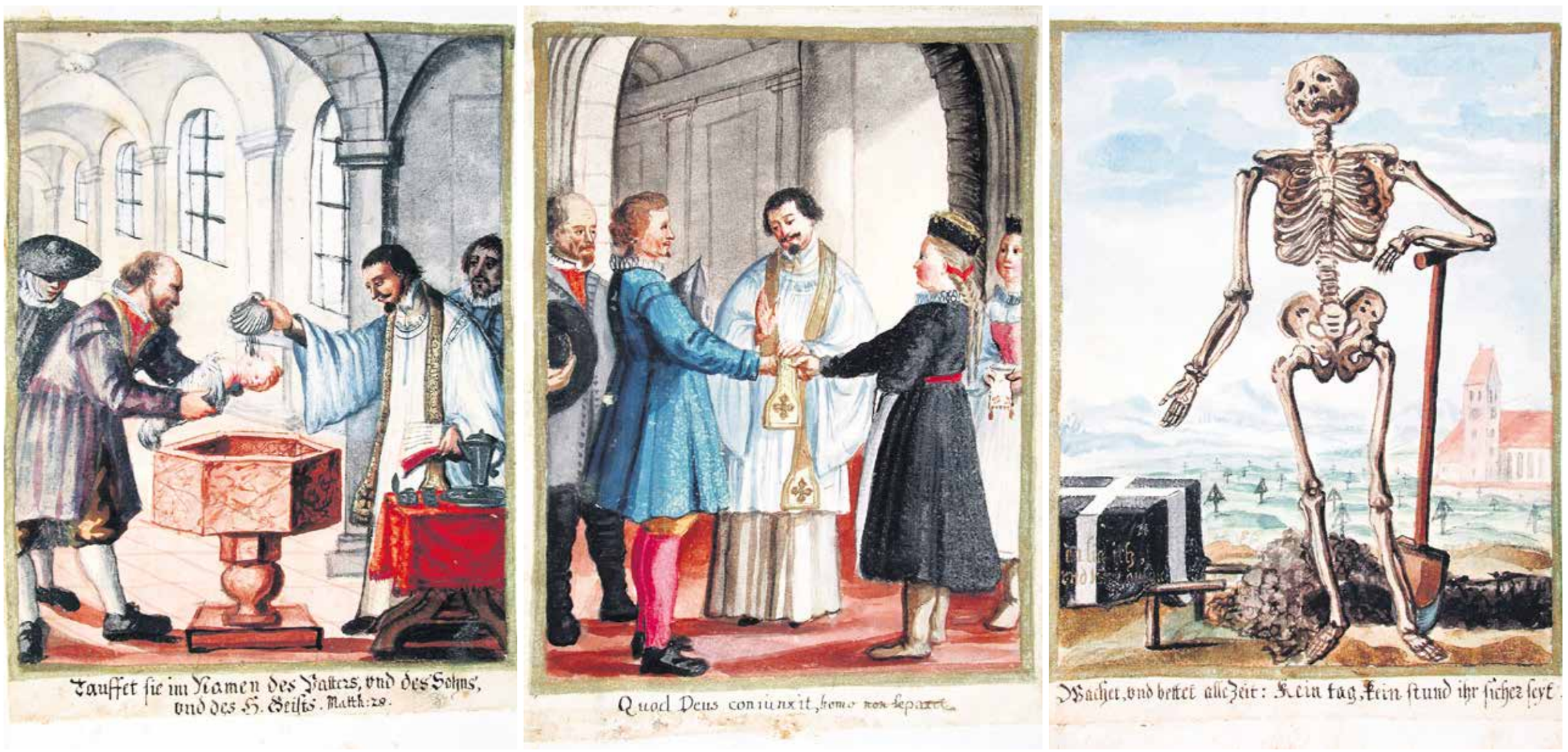
Binz – Adolf Hitlers NS-Pamphlet „Mein Kampf“ soll auch weiterhin verboten bleiben. Bei einer Konferenz der Justizminister der Länder bekräftigten Ressortchefs ihren Wunsch, die Verbreitung des Buches auch über 2015 hinaus verhindern zu wollen.

Ende kommenden Jahres laufen die Urheberrechte für die Hetzschrift aus, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beim Freistaat Bayern liegen. Ab 2016 könnten Verlage planen, „Mein Kampf“ nachzudrucken und zu verkaufen.

Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) geht allerdings davon aus, dass eine Veröffentlichung auch nach Ablauf der Urheberrechtsfrist verboten bleiben wird. Bausback sagte bei der Justizministerkonferenz in Binz, das Buch erfülle den Tatbestand der Volksverhetzung und sei außerdem verfassungsfeindlich. Daher könne auch weiterhin eine Veröffentlichung verhindert werden. Bausback kündigte an, die Generalstaatsanwälte der Länder würden nun zusammen mit dem Generalbundesanwalt die strafrechtliche Situation prüfen.

Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“ bleibt verboten. Bild: Wiki Commons

Ursprünglich hatte der Freistaat Bayern in Zusammenarbeit mit dem renommierten Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) an einer kommentierten Fassung des NS-Pamphlets gearbeitet, um unkommentierten Versionen zuvorzukommen. Nach einem Besuch von Ministerpräsident Horst Seehofer in Israel, bei dem die geplante Veröffentlichung auf große Empörung gestoßen war, hatte der Freistaat die finanzielle Unterstützung des Projekts allerdings eingestellt. Das IfZ krisierte die Entscheidung der Jusitzminister als „Symbolpolitik“, die zur weiteren Mystifizierung von „Mein Kampf“ beitrage. Winfried Bausback verteidigte den Beschluss. Das Buch sei „ein furchtbares Beispiel einer menschenverachteneden Schrift“. **dos**



Taufe, Trauung und Tod: In den Matrikelbüchern der Pfarreien wurden diese grundlegenden Stationen im Leben der Christen dokumentiert – eine ebenso unersetzliche wie ergiebige Quelle für Neuzeit-Historiker. Auf dem Konzil von Trient war die Führung der Matrikelbücher vorgeschrieben worden. Nur selten freilich wurden die Anlässe der Einträge so schön illustriert wie mit diesen Zeichnungen aus den Matrikeln der Pfarrei Schönau, gemalt jeweils um 1712.

Menschliche Dramen, akribisch notiert

Die Matrikelbücher der Pfarreien, vor 450 Jahren eingeführt, sind die umfassendsten Personenregister der Neuzeit

Aus dem Rahmen gefallen – und zwar ziemlich weit: Wer den Herzog Maximilian in Bayern, den Vater von Sisi, der späteren Kaiserin Elisabeth von Österreich, so charakterisiert, der tut ihm kein Unrecht: Ein bildungsbeflissener, unternehmungslustiger Mann, der von höfischer Etikette nicht viel hielt und, in vielerlei Hinsicht, nichts anbrennen ließ. Seine Ehe war unglücklich, über die Zahl seiner außerehelichen Abkömmlinge gibt es wilde Spekulationen. In seinem schicken Palais an der Münchner Ludwigstraße richtete er ein „Café chantant“ à la Paris ein, im Hof einen Zirkus, in dem er sich für seine Reiterkunststücke bejubeln ließ. Auf seiner berühmten Orientreise 1838 erklomm er die Cheops-Pyramide, um droben auf der Zither Schnadahüpfl zu spielen.

In Kairo besuchte er den Sklavenmarkt. In seinem Reisebericht empörte er sich, wie dort „Menschen gleich dem Vieh“ verkauft wurden, notierte aber auch: „Ich kaufte mehrere dieser Schwarzen, um sie mit nach Europa zu nehmen.“ Die fünf Buben im Alter von 12 bis 16 Jahren waren von arabischen Sklavenhändlern aus ihrer Heimat geraubt worden.

In München wurden sie im christlichen Glauben unterrichtet und am Karsamstag 1839 getauft. Dokumentiert ist diese öffentliche Feier in Anwesenheit von Domklerus und Volk ausführlich mit einem ausführlichen Eintrag im Taufbuch der Dompfarrei. Als Taufpate fungierte unter anderem Herzog Max persönlich.

Ebenfalls im Taufbuch des Dompfarramts findet sich ein besonders herzergreifender Eintrag zur Taufe eines Findelkindes. Die anonyme Mutter hatte den Buben vor der Haustür eines Münchner Kürschnermeisters abgelegt. Auf einem beigelegten Zettel war zu lesen: „Dieses Kind ist schon getauft worden. Acht Tage ist er alt. Ich bitte ihnen, ich konnte mir nicht anders helfen als das Kind nieder zu legen. Ich bitte ihnen, seien sie Mutter und Vatter zu den Kind. Gott wird ihnen schon helfen. Ich bitte ihnen, erbarm sie sich doch nur das arme Kind, dan ich bin ein armes Mädchen. Joseph heißt er.“

> **Getaufte Sklaven und Türken, uneheliche und Findelkinder – all das ist in den Matrikelbüchern festgehalten**

450 Jahre ist es jetzt her, dass das Konzil von Trient für die katholische Kirche die Führung von sogenannten Pfarrmatrikeln beschloss. Diese Verzeichnisse, Tauf-, Trauungs- und Sterbebücher, Firm- und Familienbücher und sogar Impfregister bieten hochinteressante Einblicke in die bayerische Kultur-, Kirchen-, Landes- und Sozialgeschichte. Die katholischen Pfarrer waren damals die Einzigen, die Geburten, Hochzeiten und Sterbefälle erfassten. Für die Kirche hatten diese Matrikeln große Bedeutung: Sie dokumentierten die drei grundlegenden Stationen im Leben eines Christenmenschen. Ein wesentliches Motiv für die Einführung war die Sicherstellung der Gültigkeit von Ehen.

Aber auch der bayerische Staat bediente sich dieser Dokumentationen. 1803 machte er die Pfarrmatrikeln zugleich zu amtlichen Personenstandsregistern und erließ präzise Vorschriften zu deren Führung. Er erhielt dadurch wertvolle Informationen: Etwa zur Erfassung der schulpflichtigen Kinder und der Wehrpflichtigen, über Krankheiten, über ärztliche Heilmethoden und die Durchführung der Pockenschutzimpfung. Das galt bis zur Einführung staatlicher Standesämter im Jahr 1876. Seitdem sind die Pfarrmatrikeln wieder rein kirchliche Amtsbücher.

Im Archiv der Erzdiözese München und Freising sind rund 10 000 Bände historischer Matrikeln aus allen Pfarreien des Erzbistums verwahrt. Sie bieten eine spannende Lektüre mit immer wieder unerwarteten Details. Etwa, wenn das Matrikelbuch der Pfarrei Ismaning im Jahr 1675 zur Abwechslung nicht über eine Trauung berichtet, sondern über die Auflösung eines Verlöbnisses. Der 44-jährige verwitwete Balthasar Schwanckhart und die 17-jährige Barbara Wilhelm hatten sich vor dem Pfarrer und vier Zeugen die Ehe versprochen. Schon bald plagten Zweifel die junge Braut, und am 7. Januar wurde das Verlöbnis gelöst. Erstaunlich ist, dass der Schwanckhart bereits zwei Tage später, am 9. Januar, eine neues Verlöbnis einging – und schon am 4. Februar fand die Trauung statt.

Einträge, die über zeitbedingte Schicksale und Lebenswege berichten, finden sich immer wieder. So etwa über die Wiederheirat des damals 62-jährigen Francois Cuvilliés, dessen erste Frau 1753 bei der Geburt ihres neunten Kindes gestorben war. Am 5. Februar 1758 ging der berühmte Rokoko-Baumeister seine zweite Ehe ein: Die Auserwählte des alten Mannes, war gerade 22 Jahre alt.

Cosmas Damian Asam, der elf Geschwister hatte, ehelichte zweimal Münchnerinnen und wurde seinerseits wieder Vater von 13 Kindern. Oder Maria Anna Petronilla von Obernberg, Richterfrau in Miesbach, zweimal verheiratet und Mutter von insgesamt 17 Kindern: Sie starb 42-jährig und zwar – kein Wunder – an einer „langwierigen Abzehrung“.

> **Von 1564 bis 1876 sind die Pfarrmatrikeln die einzige zuverlässige Quelle für Taufen, Trauungen und Todesfälle**

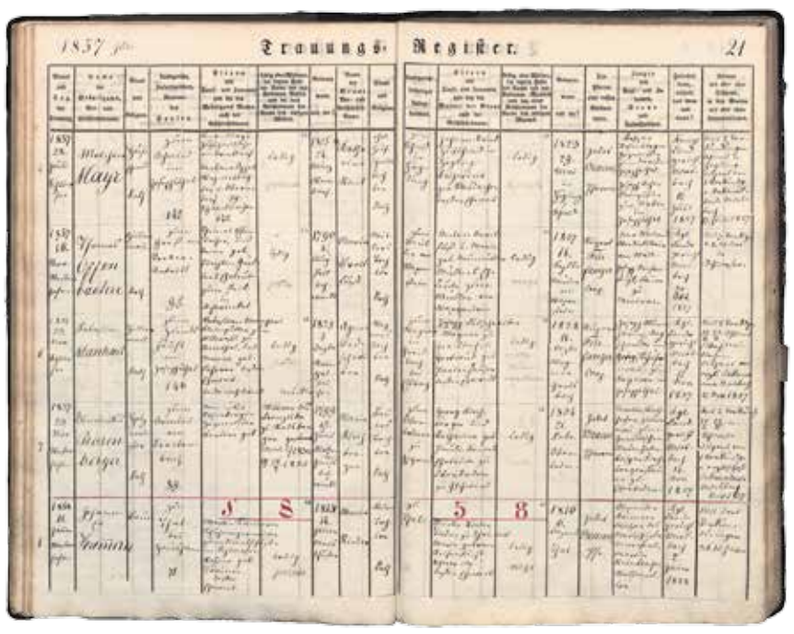
Im Familienbuch der Pfarrei Sittenbach kann man die Geschichte der Räuberfamilie Pascolini-Kneißl verfolgen. Das Ende ihres berüchtigten Sprosses Matthias Kneißl jr. ist dort als nachträglicher Eintrag festgehalten: Wegen Polizistenmordes wurde er am 21. Februar 1902 in Augsburg mit der Guillotine hingerichtet. Und auch das Wüten der Pest mitten im 30-jährigen Krieg in Oberammergau lässt sich durch einen Blick in das Sterbebuch der Pfarrei für die Jahre 1621 bis 1660 belegen. Starben in normalen Jahren zwischen sieben und 19 Personen, so waren es im Jahr 1633 immerhin 69 – eine außergewöhnliche Abweichung.

Weitere Stichworte: Kindersterblichkeit, Lebenserwartung insgesamt, Migration, der kirchliche Umgang mit Selbsttötungen, der erhebliche Anstieg der meist nichtehelichen („illegitimen“) Geburten, meist in den unteren sozialen Schichten. Denn heiraten durfte von Staats wegen im 19. Jahrhundert in Bayern nur, wer nachweisen konnte, dass genug Geld da war, um eine Familie zu unterhalten.

So lässt sich in den Matrikeln der Pfarrei Weyarn der von Illegitimität geprägte Lebensweg einer gewissen Elisabeth Babl lückenlos verfolgen. Im Alter von 22 Jahren gebar die Magd, selbst uneheliche Tochter eines Bauernsohns und einer Bauerntochter, ihr erstes uneheliches Kind. Kindsvater war der ledige, ebenfalls unehelich geborene Knecht Bartholomäus Gerg. Ein zweites Kind vom selben Vater folgte. Aus einer anschließenden langjährigen Beziehung mit dem Dienstknecht Franz Seraph Brand – auch er seinerseits unehelich geboren – gingen zwischen 1860 und 1869 fünf uneheliche Kinder hervor. 1870 gelang es den beiden, ein „Häusl“ zu erwerben – und endlich zu heiraten. Aus dieser Ehe gingen drei weitere, endlich legitime, Kinder hervor.

All diese Geschichten aus der „guten alten Zeit“ lassen sich ausschließlich dank der Matrikelbücher nachverfolgen. Gäbe es sie nicht, wären die meisten dieser Menschen heute vergessen.

Hans-Georg Becker



Bilder: Archiv des Erzbistums München und Freising/fkn (4)

Ein typisches Matrikelbuch: Das Trauungsregister von Schliersee 1857.

Archiv des Erzbistums München und Freising:
Leben, Lieben, Sterben – 450 Jahre Pfarrmatrikeln
München 2014, 5,00 Euro.
archiv@eomuc.de

Unvollendetes wird vollendet

München – Einige außergewöhnliche Musiktheaterprojekte der Bayerischen Staatsoper haben innerhalb der Münchner Opernfestspiele einen eigenen Rahmen erhalten: die Festspiele in der Reithalle vom 6. bis zum 31. Juli.

1946 schrieb Boris Blacher seine Kammeroper „Die Flut“, zunächst für den Funk, im Jahr darauf umgearbeitet für die Bühne. Der Inhalt basiert auf einer Erzählung Guy de Maupassants: Bei der Besichtigung eines Schiffwracks erleben drei Touristen die existenzielle Bedrohung durch die steigende Flut. Doch die Lebensgefahr macht sie nicht menschlicher und die Rettung nur begehrlicher. Eine düstere Metapher für die Nachkriegszeit?

„Zeisls Hiob“ heißt die Uraufführung einer bislang unvollendeten Oper des 1959 in Los Angeles gestorbenen Komponisten Erich Zeisl. Nach Paris emigriert, schrieb Zeisl 1939 im Gedenken an den Schriftsteller Joseph Roth die Musik für eine Bühnenfassung des Romans „Hiob“. Daraus wurde die dann unvollendete Oper. Jetzt hat Jan Duszynski die Oper auf eine überraschend reflektierende Art vollendet. Joseph Roths mit Gott hadernder, moderner Hiob verknüpft sich mit der Exil-Biographie des Dichters Roth, des Komponisten Zeisl und seines Librettisten Hans (John) Kafka. **W.J.M.**

„Die Flut“ von Boris Blacher wird am 6., 8. und 9. Juli in der Münchner Reithalle gezeigt, Heßstraße 132. „Zeisls Hiob“ läuft am 19., 21. und 23. Juli ebenfalls in der Reithalle. Alle Vorstellungen beginnen um 20 Uhr. Karten kosten 28 Euro normal und zehn Euro für Schüler und Studenten.

www.bayerische-staatsoper.de

Des Doktors Auferstehung

„Das Cabinet des Dr. Caligari“: Der Prototyp des Psychothrillers wurde digital restauriert

Wiesbaden – Ein Klassiker der deutschen Filmgeschichte ist auferstanden: Das Cabinet des Dr. Caligari. Die in Wiesbaden ansässige Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung hat den expressionistischen Stummfilm aus dem Jahre 1920 umfassend digital restauriert und auf DVD und Blu-ray herausgebracht. Der Film gilt als Meilenstein der Filmgeschichte.

Bild: Friedrich-Wilhelm-Murnau Stiftung, Wiesbaden

Angst und Hochspannung anno 1920: „Das Cabinet des Dr. Caligari“ ist im Stil des Expressionismus inszeniert.

Das vom Regisseur Robert Wiene inszenierte „Cabinet des Dr. Caligari“ zählt zu den berühmtesten Werken der Filmgeschichte. Es entführt den Zuschauer in eine schauerliche und bizarre Welt, erzeugt auf unnachahmliche Weise Angst und Hochspannung. Der Film gilt bis heute als Prototyp des Psychothrillers.

Die Handlung spielt in Holstenwall, einem Stadtteil von Hamburg. Auf dem dortigen Jahrmarkt tritt der Hypnosekünstler Dr. Caligari auf. Mit Hilfe seines Assistenten Cesare, eines Schlafwandlers, kann er zum Erstaunen des Publikums die Zukunft vorhersagen. Ein junger Mann namens Alan, dem Caligari einen baldigen Tod prophezeit, wird am nächsten Morgen ermordet aufgefunden. Alans Freund Francis findet heraus, dass Caligari den willenlosen Cesare einsetzt, um zu töten. Francis macht sich auf die Suche nach dem mysteriösen Doktor – und landet in einer Irrenanstalt.

Besonderen Reiz verleihen diesem Film die Kulissen und Kostüme. Sie sind im künstlerischen Stil des Expressionismus gestaltet: Antirealistische Formen, verzogene geometrische Figuren und aufgemalte Schatten erzeugen eine traumartige und beängstigende Atmosphäre. Herausragend sind auch die Schauspieler, vor allem Werner Krauß als Caligari und Conrad Veidt als Cesare. „Dr. Caligari“ ist ein Stummfilm, denn es war damals noch nicht möglich, Bild und Ton synchron aufzunehmen und abzuspielen. Zwischentitel machen die Handlung verständlich. Für zusätzliche Spannung sorgt die Begleitmusik von Giuseppe Becce.

> **Die Film-Negative des Dr. Caligari haben eine weite Reise hinter sich**

Alte Filme müssen durch Filmhistoriker aufwendig restauriert werden, damit sie wieder in neuem Glanz erstrahlen. Als Ausgangsmaterial für die Restaurierung dienen die Kamera-Negative: Sie enthalten alle Bildinformationen in derjenigen Ausprägung, die von Kameramann und Regisseur beabsichtigt war. Die Negative des „Dr. Caligari“ haben eine lange Reise hinter sich: Vom Berliner Reichsfilmarchiv, wo sie sich seit den 1930er Jahren befanden, wurden sie von den Russen als Kriegsbeute nach Moskau gebracht. Später gelangten die Negative in das Filmarchiv der DDR, schließlich nach der Wende in das Bundesarchiv, wo sie heute lagern. Das Filmmaterial hat im Laufe der Zeit gelitten: Kratzer, Verschmutzungen und Bildsprünge sind die Folge.

Die bisherigen Restaurierungsversuche aus den Jahren 1980, 1984 und 1994 konnten nur bedingt überzeugen. Nun hat die staatlich geförderte Murnau-Stiftung in Wiesbaden, die einen Großteil des deutschen Filmerbes verwahrt, eine neue Restaurierung vorgelegt: In zweijähriger Kleinstarbeit konnte mittels digitaler Bildbearbeitung eine Version hergestellt werden, die dem ursprünglichen Erscheinungsbild des „Dr. Caligari“ bestmöglich entspricht. Das Ergebnis wurde im Februar auf der Berlinale der Öffentlichkeit präsentiert. Soeben ist die restaurierte Fassung des „Dr. Caligari“ auf DVD und Blu-ray erschienen (bei Universum Film, Edition F. W. Murnau; Booklet mit 20 Seiten). Sie ermöglicht dem Zuschauer die Begegnung mit einem Meisterwerk des deutschen Films. **Daniel Carlo Pangerl**

www.murnau-stiftung.de

www.universumfilm.de

Andenken gesucht!

Augsburg – Das Haus der Bayerischen Geschichte hat ein Onlineportal zur Migrationsgeschichte in Bayern gestartet, um den Beitrag der im Ausland angeworbenen Arbeitskräfte – der lange Zeit so genannten Gastarbeiter – für Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Westdeutschland zu würdigen.

Das Dokumentartheaterstück „Gleis 11“, das Christine Umpfenbach und Paul Brodowsky 2010-2012 für die Münchner Kammerspiele realisiert haben, greift diese Thematik auf. Zeitzeugen schildern darin, wie sie die Ankunft als Gastarbeiter erlebt haben: Der Münchner Hauptbahnhof war die Drehscheibe für die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte über das gesamte Bundesgebiet.

Das Haus der Bayerischen Geschichte hat die Aufführung des Stücks dokumentiert. Neben einzelnen Spielszenen enthält der Videofilm auch Ausschnitte aus Interviews, die mit den Darstellern geführt wurden. Sie berichten von ihren Hoffnungen und Erfahrungen, als sie aus Italien, Griechenland, der Türkei, Jugoslawien oder Tunesien in die Bundesrepublik kamen. Videofilm und Interviews werden durch Fotos und Exponate ergänzt.

Das Haus der Bayerischen Geschichte bittet ehemalige Gastarbeiter oder ihre Kinder und Enkel, sich per Telefon unter 0821 / 3295-136 oder per E-Mail an *zeitzeugen@hdbg.bayern.de* zu melden, wenn sie Erinnerungsstücke aus der damaligen Zeit besitzen. **BK**

www.hdbg.de/gleis11

Karussell Corrupti

Zum 16. Mal tourt das „Kulturmobil“ durch das sommerliche Niederbayern

Landshut – Rund 500 Gastspiele und 1000 Vorstellungen hat das Kulturmobil schon hinter sich und dabei 300 000 Kilometer kreuz und quer durch Niederbayern zurückgelegt. Und die Beliebtheit nimmt nicht ab, was wegen des abwechslungsreichen Programms und der professionellen Inszenierungen nicht verwundert. Mit dem Kinderstück „An der Arche um acht“ und Nikolai Gogols „Der Revisor“ stehen diesen Sommer zwei renommierte Stücke auf dem Programm.

Der russische Klassiker auf Niederbayerisch funktioniert bestens. Regisseur Sven Hussock hat nicht nur ein ausgesprochenes Händchen, das Stück zu bajuwarisieren und gleichzeitig zu globalisieren. Er spielt nicht nur eine Rolle, sondern wie alle Schauspieler gleich mehrere. Schließlich bietet „Der Revisor“ eine volle Gesellschaftssatire quer durch den Alltag kleinbürgerlicher Vetternwirtschaft.

Munter kreiselt die Drehbühne der Korruption, zuweilen beängstigend schnell. Wer nicht aufpasst, fällt runter, was den Schauspielern einiges an sportlicher Energie abverlangt. Geschmiert wird zwar fleißig, aber am Schluss sind sie alle die Ausgeschmierten, wenigstens im Theater. Der Witz der Inszenierung in der Eindimensionalität der Figurenzeichnung, die alle zusammen ein uriges Karikaturenkabinett im Ausnahmezustand ergeben: Oberkorrupt der Bürgermeister (Andreas Bittl) und seine „Leute als Meute“ vom Richter über die Schulleiterin und den Spitalverwalter bis zum Postmeister, der kein Postgeheimnis ungelüftet lässt. „Große Klappe, alles Attrappe“, untermalt mit herrlich schrägem Blechsound aus dem Osten und viel Raum für Slapsticks.

Der russische Klassiker „Der Revisor“ auf Niederbayerisch: In der Inszenierung des Kulturmobils funktioniert das bestens. Bild: Harry Zdera

Die Schauspieler sind echte Profis. Mit Julius Bornmann in der Titelrolle kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Sein komödiantisches Verwandlungstalent passt perfekt für den Revisor, der keiner ist. Mit altmodischer Grandezza und verführerischem Schalk ist er der Macher, der alles kann. Er nutzt die Gunst der Stunde, leere Taschen zu füllen, Geld aufzuheben im Wortsinn, denn es wird dem vermeintlichen Revisor regelrecht vor die Füße gelegt. Hingerissen sind Mutter (Barbara Lackermeier) und Tochter (Cornelia Pollak), zwei hysterische Zicken, deren Einfältigkeit à la Commedia dell' arte konsequent überzeichnet wird. Schnoddrig lässig mimt Sebastian Gerasch als des Revisors Freund den Kontrasttyp von heute, daneben den naiven Bobtschinski, der mit Dobtschinski (Sven Hussock) herrliche Deppen-Nummern im Doppelpack liefert.

Für Kinder wird „An der Arche um acht“ von Ulrich Hub (Beginn 17 Uhr) gespielt. Drei Pinguine müssen die strenge Taube überlisten, um ausnahmsweise zu dritt auf die Arche zu kommen. **Michaela Schabel**

Das Kulturmobil fährt bis 7. September durch Niederbayern. Alle Termine:

www.kulturmobil.de

KULTURTIPP

Miltenberg
19. Theatertage Mildenburg
Rita will's wissen & Das tapfere Schneiderlein, Burg, **16. bis 26. Juli,** theatertage-mildenburg.com

Neunburg vorm Wald
Vom Hussenkrieg
Burgfestspiel, Burghof, **Premiere 5. Juli,** www.hussiten.de

Fürth
Vom Blatt lesen
14. Fürther Parklesungen, Fontänenbrunnen im Stadtpark, **11. bis 18. Juli,** fuerth.de

Eichstätt
Eichstätter Kulturtage
Musik, Kunst & Spektakel, Uni-Campus/Hofgarten, **bis 21. Juli,** www.eichstaetter-kulturtage.de

München
In Arbeit
DDR-Design – Sammlung Höhne, Pinakothek der Moderne, **bis 21. Sept.,** www.die-neue-sammlung.de

Kaufbeuren
form follows nature
Natur als Inspiration für Kunst, Kunsthaus, **ab 19. 7.,** www.kunsthaus-kaufbeuren.de

Mitten durch die Kirche

Zum 292. Mal treffen sich die Reiter am 6. Juli zum Willibaldritt in Jesenwang

Jesenwang – Seit über 300 Jahren gibt es den Willibaldritt in der Gemeinde Jesenwang im Landkreis Fürstenfeldbruck. Mehr als 300 Reiter reiten mit ihren Pferden zu Ehren des Heiligen Willibald durch die ihm geweihte Kirche – ein in Europa einmaliges Ereignis. Dieses Jahr findet der Willibaldritt an diesem Sonntag, 6. Juli, statt. Mitreiten kann jeder, der Lust und ein Pferd hat.

Über 300 Reiter reiten jedes Jahr mit ihren Pferden durch die Willibaldkirche in Jesenwang – ein europaweit einmaliges Ereignis. Bild: fkn

Ein großes Unheil kam im Jahre 1712 über die Jesenwanger Gegend. Eine grässliche Seuche wütete besonders unter den Pferden – Rösser waren damals in der Landwirtschaft unentbehrlich. In ihrer Not baten die Bauern des Ortes den Heiligen Willibald um Hilfe, den Schutzpatron der Tiere. Sie „verlobten“ sich mit dem Heiligen, heißt es. Der Überlieferung zufolge soll das Gelöbnis die Seuche abrupt beendet haben – kein einziges Tier kam mehr zu Schaden.

Zum Dank gelobten die Bauern, jedes Jahr ihrem Heiligen zu Ehren eine Prozession abzuhalten. Seit dieser Zeit findet einmal jährlich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – um den Todestag des Heiligen am 7. Juli herum in Jesenwang der Willibaldritt statt. In feierlicher Prozession ziehen mehr als 300 Reiter mit ihren Pferden und über 20 Kutschen vom Gemeinschaftshaus im Westen der Ortschaft zur Willibaldkirche, die in freier Landschaft vor Jesenwang liegt.

„Der Willibaldritt hat für uns eine hohe Bedeutung“, betont Erwin Fraunhofer (47), Bürgermeister der Gemeinde Jesenwang und CSU-Mitglied. „Dass die Reiter mit ihren Pferden nach der Segnung am Nordportal durch die Kirche und dann zum Südportal wieder herausreiten, gibt es unseres Wissens in Europa kein zweites Mal.“ Das Ereignis verfolgen traditionell zahlreiche Ehrengäste, darunter Bundestagspräsidentin Gerda Hasselfeldt als örtliche Bundestagsabgeordnete und der örtliche Landtagsabgeordnete, Landtags-Vizepräsident Reinhold Bocklet. Auch die Bezirksräte Gabriele Off-Nesselhauf und Josef Loy lassen sich regelmäßig blicken.

Erwin Fraunhofer war schon als junger Bursche beim Willibaldritt dabei. „Ich bin mit dem Ritt groß geworden“, erzählt er. „Wenn man in den vielen Jesenwanger Vereinen aktiv ist, kommt man daran gar nicht vorbei. Ich habe schon mit den Burschen die Abzeichen verkauft oder mit der Feuerwehr die Besucher auf dem Parkplatz eingewiesen.“

Beim Willibaldritt ist der ganze Ort mit 1500 Seelen auf den Beinen, auch dieses Jahr werden wieder weit über 3000 Zuschauer erwartet. „Das ist für uns das Großereignis des Jahres“, sagt der Bürgermeister und betont im gleichen Atemzug, dass die Tradition nur dank der ehrenamtlichen Arbeit der vielen Helfer aufrechterhalten werden könne, insbesondere natürlich dank des Freundeskreises St. Willibald mit dem Vorsitzenden Martin Schmid und seinem Stellvertreter Josef Drexler. Der Verein hält Brauchtum und Tradition rund um den Willibaldritt und die Kirche St. Willibald am Leben und in Ehren. „Das ist schon wirklich eine tolle Sache“, ist Erwin Fraunhofer begeistert.

Nur das Wetter ist immer ein Risiko. Die ganze Veranstaltung findet unter freiem Himmel statt. Bisher aber hatte der Heilige fast immer ein Einsehen. „Willibald wird’s schon richten“, heißt es im Ort. „Meistens konnten wir nach der Segnung noch in Ruhe eine Maß Bier trinken, aber dann kam das Gewitter und wir mussten im Regen abbauen“, erzählt der Bürgermeister. Dieses Mal wird der Heilige Willibald aller Voraussicht nach aber nicht so viel Arbeit haben. Der Wetterbericht sagt für Sonntag Sonnenschein voraus. **Florian Christner**

Der Willibaldritt startet an diesem Sonntag, 6. Juli, um 13.30 Uhr am Jesenwanger Gemeinschaftshaus und führt an der Pfarrkirche St. Michael vorbei über die Römerstraße zur Willibaldkirche. Aufstellung erfolgt ab 13 Uhr. Bevor die Reiter ihre Pferde zur Segnung führen, wird neben der Kirche an das Gelöbnis erinnert.

www.willibaldritt-jesenwang.de

NACHGEFRAGT BEI ...

Willibald Gailler

59 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, seit Mai 2014 Landrat im Landkreis Neumarkt, davor 27 Jahre Bürgermeister der Großgemeinde Freystadt und 18 Jahre stellvertretender Landrat.

1. Was macht Ihnen Freude?
Mit meiner Familie zusammen sein; Tennis spielen und mit Freunden schafkopfen.

2. Was schätzen Sie an Bayern?
Die Lebensart, die Liberalität, die wunderschöne und abwechslungsreiche Natur, Bier und Frankenwein.

3. Näher am Menschen – das heißt für mich...
Auf die Menschen zugehen, zuhören, nach Lösungen suchen, Standpunkte erläutern.

4. Mit wem würden Sie gern bei einem Bier zusammensitzen?
Mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, da wir der gleiche Jahrgang und im Sternzeichen „Krebs“ geboren sind.

5. Welchem Fußballverein drücken Sie die Daumen?
Bei der WM natürlich unserer Nationalmannschaft; ansonsten allen Fußballvereinen der Stadt Freystadt, da hier neben den sportlichen Aktivitäten eine große soziale Leistung erbracht wird. Die Daumen drücke ich auch der Badmintonmannschaft des TSV Freystadt, die in der 2. Bundesliga spielt. Es muss nicht immer Fußball sein!

6. Ihr Motto fürs Leben?
Leben und leben lassen; Gelassenheit.

7. Mit wem würden Sie gerne für einen Monat tauschen?
Mit niemandem, da ich mit meinem Leben und meinen Aufgaben sehr zufrieden bin.

8. Wo singen Sie gerne mit?
Bei Oldies wie „Country Roads“ oder „Schön war die Zeit“ oder „Dem Land Tirol die Treue“.

9. Welchem Schmankerl können Sie nicht widerstehen?
Leberkäse, Oberpfälzische Bratwürste, Weißwürste, Bayerische Küchle.

10. Ihr persönlicher Bestseller?
„Die Physiker“ von Friedrich Dürrenmatt. Dies hat mich in meiner Schulzeit fasziniert. Ansonsten lese ich gerne historische Abhandlungen über meine Heimat Freystadt.

MENSCHEN

Bild: Bundestagsbüro Stefinger / fkn

Erde nach Berlin: Die Bitte, Erde aus dem Schulgarten mit nach Berlin zu bringen, klang für die Zehntklässler des Hausenstein-Gymnasiums in München-Bogenhausen erst einmal sonderbar. Doch als sie erfuhren, was dahinter steckt, waren sie sofort begeistert. Als sie auf Einladung des örtlichen Bundestagsabgeordneten **Wolfgang Stefinger** (Bild o.) im Rahmen ihrer Klassenfahrt den Bundestag besuchten, lernen sie auch das Kunstprojekt „Der Bevölkerung“ des Künstlers Hans Haacke im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes kennen. Für dieses haben sie extra Erde aus dem Schulgarten mitgebracht. Die Idee des Kunstprojektes: Die Bürger sollen Erde aus ihrem Heimatort mitbringen und damit die Fassung des Kunstwerkes befüllen. Nachdem die Schüler gemeinsam mit dem Abgeordneten die Erde ausgebracht haben, können sie nun täglich im Internet unter *www.derbevoelkerung.de* beobachten, was dort passiert. Werden dort Samen, die zufällig in der Erde waren, aufgehen? Das Biotop bleibt ohne gärtnerische Eingriffe und entfaltet seine Vegetation deshalb alleine durch Samen der Herkunftsorte und durch Flugsamen.

Seinen 70. Geburtstag feierte der frühere Königsbrunner Stadtrat und Augsburger Kreisrat **Kurt Aue** (Bild). Der derzeitige Pressesprecher der SEN Augsburg und Augsburger Seniorenbeirat ist seit 1978 politisch engagiert. Daneben prägt er seit Jahrzehnten das Leben zahlreicher Vereine wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Lebenshilfe, der Landkreiskicker oder des Königsbrunner Jugendblasorchesters. Bis vor kurzem wirkte er auch als Stadionsprecher und Pressewart beim FC Königsbrunn. Vier Jahrzehnte ist Aue überdies schon Schöffe. Für seinen unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz erhielt er bereits vor Jahren die Verdienstmedaille des Landkreises Augsburg sowie das Ehrenzeichen des Ministerpräsidenten.

Bild: fkn

Ein moderner Landesvater

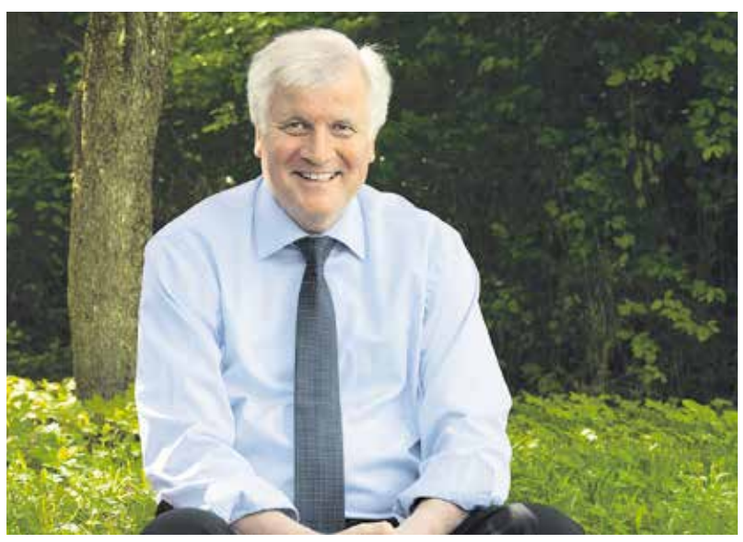
Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer wird 65 Jahre alt

Ein „Feierbiest“ wie der ehemalige Bayern-Trainer Louis van Gaal ist Horst Seehofer nicht. Deshalb feiert er seinen 65. Geburtstag nicht groß im Kreise der Parteifreunde, sondern ganz bescheiden mit seiner Familie. Für seine CSU arbeitet er wie ein Trainer. Seit 2008 bestimmt er die Taktik und die Aufstellung seiner CSU. Seine Amtszeit weist eine enorme Erfolgsstrecke auf. Er hat die erfolgsverwöhnte Partei damit wieder zurück zur Regierungsmehrheit in Bayern geführt, als sie nach dem Schock von 2008 neue Motivation und Perspektive brauchte. Er steht ganz in der Tradition der starken Persönlichkeiten auf dem Stuhl des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union.

Horst Seehofers Karriere ist die Geschichte eines streitbaren Überfliegers. 1980 – neun Jahre nach seinem Eintritt in die CSU – wird er Bundestagsabgeordneter. Wieder neun Jahre später ebnete ihm Theo Waigel den Weg ins Bundeskabinett. Er wird Parlamentarischer Staatssekretär in Norbert Blüms Arbeitsministerium. Horst Seehofer hatte sich schnell den Ruf eines führenden Sozialpolitikers der Union erarbeitet. 1992 beruft ihn Helmut Kohl als Bundesgesundheitsminister ins Kabinett.

Nach dem Ende der Ära Kohl 1998 wird Horst Seehofer gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Im Streit um den Plan einer Gesundheitsprämie mit der Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel tritt er von diesem Posten zurück. Dennoch beruft ihn die Bundeskanzlerin 2005 in ihr erstes Kabinett.

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit in Bayern 2008 folgt er dem Ruf der Partei und wechselt von Berlin nach München. Horst Seehofer wird Ministerpräsident und CSU-Chef. Seine Wiederwahl als Ministerpräsident nennt er gerne die „zweite Halbzeit“. Ihm ist es gelungen, die Rolle des Landesvaters modern zu interpretieren. Seine Zustimmungswerte zeigen, dass dies bei den Wählern gut ankommt. **ph**



Horst Seehofer feiert am 4. Juli seinen 65. Geburtstag. Bild: CSU

DER LÖWE BRÜLLT

T. M. WALDMEISTER

Waldmeister ist eine Pflanze, die Limonaden Geschmack verleiht, die hierzulande einst Kracherl hießen. Selbst Berliner Weiße wird mit Waldmeistersirup erträglich. In Bremen gibt es ein Elternpaar, das Waldmeister offenbar so sehr schätzt, dass es seinem Sohn den Namen eben jener Pflanze geben wollte – T. M. Waldmeister. Man fragt sich, ob sie sich bei der Namensfindung von Vorbildern leiten ließen, die klingen, als wären sie bei Ikea geklaut. Aber es ist eben ein Unterschied, ob ein Kind Billy heißt oder Waldmeister. Die Richter haben das entschieden. Sie sahen die „Gefahr begründet,“ dass der Name das Kind der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Allerdings gibt es die Gefahr auch bei ganz normalen Vornamen, wie zum Beispiel „Hans“. Wenn der Familienname „Dampf“ lautet, ergänzt jedermann laut oder leise „in allen Gassen“.

In diesem Sinne, Ihr Löwe